Free21
Credible news mounted on paper

Magazin

Nr. 6, 9. Jg., Dezember 2022

Im Netz: www.free21.org

1

Notruf an die Welt

Das Gleichgewicht der Kräfte wird neu ausgehandelt. Wollen wir eine einseitige unipolare, oder eine um Gleichgewicht bemühte multipolare Welt? Die Rolle der USA und Eurasiens in diesem Tauziehen beleuchtet *Michael Hudson*.

ab Seite 4

Putin über die **neue Weltordnung**

2

In seiner Grundsatzrede auf der Valdai-Konferenz rechnet Wladimir Putin mit dem Westen und seiner Politik ab und reicht gleichzeitig allen Staaten der Welt die Hand.

Von Thomas Röper

▶ SEITE 15

Chinas Angebot an den globalen Süden

4

Der Arbeitsbericht der kommunistischen Partei Chinas bietet dem globalen Süden eine Alternative zu Jahrzehnten an westlichen Diktaten, Krieg und wirtschaftlicher Nötigung an.

Von Pepe Escobar

▶ SEITE 22

GEZ, ARD und ZDF **abschaffen**?

3

Vorschläge zur Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin zu einer öffentlich-rechtlichen Medien-Plattform.

Von Beate Strehlitz, Volkmar Kreiß und Dieter Korbely

▶ SEITE 45

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 6, 9. Jg., Dezember 2022

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.
Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann, c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Telefon: +49 176 579 12 654
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.
Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:
Bild 1: ©Shooft.
Bild 2: Screenshot: http://en.kremlin.ru Lizenz: CC BY-SA 4.0
Bild 3: Symbolfoto, CCo Public Domain
Bild 4: Grafik: Jana Weigel, gemeinfrei

GEOPOLITIK

4 Deutschlands Stellung in Amerikas neuer Weltordnung

Deutschlands Unterordnung unter die amerikanische unipolare Weltordnung und die Methoden, welche die USA dabei anwenden, beleuchtet der Ökonom Michael Hudson.

22 „Friedliche Modernisierung“

Pepe Escobar berichtet über den Arbeitsbericht der kommunistischen Partei Chinas, in dem eine „friedliche Modernisierung“ und ein Modell der Zusammenarbeit angestrebt wird.

26 Der Westen und die Demontage Russlands

Thierry Meyssan berichtet über das vom Westen neugegründete „Forum der freien Völker Russlands“. Dieses Forum hat sich zum Ziel gesetzt, Russland in etwa 20 Staaten aufzuteilen.

28 Die fehlgeleitete Außenpolitik der USA

Seit Russiagate sehen wir eine fehlgeleitete Außenpolitik der USA, die zur heutigen Situation führte. Diesen Prozess beschreibt Moon of Alabama.

INNENPOLITIK

9 „Alles stärken was uns verbindet“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mahnt einen Epochenbruch durch Russland an und fordert, dass wir eine Kriegsmentalität entwickeln.

KRIEG & FRIEDEN

15 Russland reicht allen Staaten die Hand

In seiner Rede auf der Valdai-Konferenz rechnet Putin mit der vom Westen proklamierten regelbasierten Ordnung ab, setzt weiterhin auf Kooperation und reicht allen Staaten die Hand, um eine multipolare Welt aufzubauen.

UTOPIEN

33 Das neue Wirtschafts-, Sozial- und Umweltmodell

Der neue Präsident Kolumbiens, Gustavo Petro, hielt vor der UN-Generalversammlung eine aufsehenerregende Rede, in der er sich für ein neues Wirtschafts-, Sozial- und Umweltmodell einsetzt.

GESCHICHTE & GESELLSCHAFT

37 Der Fall Alex Saab

Der Fall des venezolanischen Diplomaten ist ein unglaublicher Skandal, der selten Erwähnung findet. Die USA haben Alex Saab vor 2 Jahren in Cabo Verde verhaften lassen, ihn gefoltert und in die USA überstellt, wo er jetzt angeklagt wird. Über die Vorwürfe und den aktuellen Stand der Gerichtsverhandlung berichten John Philpot und Roger D. Harris.

MEDIEN

41 Das Volk, der innere Feind

In diesem 3. Teil der Serie „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism“ geht es um den Feindaufbau im Inneren. Die EU-Kommission arbeitet daran, unter dem Deckmantel der „Bekämpfung von Desinformation“, gegen abweichende Meinungen mit Zensur und Propaganda vorzugehen.
Eine Artikelserie von Colin Meier.

45 GEZ, ARD, ZDF abschaffen?

Es läuft etwas grundsätzlich falsch in unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Viele Menschen sind unzufrieden mit der Berichterstattung. Man müsste den ÖRR neu erfinden. In diesem Artikel wird eine öffentlich-rechtliche Medienplattform vorgestellt und zur Diskussion gestellt, damit der ÖRR seinem öffentlichen Auftrag wieder nachkommen kann.

Unipolarität versus Multipolarität

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Wenn der Feind bekannt ist, hat der Tag Struktur." sagte Kabarettist und Gesellschaftskritiker Volker Pispers einmal sehr treffend. Dank unserer Politik und den Leitmedien, sehen wir ihn klar und deutlich: Im Osten. Die Russen werden uns als die Bösen präsentiert. Doch die Russen sollen – nach Ansicht des Außenministeriums – nicht der einzige Feind bleiben. Man fokussiert China als weiteres Feindbild. Man versucht Russland und China zu spalten und jegliche Kooperation der beiden Länder zu verhindern. Auch mit der Androhung wirtschaftlicher Sanktionen wie Handelseinschränkungen etc. will die deutsche Außenpolitik China unter Druck setzen.

Die deutsche Politik folgt damit der US-Strategie, China von der Weltwirtschaft entkoppeln zu wollen, um in einer unipolaren Weltordnung die Führung zu übernehmen. In welcher Rolle sich Deutschland in einer solchen unipolaren Weltordnung befindet, erklärt Micheal Hudson (ab Seite 4).

Wie es in dieser regelbasierten Ordnung um die vom Westen so hochgehaltenen Menschenrechte steht, zeigt uns nicht nur der Fall Julian Assange. Auch der venezolanische Diplomat Alex Saab wurde, entgegen der internationalen Rechtssprechung, daran gehindert, grundrechtlich definierte Interessen seines Landes auf diplomatischen Wege zu vertreten. John Philpot und Roger D. Harris beleuchten seinen Fall näher (ab Seite 37).

Viele Staaten der Erde – die sich nicht zur „Westlichen Werte-Gemeinschaft" zählen – halten eine unipolare Weltordnung inzwischen für untragbar und fordern eine multipolare Welt, in der sich Staaten als gleichberechtigte Partner gegenüberstehen und kooperieren. Die Grundsatzrede von Wladimir Putin beim Valdai-Club (ab Seite 15) und die des chinesischen Präsidenten Xi Jinping (ab Seite 22), aber auch die Rede des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro bei der UN-Generalversammlung (ab Seite 33) machen diese Forderungen deutlich.

Diese Reden zur multipolaren Welt stellen wir in dieser Ausgabe der Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gegenüber, in der er den russischen Krieg in der Ukraine als „Epochenbruch" bezeichnet und sich mehr oder weniger direkt für eine unipolare Welt ausspricht. Die Unterschiede dieser Reden sind sehr deutlich und bedürfen einer dringenden Diskussion.

Michael Hudson sieht bereits jetzt einen 10-20 Jahre andauernden Kampf zwischen Unipolarität und Multipolarität voraus. Dieser Kampf wird vermutlich nicht unblutig verlaufen. Denn freiwillig und ohne Kriege haben die Imperien der Geschichte ihre Macht und Vormachtstellung niemals abgetreten.

Die steigende Anzahl an Kriegsdeserteuren im aktuellen Ukraine-Konflikt (auf ukrainischer Seite derzeit etwa 140.000, auf russischer Seite etwa 150.000 Menschen lässt uns hoffen, dass es vielleicht doch ohne Krieg Veränderung geben kann – nach dem Motto der alten Friedensbewegung: „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin." oder anders ausgedrückt: „Kriege brauchen Menschen, aber Menschen brauchen keinen Krieg". In diesem Sinne bleiben auch Sie optimistisch, aber kritisch. Das Free21-Redaktionsteam wünscht Ihnen besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr Tobias Augenbraun
Stellv. Chefredakteur Free21

Free21
Übersetzer/in

Free21 wird international!
Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **translate@free21.org**

Dieser Text wurde zuerst am 02.11.2022 auf www.thesaker.is unter der URL ‹http://thesaker.is/germanys-position-in-americas-new-world-order/› veröffentlicht. Lizenz: Michael Hudson, CC BY-SA 4.0

(Quelle: pixabay, geralt, Pixabay License)

Deutschlands Stellung in Amerikas **neuer Weltordnung**

Im neuen Kalten Krieg Amerikas mit Russland, China und dem Rest Eurasiens ist Deutschland zu einem wirtschaftlichen Satelliten geworden. Deutschland und weitere NATO-Länder wurden dazu gebracht, sich selbst Handels- und Investitionsbeschränkungen aufzuerlegen, die den aktuellen Stellvertreterkrieg in der Ukraine überdauern werden. Wie US-Präsident Biden und Sprecher des Außenministeriums erklärt haben, ist die Ukraine nur der erste Schauplatz einer viel umfassenderen Veränderung, die die Welt in zwei gegensätzliche Wirtschaftsbündnisse spaltet. Dieser globale Bruch verspricht ein zehn- oder zwanzigjähriger Kampf zu werden, bei dem es darum gehen wird, ob die Weltwirtschaft eine unipolare, auf den Dollar ausgerichtete Ökonomie sein wird, oder ob sich im eurasischen Kernland eine multipolare Welt mit mehreren Währungen und gemischten öffentlich/privaten Ökonomien durchsetzt.

Autor: Michael Hudson

Michael Hudson ist Präsident des „Institute for the Study of Long-Term Economic Trends“ (ISLET), Finanzanalyst an der Wall Street und angesehener Forschungsprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri, Kansas City. Er ist der Autor von „Killing the Host“ (veröffentlicht im e-Format von CounterPunch Books und in gedruckter Form von Islet). Sein neues Buch ist „J is For Junk Economics“.

Präsident Biden hat diese Spaltung als eine zwischen Demokratien und Autokratien bezeichnet.

Das ist typisch Orwellscher Doppel-Sprech. Mit „Demokratien“ meint er die USA und die mit ihr verbündeten westlichen Finanzoligarchien. Deren Ziel ist es, die ökonomische Planung aus den Händen gewählter Regierungen an die Wall Street und andere Finanzzentren unter US-Kontrolle zu verlagern. US-Diplomaten nutzen Internationalen Währungsfonds und Weltbank, um die Privatisierung der weltweiten Infrastruktur und die Abhängigkeit von US-amerikanischen Technologie-, Öl- und Lebensmittelexporten zu fordern.

Und als „Autokratien“ bezeichnet Biden jene Länder, die sich dieser Finanzialisierung und Privatisierung widersetzen. In der Praxis bedeutet diese US-Rhetorik, das eigene Wirtschaftswachstum und den eigenen Lebensstandard zu fördern und das Finanz- und Bankwesen als öffentliche Versorgungseinrichtungen zu erhalten.

Im Kern geht es darum, dass Volkswirtschaften von Bankenzentren geplant werden, mit dem Ziel, finanziellen

Reichtum zu schaffen. Grundlegende Infrastrukturen, öffentliche Versorgungseinrichtungen und soziale Dienste, wie die Gesundheitsfürsorge, müssen dafür durch Privatisierung in Monopole verwandelt werden. Oder aber durch die Erhöhung des Lebensstandards und Wohlstands, indem das Bankwesen und die Geldschöpfung, öffentliche Gesundheit, Bildung, Transport und Kommunikation in öffentlicher Hand bleiben.

Das Land mit dem größten „Kollateralschaden" bei diesem globalen Bruch ist Deutschland. Als Europas höchst entwickeltes Industrieland ist Deutschland in seiner Produktion (Stahl, Chemie, Maschinen, Automobile und andere Konsumgüter) am stärksten von russischer Energie (Gas, Öl) und Rohstoffen (z. B. Aluminium, Titan und Palladium) abhängig. Doch trotz zweier Nord-Stream-Pipelines, die gebaut wurden um Deutschland mit preiswerter Energie zu versorgen, wurde das Land aufgefordert, sich vom russischen Gas abzuschneiden und damit zu deindustrialisieren. Dies bedeutet das Ende seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung. Schlüsselfaktor für ein BIP-Wachstum ist in Deutschland - wie auch in anderen Ländern - der Energieverbrauch pro Arbeitnehmer.

Diese antirussischen Sanktionen machen den neuen Kalten Krieg seinem Wesen nach zu einem antideutschen. US-Außenminister Anthony Blinken hat gesagt, dass Deutschland günstiges russische Pipeline-Gas durch hochpreisiges amerikanisches Flüssig-Gas (LNG) ersetzen soll. Für dessen Import muss Deutschland in kurzer Zeit über 5 Milliarden Dollar ausgeben, um Hafenkapazitäten für den Umschlag von LNG-Tankern zu schaffen. Mit dem Effekt, dass die deutsche Industrie nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird. Insolvenzen werden sich häufen, die Beschäftigung wird zurückgehen, und seine NATO-freundliche Führung wird Deutschland in eine chronische Depression mit sinkendem Lebensstandard führen.

Die meisten politischen Theorien gehen von der Annahme aus, dass Nationen in ihrem eigenen Interesse handeln. Andernfalls sind sie Satellitenstaaten, die ihr Schicksal nicht selbst in der Hand haben. Deutschland ordnet seine Industrie und seinen Lebensstandard dem Diktat der US-Diplomatie und dem Eigeninteresse des amerikanischen Öl- und Gassektors unter. Und es tut dies freiwillig – nicht aufgrund militärischer Gewalt, sondern aus der ideologischen Überzeugung heraus, dass die Weltwirtschaft von amerikanischen Planern des Kalten Krieges gelenkt werden sollte.

Aktuelle Ereignisse sind manchmal leichter zu verstehen, wenn man sich von der eigenen unmittelbaren Situation löst und stattdessen historische Beispiele betrachtet. Beispiele für die Art von Diplomatie, die die heutige Welt spaltet.

Die beste Parallele, die ich finden konnte, ist der Kampf des mittelalterlichen Europas zwischen dem römischen Papsttum und den deutschen Königen – den Heiligen Römischen Kaisern – im 13. Jahrhundert. Dieser Konflikt spaltete Europa entlang von Linien, die denen von heute sehr ähnlich sind. Mehrere Päpste exkommunizierten Friedrich II. und andere deutsche Könige und mobilisierten Verbündete zum Kampf gegen Deutschland und dessen Kontrolle über Süditalien und Sizilien. Der Antagonismus des Westens gegen den Osten wurde durch die Kreuzzüge (1095-1291) angefacht, so wie der heutige Kalte Krieg ein Kreuzzug gegen Volkswirtschaften ist, die die globale Vorherrschaft der USA bedrohen. Im mittelalterlichen Krieg gegen Deutschland ging es darum, wer das christliche Europa beherrschen sollte: Das Papsttum, wobei die Päpste zu weltlichen Kaisern wurden, oder die weltlichen Herrscher einzelner Königreiche, die die Macht, die Päpste moralisch zu legitimieren und zu akzeptieren, für sich beanspruchten.

Die Entsprechung im mittelalterlichen Europa zu Amerikas neuem Kalten Krieg gegen China und Russland war das Große Schisma von 1054. Leo IX. verlangte die alleinige (unipolare) Kontrolle über die Christenheit, er exkommunizierte die orthodoxe Kirche in Konstantinopel und die gesamte christliche Bevölkerung, die dort lebte. Ein einziges Bistum, Rom, trennte sich von der christlichen Welt jener Zeit, einschließlich der alten Patriarchate von Alexandrien, Antiochien, Konstantinopel und Jerusalem.

Diese Abspaltung stellte die römische Diplomatie vor ein politisches Problem: Wie sollte sie künftig alle westeuropäischen Königreiche unter ihrer Kontrolle halten und von ihnen finanzielle Unterstützung einfordern? Dieses Ziel erforderte die Unterordnung der weltlichen Könige unter die religiöse Autorität des Papstes. Im Jahr 1074 verkündete Gregor VII., Hildebrand, 27 päpstliche Diktate, die die Verwaltungsstrategie Roms zur Sicherung seiner Macht über Europa umrissen.

Diese päpstlichen Forderungen sind denen heutiger US-Diplomatie auffallend ähnlich. In beiden Fällen erfordern militärische und weltliche Interessen eine Sublimierung in Form eines ideologischen Kreuzzug-Denkens. Dadurch wird das Gefühl der Solidarität gefestigt, das jede imperiale Herrschaft benötigt. Diese Logik ist zeitlos und universell.

Die päpstlichen Diktate waren in zweierlei Hinsicht radikal. Erstens erhob es den Bischof von Rom über alle anderen Bistümer und schuf damit das moderne Papsttum. In Klausel 3 wurde festgelegt, dass allein der Papst das Recht hat, Bischöfe zu ernennen, abzusetzen oder wieder einzusetzen. Klausel 25 erteilte dem Papst – nicht den lokalen Herrschern – das Recht, Bischöfe zu ernennen (oder abzusetzen). Und Klausel 12 gab dem Papst das Recht, Kaiser abzusetzen, in Anlehnung an Klausel 9, die alle Fürsten dazu verpflichtete, „dem Papst allein die Füße zu küssen", um als legitime Herrscher zu gelten.

Auch heute beanspruchen die USA das Recht zu bestimmen, wer als Staatsoberhaupt eines Landes anerkannt werden soll. Im Jahr 1953 stürzten sie den gewählten Führer des Iran und ersetzten ihn durch die Militärdiktatur des Schahs. Dieser Grundsatz gibt US-Diplomaten das Recht, „farbige Revolutionen" für Regime-Changes zu organisieren, wie z. B. ihre Unterstützung lateinamerikanischer Militärdiktaturen, die Klientel-Oligarchien im Dienste der US-amerikanischen Unternehmens- und Finanzinteressen schaffen. Der Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014 ist nur die jüngste Ausübung dieses Rechts der USA, Führer zu ernennen und abzusetzen.

In jüngster Zeit haben US-Diplomaten Juan Guaidó anstelle des gewählten Präsidenten zum Staatsoberhaupt Venezue-

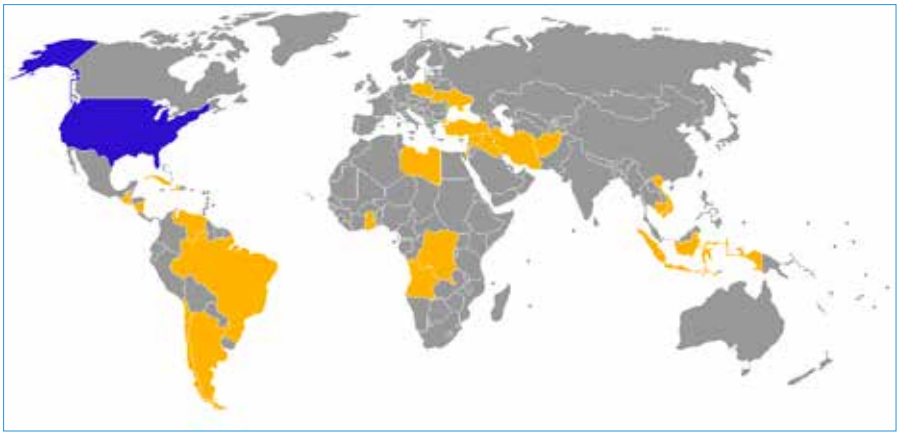
las ernannt und ihm die Goldreserven des Landes überlassen. Präsident Biden hat darauf bestanden, dass Russland Putin absetzen und einen US-freundlicheren Führer an seiner Stelle einsetzen „muss“. Dieses „Recht“„ Staatsoberhäupter auszuwählen ist eine Konstante in der Politik der USA, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder in Europas politische Angelegenheiten eingemischt haben.

Das zweite radikale Merkmal der päpstlichen Diktate war die Unterdrückung jeglicher Ideologie und Politik, die von der päpstlichen Autorität abwich. Klausel 2 besagt, dass nur der Papst „universal“ genannt werden durfte. Jede abweichende Meinung war per Definition ketzerisch. Klausel 17 besagt, dass kein Kapitel oder Buch ohne päpstliche Autorität als kanonisch angesehen werden dürfe.

Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften zeigt. Aber das ist ein moderner Euphemismus für den neoliberalen Wirtschaftsmüll der Chicagoer Schule, für IWF-Sparprogramme und Steuerbegünstigungen für die Reichen.

Die päpstlichen Diktate legten eine Strategie fest, um die unipolare Kontrolle über die weltlichen Reiche zu sichern. Sie behaupteten den päpstlichen Vorrang vor den weltlichen Königen, vor allem vor den deutschen Kaisern des Heiligen Römischen Reiches.

Klausel 26 gab den Päpsten die Befugnis, jeden zu exkommunizieren, der „nicht im Frieden mit der römischen Kirche“ war. Dieser Grundsatz implizierte bereits den abschließenden Paragraphen 27, wonach der Papst „Untertanen von ihrer Treuepflicht zu bösen Menschen



Verdeckte Maßnahmen der Vereinigten Staaten für Regime Changes im Ausland seit 1950 (orange), (Wikimedia Commons)

Eine ganz ähnliche Forderung erhebt heute die US-geförderte Ideologie der finanzierten und privatisierten „freien Märkte“. Das bedeutet Deregulierung jeder staatlichen Macht, welche die Wirtschaft im Sinne anderer als den Interessen der US-zentrierten Finanz- und Unternehmenseliten gestalten könnte.

Die Forderung nach Universalität ist im heutigen neuen Kalten Krieg in die Sprache der „Demokratie“ gehüllt. Aber in diesem neuen Kalten Krieg bedeutet „demokratisch“ einfach „pro-amerikanisch“, vor allem im Sinne einer neoliberalen Privatisierung, der neuen US-geförderten Wirtschafts-Religion.

Eine solche Ethik wird als „Wissenschaft“ angesehen, wie es der Quasi-

entbinden“ konnte. Dies führte zu der mittelalterlichen Version der „farbigen Revolutionen“, um Regime-changes herbeizuführen.

Was die Länder in dieser Solidarität einte, war die Feindschaft gegenüber Gesellschaften, die nicht der zentralisierten päpstlichen Kontrolle unterlagen - die muslimischen Ungläubigen, die Jerusalem besaßen, auch die französischen Katharer, und alle anderen, die als Ketzer galten. Vor allem aber gab es eine Feindschaft gegenüber Regionen, die stark genug waren, um sich den päpstlichen Forderungen nach finanziellen Tributen zu widersetzen.

Das heutige Gegenstück zu solcher ideologischen Macht, Ketzer, die sich den Forderungen nach Gehorsam und Tribut widersetzen, zu exkommunizieren, wären die Welthandelsorganisation, die Weltbank und der IWF. Diese diktieren die wirtschaftlichen Praktiken und legen die „Bedingungen“ fest, denen alle Mitgliedsregierungen unter Androhung von US-Sanktionen folgen müssen – die moderne Version der Exkommunikation von Ländern, die die Oberhoheit der USA nicht akzeptieren.

Klausel 19 der Diktate schrieb vor, dass der Papst von niemandem verurteilt werden durfte – so wie sich die Vereinigten Staaten heute weigern, ihre Handlungen den Urteilen des Internationalen Gerichtshofs zu unterwerfen. Ebenso wird heute von US-Satelliten erwartet, dass sie dem Diktat der NATO und ihrer anderen Organe (wie dem IWF und der Weltbank) bedingungslos folgen, ohne Fragen zu stellen. Margaret Thatcher sagte über ihre neoliberale Privatisierung, die den öffentlichen Sektor Großbritanniens zerstörte: There Is No Alternative (TINA) [Es gibt keine Alternative; Anm. d. Red.].

Damit möchte ich die Analogie zu den heutigen Sanktionen der USA gegen all jene Länder hervorheben, die deren politischen Forderungen nicht nachkommen. Handelssanktionen sind eine Form der Exkommunikation. Sie kehren den Grundsatz des Westfälischen Friedens von 1648 um, nach dem jedes Land und seine Herrscher unabhängig von fremder Einmischung sind. Präsident Biden bezeichnet die Einmischung der USA als Gewährleistung seines neuen Gegensatzes zwischen „Demokratie“ und „Autokratie“. Wobei er mit Demokratie eine Klientel-Oligarchie unter US-Kontrolle meint, die finanziellen Reichtum schafft, indem sie den Lebensstandard der Arbeitnehmer senkt. Der Gegensatz ist eine gemischte öffentlich-private Wirtschaft, die auf die Erhöhung des Lebensstandards und soziale Solidarität abzielt.

Wie ich bereits erwähnte, schuf das Große Schisma infolge der Exkommunikation der orthodoxen Kirche in Konstantinopel und ihrer christlichen Bevölkerung die verhängnisvolle religiöse Trennlinie, die „den Westen“ seit einem Jahrtausend vom Osten trennt. Diese Spaltung war so wichtig, dass Wladimir Putin sie in seiner Rede vom 30. September 2022 erwähnte, in der er die heutige

Abkehr von den westlichen Volkswirtschaften mit den USA und der NATO im Zentrum beschrieb.

Im 12. und 13. Jahrhundert protestierten die normannischen Eroberer Englands, Frankreichs und anderer Länder wiederholt, ebenso wie deutsche Könige, wurden wiederholt exkommuniziert und beugten sich schließlich doch den päpstlichen Forderungen. Es dauerte bis zum 16. Jahrhundert, bis Martin Luther, Zwingli und Heinrich VIII. schließlich eine protestantische Alternative zu Rom schufen und das westliche Christentum multipolar machten.

Warum hat es so lange gedauert? Die Antwort ist, dass die Kreuzzüge eine organisierende ideologische Anziehung besaßen. Das war die mittelalterliche Analogie zum heutigen neuen Kalten Krieg zwischen Ost und West. Die Kreuzzüge schufen einen spirituelllen Brennpunkt für „moralische Reformen", indem sie den „Hass gegen den Anderen" mobilisierten – den muslimischen Osten, und zunehmend auch gegen Juden und europäische Christen, die sich der römischen Kontrolle entzogen. Das war die mittelalterliche Analogie zur heutigen Lehre des neoliberalen „freien Marktes" der amerikanischen Finanzoligarchie und ihrer Feindseligkeit gegenüber China, Russland und anderen Nationen, die dieser Ideologie nicht folgen. Im heutigen neuen Kalten Krieg mobilisiert die neoliberale Ideologie des Westens Angst und Hass auf „die Anderen" und dämonisiert Nationen, die einen unabhängigen Weg verfolgen, als „autokratische Regime". Es wird unverhohlener Rassismus gegenüber ganzen Völkern gefördert, wie die Russophobie und „Cancel Culture" zeigen, die derzeit im Westen grassieren.

So wie der Übergang des westlichen Christentums zur Multipolarität die protestantische Alternative des 16. Jahrhunderts brauchte, muss der Bruch des eurasischen Kernlandes mit dem bankenzentrierten NATO-Westen durch eine alternative Ideologie gefestigt werden. Diese muss zeigen, wie gemischte öffentlich-private Volkswirtschaften und ihre Finanzinfrastruktur zu organisieren sind.

Die mittelalterlichen Kirchen im Westen wurden ihrer Almosen und Stiftungen beraubt, um dem Papsttum den Peterspfennig

Amerikanischer LNG Tanker (Quelle: Southfront.org)

und andere Subventionen für ihre Kriege gegen Herrscher, die sich päpstlichen Forderungen widersetzten, zukommen zu lassen. Damals war England in der Rolle des Hauptopfers, die heute Deutschland spielt. Die enorm hohen englischen Steuern, die angeblich zur Finanzierung der Kreuzzüge erhoben wurden, wurden zur Bekämpfung gegen Friedrich II., Konrad und Manfred in Sizilien abgezweigt. Diese Geldabzweigung wurde von päpstlichen Bankiers aus Norditalien (Lombarden und Cahorsins) finanziert und zu königlichen Schulden, die durch die gesamte Wirtschaft weitergereicht wurden. Die englischen Barone führten in den 1260er Jahren einen Bürgerkrieg gegen Heinrich II. und beendeten damit seine Mittäterschaft daran, die Wirtschaft den päpstlichen Forderungen geopfert zu haben.

Was die Macht des Papsttums über andere Länder beendete, war das Ende seines Krieges gegen den Osten. Als die Kreuzfahrer 1291 Akkon verloren, die Hauptstadt Jerusalems, verlor das Papsttum seine Kontrolle über die Christenheit. Es gab „kein Böses" mehr zu bekämpfen, und das „Gute" hatte Anziehung und Stimmigkeit verloren. 1307 beschlagnahmte der französische König Philipp IV. („der Schöne") den Reichtum des großen militärischen Bankenordens der Kirche, den der Templer im Pariser Tempel. Auch andere Herrscher verstaatlichten die Templer, und das Geldwesen wurde der Kirche entzogen. Ohne einen gemeinsamen Feind, der von Rom definiert und beschworen wurde, verlor das Papsttum seine unipolare ideologische Macht über Westeuropa.

Das moderne Äquivalent zur Ablehnung der Templer und des päpstlichen Finanzwesens wäre, wenn sich die Länder aus Amerikas neuem Kalten Krieg zurückziehen würden. Sie würden den Dollarstandard und das US-amerikanische Banken- und Finanzsystem ablehnen. Dies geschieht, da immer mehr Länder Russland und China nicht als Gegner sehen, sondern als große Chancen für gegenseitige wirtschaftliche Vorteile.

Das gebrochene Versprechen des gegenseitigen Vorteils zwischen Deutschland und Russland

Die Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 versprach ein Ende des Kalten Krieges. Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst, Deutschland wurde wiedervereinigt, und amerikanische Diplomaten versprachen ein Ende der NATO, da es keine sowjetische militärische Bedrohung mehr gäbe. Die russische Führung gab sich der Hoffnung hin, dass, wie Präsident Putin es ausdrückte, eine neue gesamteuropäische Wirtschaft von Lissabon bis Wladiwostok entstehen würde. Insbesondere von Deutschland wurde erwartet, dass es die Führung bei den Investitionen in Russland und der Umstrukturierung der Industrie zu mehr Effizienz übernimmt. Russland würde für diesen Technologie-

transfer mit der Lieferung von Gas und Öl sowie Nickel, Aluminium, Titan und Palladium bezahlen.

Es war nicht abzusehen, dass die NATO erweitert werden würde, um einen neuen Kalten Krieg zu riskieren. Und erst recht nicht, dass sie die Ukraine, die als die korrupteste Kleptokratie in Europa gilt, unterstützen würde, damit diese von extremistischen Parteien, die sich mit deutschen Nazi-Symbolen schmücken, geführt wird.

Wie ist es zu erklären, dass das scheinbar logische Potenzial des gegenseitigen Vorteils zwischen Westeuropa und den ehemaligen sowjetischen Volkswirtschaften sich in eine Förderung oligarchischer Kleptokratien verwandelte? Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline bringt die Dynamik in Kurzform auf den Punkt. Fast ein Jahrzehnt lang haben die USA immer wieder gefordert, dass Deutschland seine Abhängigkeit von der russischen Energieversorgung aufgeben solle. Diese Forderungen wurden von Gerhard Schröder, Angela Merkel und deutschen Wirtschaftsführern abgelehnt. Sie verwiesen auf die offensichtliche wirtschaftliche Logik des gegenseitigen Handels von deutschen Produkten für russische Rohstoffe.

Das Problem der USA bestand darin, Deutschland davon abzuhalten, die Nord-Stream-2-Pipeline zu genehmigen. Victoria Nuland, Präsident Biden und andere US-Diplomaten machten deutlich, dass der Weg dorthin darin bestand, den Hass auf Russland zu schüren. Der Neue Kalte Krieg wurde als ein neuer Kreuzzug dargestellt. So hatte George W. Bush Amerikas Angriff auf den Irak zur Beschlagnahmung seiner Ölquellen beschrieben. Der von den USA unterstützte Staatsstreich von 2014 schuf in der Ukraine ein Marionettenregime, das acht Jahre lang die russischsprachigen Ostprovinzen bombardiert hat. Die NATO provozierte damit eine militärische Antwort Russlands. Die Aufwiegelung war erfolgreich, und die gewünschte russische Antwort wurde als unprovozierte Gräueltat bezeichnet. Der Schutz der Zivilbevölkerung wurde in den NATO-Medien als so anstößig dargestellt, dass die seit Februar verhängten Handels- und Investitionssanktionen gerechtfertigt erschienen. Das ist es, was ein Kreuzzug bedeutet.

Im Endeffekt spaltet sich die Welt in zwei Lager: Die US-zentrierte NATO und die entstehende eurasische Koalition. Ein Nebenprodukt dieser Dynamik ist, dass Deutschland nicht in der Lage ist, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die auf für beide Seiten vorteilhaften Handels- und Investitionsbeziehungen mit Russland (und vielleicht auch China) beruht. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz reist diese Woche nach China, um das Land aufzufordern, seinen öffentlichen Sektor abzubauen und die Subventionierung seiner Wirtschaft einzustellen, andernfalls würden Deutschland und Europa Sanktionen gegen den Handel mit China verhängen. Es gibt keine Chance, dass China dieser lächerlichen Forderung nachkommt, genauso wenig wie die Vereinigten Staaten oder irgendeine andere Industrienation die Subventionierung ihrer eigenen Computerchip- und anderer Schlüsselsektoren einstellen würden [1]. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist ein neoliberaler, „libertärer“ Arm der NATO, der die Deindustrialisierung Deutschlands und die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten für seinen Handel fordert, wobei China, Russland und deren Verbündete ausgeschlossen werden. Dies verspricht, der letzte Nagel in Deutschlands wirtschaftlichem Sarg zu sein.

Ein weiteres Nebenprodukt von Amerikas neuem Kalten Krieg ist das Ende aller internationalen Pläne zur Eindämmung der globalen Erwärmung. Ein Grundpfeiler der US-Wirtschaftsdiplomatie ist die Kontrolle der weltweiten Öl- und Gasversorgung durch die Ölgesellschaften und ihre NATO-Verbündeten, d. h. die Verhinderung der Autonomie der Staaten in Sachen fossiler Brennstoffe. Darum ging es bei den NATO-Kriegen im Irak, in Libyen, Syrien, Afghanistan und der Ukraine. Das ist weniger abstrakt als der Kampf „Demokratien gegen Autokratien“. Es geht um die Fähigkeit der USA, anderen Ländern zu schaden, indem sie deren Zugang zu Energie und anderen Grundbedürfnissen unterbrechen.

Ohne das „Gut gegen Böse“-Narrativ des neuen Kalten Krieges verlieren die Sanktionen der USA, in diesem Angriff auf den Umweltschutz und auf den gegenseitigen Handel zwischen Westeuropa, Russland und China, ihre Daseinsberechtigung. Dies ist der Kontext für den heutigen Kampf in der Ukraine. In dem von den USA auf 20 Jahre angelegten Kampf, um zu verhindern das die Welt multipolar wird, wird dies nur der erste Schritt sein. Dieser Prozess wird Deutschland und Europa in die Abhängigkeit U.S.-amerikanischer LNG-Lieferungen bringen.

Der Trick besteht darin, Deutschland davon zu überzeugen, dass seine militärische Sicherheit von den USA abhängt. Wovor Deutschland wirklich Schutz braucht, ist der Krieg der USA gegen China und Russland. Durch ihn wird Europa marginalisiert und „ukrainisiert“.

Westliche Regierungen haben nicht zu einer Beendigung dieses Krieges auf dem Verhandlungswege aufgerufen, weil der Ukraine nie ein Krieg erklärt wurde. Die Vereinigten Staaten erklären nirgendwo einen Krieg, weil dies nach ihrer Verfassung einer Erklärung des Kongresses bedürfte. Also bombardieren die US- und NATO-Armeen, organisieren Farbrevolutionen, mischen sich in die Innenpolitik ein (wodurch die Westfälischen Verträge von 1648 obsolet werden) und verhängen Sanktionen, die Deutschland und seine europäischen Nachbarn auseinander reißen.

Wie können Verhandlungen einen Krieg „beenden“, für den es keine Kriegserklärung gibt, und der eine langfristige Strategie um die totale unipolare Weltherrschaft darstellt? Die Antwort: Es kann kein Ende geben, solange keine Alternativen zu den derzeitigen US-zentrierten internationalen Institutionen geschaffen werden. Es erfordert die Schaffung neuer Institutionen – einer Alternative zur neoliberalen, bankenzentrierten Auffassung, wonach die Wirtschaft privatisiert und von den Finanzzentren zentral geplant werden sollte. Rosa Luxemburg bezeichnete es als die Wahl zwischen Sozialismus und Barbarei. Die politische Dynamik einer solchen Alternative skizziere ich in meinem aktuellen Buch „The Destiny of Civilization“.

Quellen:

[1] Guntram Wolff, “Sholz should send an explicit message on his visit to Beijing,” Financial Times, October 31, 2022. Wolff is the director and CE of the German Council on Foreign Relations

Publiziert auf Free21 am 15.12.2022, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 28.10.2022 auf www.bundespraesident.de unter der URL ‹https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/10/221028-Alles-staerken-was-uns-verbindet.html› veröffentlicht.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler, Lizenz: CC-BY 2.0 DE

Alles stärken, was uns verbindet

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Rede mit dem Titel „Alles stärken, was uns verbindet" bei einer Veranstaltung mit der Deutschen Nationalstiftung am 28. Oktober 2022 in Schloss Bellevue

Jeder Mensch in unserem Land, der am 24. Februar aufwachte und die Bilder sah von Raketeneinschlägen in Kiew, von Panzerkolonnen auf ukrainischen Straßen, von der russischen Invasion auf breitester Front – jeder, der mit diesen Bildern erwachte, wusste: An diesem Morgen war die Welt eine andere geworden.

Für niemanden ist der Schrecken dieses Morgens so entsetzlich wie für die Menschen in der Ukraine selbst. Mit einigen von ihnen saß ich am Dienstag in Korjukiwka, einer kleinen Stadt nahe der weißrussischen Grenze, zusammen in einem Luftschutzkeller. Diese Menschen erzählten mir ihre Geschichten, sie erzählten mir, wie dieser 24. Februar, wie der Schrecken des Krieges in ihr ganz normales Leben brach: der ungeheure Lärm der Einschläge, der Rauch, das Feuer, ihre jähe, pure Angst – diese Frauen und Männer zitterten, als sie mir davon berichteten. Eine ältere Frau erzählte, wie sie mit ihrem Enkel die schier endlose Kette von russischen Panzern, Lastern und Kriegsgerät vorbeirollen sah. Der Enkel sah sie an und fragte: „Oma, müssen wir jetzt sterben?" Die Großmutter konnte ihm die Frage nicht beantworten – und das treibt ihr noch heute die Tränen in die Augen.

Meine Damen und Herren, jede und jeder von Ihnen erinnert sich an diesen 24. Februar. Auch ich. Das Sirenengeheul und der dunkle Rauch über Kiew, die schrecklichen Bilder dieses Morgens, sie gingen mir unter die Haut. Sie markierten das endgültige, bittere Scheitern jahrelanger politischer Bemühungen, auch meiner Bemühungen, genau diesen schrecklichen Moment zu verhindern.

Der 24. Februar war ein Epochenbruch. Er hat auch uns in Deutschland in eine andere Zeit, in eine überwunden geglaubte Unsicherheit gestürzt:

eine Zeit, gezeichnet von Krieg, Gewalt und Flucht, von Sorge vor der Ausweitung des Krieges zum Flächenbrand in Europa. Eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Verwerfungen, Energiekrise und explodierender Preise. Eine Zeit, in der unser Erfolgsmodell der weltweiten vernetzten Volkswirtschaft unter Druck geraten ist. Eine Zeit, in der gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Vertrauen in Demokratie, mehr noch: das Vertrauen in uns selbst Schaden genommen hat.

Politik kann keine Wunder vollbringen. Niemand, auch kein Bundespräsident, kann in dieser zutiefst unsicheren Zeit alle Sorgen nehmen. Im Gegenteil: Ich glaube, dass viele der Sorgen berechtigt sind. Wir erfahren die tiefste Krise, die unser wiedervereintes Deutschland erlebt.

Aber ich bin überzeugt: Wenn wir uns diesen Moment, diesen Epochenbruch bewusst machen, wenn wir uns einen Begriff machen von dem Zeitalter, das zu Ende gegangen ist, und dem neuen Zeitalter, das begonnen hat – dann schärfen wir unseren Blick für das, was jetzt von uns verlangt ist, und ich bin sicher: Dann müssen wir dieser neuen Zeit nicht angstvoll und wehrlos entgegensehen.

Die Jahre vor dem 24. Februar waren für Deutschland eine Epoche mit Rückenwind. Es waren Jahre, geprägt vom Glücksmoment der Deutschen Einheit, vom friedlichen Abzug der sowjetischen Truppen, vom Ende der Blockkonfrontation und dem Zusammenwachsen Europas. Es waren Jahre der Friedensdividende, von der wir Deutsche in der Mitte des vereinten Europas reichlich profitiert haben.

Und: Unser eigenes deutsches Glück prägte unseren Blick auf die Welt. Wir setzten darauf, dass wir von Freunden umgeben und Krieg in Europa unvorstellbar geworden sei. Freiheit und Demokratie schienen überall auf dem Vormarsch, Handel und Wohlstand in alle Richtungen möglich.

Trotz aller Krisen jener Zeit und obwohl nicht alles gelungen ist, was wir uns erhofft haben: Diese Jahre waren gute Jahre! Deutschland, ein Land mit dieser dunklen Geschichte, war hineingewachsen in die Gemeinschaft der Staaten, respektiert, sogar beliebt bei seinen Partnern, mit wachsenden Gestaltungsspielräumen und wachsender Verantwortung in der Welt. Und: Deutschland, ein Land so klein im Weltmaßstab und praktisch ohne eigene Ressourcen und Bodenschätze, war eine starke, moderne, global vernetzte Volkswirtschaft geworden – dank guter Bildung und Ausbildung, der Bereitschaft zu Reformen und Handelsbeziehungen in die ganze Welt.

Deshalb sage ich: Diese Jahre mit Rückenwind, sie waren gute Jahre. Nichts ist uns in den Schoß gefallen. Wir haben gearbeitet für Frieden und für Wohlstand. Wir haben auf internationale Kooperation gesetzt und nach Regeln gespielt.

Dann kam der 24. Februar. Am 24. Februar hat Putin nicht nur Regeln gebrochen und das Spiel beendet. Nein, er hat das ganze Schachbrett umgeworfen! Russlands brutaler Angriffskrieg in der Ukraine hat die europäische Sicherheitsordnung in Schutt und Asche gelegt. In seiner imperialen Besessenheit hat der russische Präsident das Völkerrecht gebrochen, Grenzen in Frage gestellt, Landraub begangen. Der russische Angriff ist ein Angriff auf alle Lehren, die die Welt aus zwei Weltkriegen gezogen hatte.

Heute sind diese gemeinsamen friedensstiftenden Lehren verblasst. An die Stelle des Austauschs, der Suche nach Verbindendem tritt mehr und mehr das Ringen um Ideologie und Dominanz. Chinas wirtschaftlicher und politischer Machtanspruch ist darin ein wichtiger Faktor. Dieses Ringen wird die Zukunft der internationalen Beziehungen auf Sicht prägen. Die traurige Wahrheit ist leider: Die Welt ist auf dem Weg in eine Phase der Konfrontation – obwohl sie doch dringender denn je auf Kooperation angewiesen wäre. Klimawandel, Artensterben, Pandemien, Hunger und Migration – nichts davon lässt sich lösen ohne die Bereitschaft und den Willen zu internationaler Zusammenarbeit. Das Bemühen darum darf die Welt – trotz Krieg und Krise – nicht aufgeben!

Was bedeutet das für uns in Deutschland? Es kommen härtere Jahre, raue Jahre auf uns zu. Die Friedensdividende ist aufgezehrt. Es beginnt für Deutschland eine Epoche im Gegenwind.

Um in dieser Zeit zu bestehen, können wir auf die Kraft und Stärke bauen, die wir uns in den vergangenen Jahren erarbeitet haben. Und helfen werden uns Erfahrungen, die wir bei der Überwindung anderer schwerer Krisen gemacht haben. Vergessen wir – bei allen Sorgen – gerade jetzt nicht: Wir sind wirtschaftlich stark, stärker als viele andere. Wir haben gute Forschung, starke Unternehmen und einen leistungsfähigen Staat. Wir haben eine große und starke Mitte in unserer Gesellschaft.

Aber zu den Stärken, die uns bislang geholfen haben, muss etwas hinzukommen: Wir müssen konfliktfähig werden, nach innen wie nach außen. Wir brauchen den Willen zur Selbstbehauptung und auch die Kraft zur Selbstbeschränkung. Wir brauchen keine Kriegsmentalität – aber was wir brauchen, ist Widerstandsgeist und Widerstandskraft!

Dazu gehört – zuallererst – eine starke und gut ausgestattete Bundeswehr. Diese Erwartung haben unsere Bürger, aber auch unsere Nachbarn und Partner. Wir sind das starke Land in der Mitte Europas. Wir sind in der Pflicht, unseren Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten – heute viel mehr als in einer Zeit, in der andere, vor allem die USA, die schützende Hand über uns gehalten haben. Wir konnten uns lange auf andere verlassen und können es weiterhin, aber jetzt müssen sich andere auch auf uns verlassen können.

Ich versichere unseren Partnern: Deutschland nimmt seine Verantwortung an, in der NATO, in Europa. Das zeigen die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung seit der Zeitenwende vom 24. Februar. Das zeigt vor allem auch die breite öffentliche Zustimmung, mit der die Entscheidungen getragen werden.

Und – das ist mir besonders wichtig – das zeigt auch die wachsende Aufmerksamkeit und der wachsende Respekt für unsere Bundeswehr in der Breite der Gesellschaft. Endlich. Es ist höchste Zeit. Diese Gesellschaft braucht eine starke Bundeswehr – aber die Bundeswehr braucht auch eine Gesellschaft, die ihr den Rücken stärkt! Dafür werde ich als Bundespräsident weiter einstehen.

Konfliktfähigkeit und Widerstandskraft erfordern noch mehr als das. In dem Maße, in dem die Erwartungen an uns wachsen, wird auch die Kritik an uns zunehmen. Damit müssen wir erwachsen umgehen und nicht jede Kritik von außen umgehend als Munition in der innenpolitischen Auseinandersetzung missbrauchen.

Dass ein Land wie unseres in der Kritik steht, daran werden wir uns gewöhnen müssen. Schauen wir auf die USA, sie haben viel Übung darin. Die USA sind eine globale Führungsmacht. Sie werden kritisiert für das, was sie tun, und für das, was sie nicht tun. Sie können nicht auf andere zeigen oder höhere Instanzen anrufen. Sie müssen wissen, was sie tun und warum.

Und Deutschland? Nein, Deutschland ist keine globale Führungsmacht. Aber wir sind einer der Großen in Europa. Von uns wird Führung erwartet, Führung im Interesse Europas. Entscheidend ist nicht der Applaus des Publikums. Entscheidend ist die Stärkung Europas. Je unsicherer die Welt um uns herum, desto sicherer müssen wir uns über diesen gemeinsamen Weg sein!

Zu einem offenen Blick in diese neue Zeit gehören schwierige Fragen an uns selbst. Die Welt seit dem Epochenbruch

Publiziert auf Free21 am 17.12.2022, 6:00 Uhr

ist eine andere – und das bedeutet, dass wir von alten Denkmustern und Hoffnungen Abschied nehmen müssen.

Das gilt ganz besonders für unseren Blick auf Russland. Ich weiß, dass sich viele Menschen in unserem Land Russland und seinen Menschen verbunden fühlen, russische Musik und Literatur lieben. In Ostdeutschland kommen ganz unterschiedliche, höchst kontroverse Erinnerungen an vierzig Jahre Geschichte hinzu, die bis heute nachwirken. Im Osten und im Westen sind wir dankbar für das Wunder der Wiedervereinigung und vergessen nicht, dass wir Michail Gorbatschow verdanken, dass sie friedlich blieb.

Dass die sowjetischen Truppen ohne einen Schuss abzugeben nach Hause zurückgekehrt sind, das hat viel Hoffnung gemacht auf eine friedliche Zukunft. Diese Hoffnung hatte auch ich, und sie war Antrieb für meine Arbeit in vielen Jahren.

Aber wenn wir auf das Russland von heute schauen, dann ist kein Platz für alte Träume. Unsere Länder stehen heute gegeneinander.

Putin führt eine Invasionsarmee, und die Ukrainer verteidigen ihr Land, das sie seit ihrer Unabhängigkeit, seit dreißig Jahren aufbauen. Russlands Angriffskrieg hat Gorbatschows Traum vom ‚gemeinsamen Haus Europa' zertrümmert. Er ist ein Angriff auf das Recht, auf die Prinzipien von Gewaltverzicht und unverletzlichen Grenzen. Er ist ein Angriff auf alles, wofür auch wir Deutsche stehen. Wer also schulterzuckend fragt ‚Was geht denn dieser Krieg uns hier in Deutschland an?', der redet unverantwortlich und geschichtsvergessen. Mit dieser Haltung können wir als Deutsche in Europa nicht bestehen – sie ist falsch!

Und deshalb, lieber Herr Botschafter Makeiev, unterstützen wir die Ukraine, solange es nötig sein wird. Wir unterstützen sie militärisch – Ihr Präsident hat mir gerade berichtet, wie lebensrettend die deutschen Luftverteidigungssysteme sind. Wir unterstützen sie finanziell und politisch. Und wir unterstützen sie ganz akut beim schnellen Wiederaufbau nach Russlands niederträchtigen Angriffen auf Strom, Heizung, warmes Wasser, auf alle lebenswichtigen Infrastrukturen vor dem nahenden Winter.

Und ich rede nicht nur über Unterstützung durch Politik. Es gibt so viele Menschen in Deutschland, die mithelfen, die Flüchtlinge aufgenommen haben oder ihnen auf dem Weg in unsere Schulen, Ämter und Betriebe zur Seite stehen. Es gibt unzählige zivilgesellschaftliche Initiativen, Städtepartnerschaften, kommunale Netzwerke, die ganz konkret in der Ukraine Hilfe leisten. Dafür möchte ich Ihnen allen in unserem Land heute danken, Ihnen allen, die diese lebenswichtige Hilfe leisten und dafür sorgen, dass sie weitergeht – meinen aufrichtigen Dank für das, was Sie tun!

Und weil dieser Krieg auch uns betrifft, führt auch an wirtschaftlichem Druck auf Russland kein Weg vorbei. Das sage ich gerade denen, die mich fragen, warum wir denn Lasten tragen sollen für den Krieg in einem anderen Land. ‚Schaden die Sanktionen nicht vielmehr uns selbst? Könnten wir sie nicht einfach sein lassen?' Solche Fragen höre ich häufig in diesen Tagen, und ich will sie nicht abtun, denn die Ängste, die dahinterstehen, sind real. Wir müssen diese Fragen beantworten.

Sanktionen, Abbruch von Kontakten, Waffenlieferungen in einen tobenden Krieg: Nichts davon ist Alltag, nichts davon verträgt sich mit unseren Vorstellungen von einem friedlichen Miteinander.

Aber wir leben nicht in einer idealen Welt, wir leben im Konflikt. Und dafür brauchen wir Konfliktinstrumente. Ja, Sanktionen haben Kosten, auch für uns. Aber was wäre denn die Alternative? Tatenlos diesem verbrecherischen Angriff zuschauen? Einfach weitermachen, als wäre nichts geschehen?

Es ist unser Interesse, dass wir uns mit unseren Partnern Russlands Rechtsbruch entgegenstemmen. Es ist unser Interesse, dass wir uns aus Abhängigkeiten von einem Regime lösen, das Panzer rollen lässt gegen ein Nachbarland und Energie als Waffe benutzt. Es ist unser Interesse, uns selbst zu schützen und unsere Verwundbarkeit zu reduzieren. Niemand hat das klarer und kürzer gesagt als die estnische Ministerpräsidentin: ‚Energie mag teurer werden, aber Freiheit ist unbezahlbar.'

Ich habe gesagt: Wir leben im Konflikt, und dieser Krieg geht uns etwas an. Aber ebenso wichtig ist mir: Unser Land ist nicht im Krieg. Und wir wollen auch nicht, dass sich das ändert. Eine Ausweitung des Krieges, gar eine nukleare Eskalation muss verhindert werden.

Ich weiß, viele Menschen in unserem Land sehnen sich nach Frieden. Einige glauben, es fehle an ernsthaften Bemühungen unsererseits, an Bereitschaft zum Verhandeln. Ich kann Ihnen versichern: Niemandem, der bei Sinnen ist, fehlt der Wille. Aber die Wahrheit ist: Im Angesicht des Bösen reicht guter Wille nicht aus. Denn nichts anderes sind Russlands brutale Attacken in den letzten acht Monaten: niederträchtig und menschenverachtend. Ein vermeintlicher Friede, der solches Handeln belohnt, ein Friede, der Putins Landraub besiegelt, ist kein Friede. Er würde für viele Menschen in der Ukraine eine Schreckensherrschaft bedeuten, würde sie der Willkür und Gewalt ihrer russischen Besatzer überlassen. Schlimmer noch: Ein solcher Scheinfriede würde Putins Hunger nur vergrößern. Moldawien und Georgien, auch unsere NATO-Partner im Baltikum leben in Angst.

Auch die Menschen in der Ukraine, die Frauen und Männer und Kinder, die täglich vor den russischen Raketenangriffen in die Keller flüchten, auch sie wünschen sich Frieden, dringlicher noch als wir! Aber sie haben doch recht, wenn sie sagen: Der Friede, den wir ersehnen, muss ein gerechter Friede sein. Ein Friede, der die Unabhängigkeit und Freiheit der Ukraine bewahrt. Ein ungerechter Friede ist keine Lösung, weil er den Keim neuer Gewalt in sich trägt. Mehr noch, ein ungerechter Friede würde all jene auf der Welt bestärken, deren Machthunger kein Recht und keine Regeln kennt. Das kann auch nicht unser Interesse sein.

Den Frieden wollen, aber Waffen ins Kampfgebiet liefern; eine Kriegspartei unterstützen, aber selbst nicht im Krieg sein; Sanktionen gegen andere beschließen, aber auch selbst darunter leiden – ja, das sind Widersprüche, und ich höre jeden Tag, wie viele Deutsche daran zweifeln, sogar verzweifeln.

Es ist für uns Deutsche eine Zerreißprobe. Der Gegenwind bläst tief in unser Land hinein. Die neue Zeit fordert uns heraus wie lange nicht mehr. Es ist eine Zerreißprobe, die uns keiner abnimmt und für die es keinen einfachen Ausweg gibt. Wie können wir bestehen als Land, das selbst verunsichert ist? Woher nehmen wir die Stärke, Widersprüche auszuhalten, wenn wir selbst von Zweifeln geplagt sind?

Ich glaube: Dieser Moment der Krise, er muss für uns zunächst ein Moment der Selbstvergewisserung sein. Machen wir uns klar: Das, was uns im Kern ausmacht, hat Bestand. Auch in Zeiten des Gegenwinds bleiben wir, wer wir sind: Eine starke Demokratie in der Mitte Europas. Eine freie, vielfältige Republik von selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern.

Was der Epochenbruch verändert, sind nicht die Werte, für die wir stehen. Aber die Ziele müssen wir schärfen und anpassen auf die neuen Herausforderungen. Wir wollen in zwei Jahren sagen können, wir haben die wirtschaftliche Talsohle durchschritten. Wir wollen in fünf Jahren sagen können: Nicht nur die Ukraine hat ihre Souveränität behauptet – auch wir müssen keine Angst vor neuen Kriegen in Europa haben. Wir wollen in zehn Jahren sagen können: Wir haben diese Gesellschaft zusammengehalten, wir haben die Schwächeren untergehakt und mitgenommen, und die Mehrheit hat ihr Vertrauen in die Demokratie bewahrt. Wir wollen in fünfzehn Jahren sagen können: Trotz Krieg und Krise – wir haben sichergestellt, dass auch den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben auf unserer Erde möglich ist.

Ja, wahrscheinlich können wir die Erfolgsgeschichte unseres Landes nicht mit derselben Taktzahl fortschreiben wie in den letzten drei Jahrzehnten. Das Wesentliche wird wieder wichtig, und es verdient unsere ganze Kraft.

Unsere Kraft, das sage ich sehr bewusst. Liebe Landsleute, diese neue Zeit, sie fordert jeden Einzelnen. Vielleicht konnte man in Zeiten mit Rückenwind noch durchkommen, ohne selbst viel einzusetzen. Vielleicht konnte man es sich erlauben, Politik den anderen zu überlassen. Das gilt heute nicht mehr. Deutschland, unser Land, braucht Ihren Willen zur Veränderung, braucht Ihren Einsatz für unser Gemeinwesen, damit wir dort ankommen, wo wir hinwollen! Was also verlangt das Wesentliche? Und was sind wir bereit, uns abzuverlangen?

Klar ist: Wir müssen in den nächsten Jahren Einschränkungen hinnehmen. Das spüren die meisten längst. Jeder muss beitragen, wo er kann. Diese Krise verlangt, dass wir wieder lernen, uns zu bescheiden.

Das mag wie Hohn klingen in den Ohren derer, die schon heute nicht über die Runden kommen. Ich weiß, dass auch in unserem reichen Land viele nicht verzichten können, weil ihr gesamter Alltag bereits aus Verzicht besteht. Diese Krise trifft Menschen, die schon vor dem Kriegsausbruch jeden Tag für ihr Auskommen zu kämpfen hatten, für ihre Wohnung, für ein gutes Leben ihrer Kinder. Diese Krise trifft Betriebe, Selbständige, Läden, die gut liefen, aber jetzt wegen unterbrochener Lieferketten und hoher Energiepreise in Schieflage geraten.

Deshalb muss am Beginn jeder Debatte die Versicherung stehen: Unser Staat lässt Sie auch in dieser Zeit nicht allein! Er setzt seine Kraft ein, um denen zu helfen, die es allein nicht schaffen. Entlastungspakete, Abwehrschirm, Gaspreisbremse, Wohngeld und Unterstützungsleistungen für Unternehmen, die großen wie die kleinen, zeugen von diesem Willen. Wichtig ist: Diese Unterstützung muss jetzt rasch bei den Betroffenen ankommen! Kein Staat in Europa kann so viel für seine Bürger tun wie unser Land. Aber auch unser Staat wird nicht jede Belastung auffangen können. Und er muss es nicht! Denn die Krise trifft auch auf die Vielen, denen es – zum Glück! – gut geht, die stark sind, die in den Jahren des Rückenwinds zu Wohlstand und Sicherheit gekommen sind. Sie können sich einschränken, ohne dass existenzielle Not entsteht. Und es gibt auch die Bereitschaft dazu, wie mir manche schreiben. Vertrauen wir auf diese starke Mitte in unserer Gesellschaft!

Und schließlich trifft diese Krise auch auf viele wohlhabende, ja reiche Menschen in unserem Land. Menschen, die viel haben und mehr tragen können. Sie müssen jetzt helfen, um die immensen Kosten der notwendigen Entlastungen überhaupt stemmen zu können. Sie müssen jetzt beitragen, um neue Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Beeindruckende Entlastungspakete sind wichtig – aber nicht weniger wichtig ist Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten! Davon wird viel abhängen!

Liebe Landsleute, mir ist völlig klar: Niemand schränkt sich gern ein. Aber ich wünsche mir, dass wir unsere Perspektive verändern. Dass wir nicht als erstes fragen: ‚Wer kann mir die Last abnehmen?' Sondern eher: ‚Hilft das, um gemeinsam durch die Krise zu kommen?' Das ist die Haltung, mit der wir jetzt gemeinsam durch diesen Winter gehen!

Doch zur Wahrheit gehört auch: Mit diesem Winter ist es nicht getan. So sehr uns die Sorgen vor Inflation, Energiepreisen und dem Krieg gerade umtreiben: Es wird auch nach diesem Winter, auch nach dieser wirtschaftlichen Talsohle kein Zurück zum Davor geben können. Denn auch wenn der Krieg die politische Tagesordnung verschoben hat – der Klimawandel fordert unser entschiedenes Handeln, auch und gerade jetzt! Ich mache mir Sorgen, dass diese Menschheitsaufgabe zu sehr in den Hintergrund gerät. Der Klimawandel macht keine Ukraine-Pause!

Klar ist: Wenn wir Emissionen drastisch reduzieren und uns von fossilen Energien lösen wollen, müssen wir manche lieb gewonnene Gewohnheit aufgeben – im Kleinen wie im Großen. Von der Frage, wie – und wie schnell – wir uns fortbewegen und was wir essen, bis hin zur Frage, wie wir bauen und wohnen. Auch hier kann jeder Einzelne seinen Beitrag leisten. Beginnen wir sofort damit! Jeder noch so kleine Schritt ist besser als gar keiner.

Und trotzdem werden diese individuellen Anstrengungen nicht reichen. Unser Land, unser erfolgreiches Wirtschaftsmodell steht vor einem historischen Umbau. Wir verlassen die Ära der fossilen Industrialisierung, die Deutschlands Aufstieg als Exportnation begründet hat. Und wir treten ein in ein Zeitalter ohne Kohle, Öl und Gas, in dem sich Deutschland neu bewei-

Publiziert auf Free21 am 17.12.2022, 6:00 Uhr

sen wird. Darin liegen, bei aller Herausforderung, auch große Chancen für unser Land! Dass wir diese Chancen tatsächlich nutzen, dass neuer Wohlstand auf neuen, besseren Grundlagen möglich wird, das ist jetzt die vordringliche Aufgabe von Ingenieurinnen und Entwicklern, von Wirtschaft und Politik. Dafür, dass sie gelingt, sind unsere Chancen gut.

Und weil der Klimawandel in der Welt nur gemeinsam abgewendet werden kann, müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass es in Zukunft weiterhin Institutionen und Kooperationen geben wird, die über die wachsenden geopolitischen Gräben hinausreichen. Eine neue Blockkonfrontation, eine Zweiteilung der Welt in ‚wir gegen die' ist nicht in unserem Interesse. Ja, wir müssen unsere Verwundbarkeit reduzieren, einseitige Abhängigkeiten verringern. Aber das bedeutet eben nicht weniger Vernetzung mit der Welt, sondern mehr. Nicht binden an wenige, sondern Chancen und Risiken streuen. Deshalb rate ich uns: Verlernen wir nach dem Epochenbruch nicht all das, was deutsche Außenpolitik stark gemacht hat: die europäische Verankerung, das Bemühen um internationale Zusammenarbeit, um gemeinsame Regeln, der Dialog zwischen Verschiedenen und das Werben um Partner, die anders sind als wir. Das ist keine Stilfrage – es ist eine Überlebensfrage.

Ohne den Kampf gegen den Klimawandel ist alles nichts. Er braucht unsere ganze Kraft. Beweisen wir jetzt unsere Stärke in der Veränderung! Ermöglichen wir unseren Kindern und Kindeskindern ein gutes Leben auf unserem Planeten! Wir haben es in der Hand!

Meine Damen und Herren, wir schränken uns ein, um durch die Krise zu kommen. Wir verändern uns, um unsere Erde zu erhalten. Und noch etwas Drittes wird von uns verlangt in dieser Epoche: Wir brauchen aktive, ja widerstandskräftige Bürgerinnen und Bürger.

Denn in Zeiten des Gegenwinds nehmen die Angriffe auf unsere freie Gesellschaft zu. Putin versucht, Europa zu spalten, und er trägt dieses Gift auch ins Innere unserer Gesellschaft. Wir sind verletzlich, weil wir offen sind und offen bleiben wollen. Das Netz der Bahn, das freie Internet, die Software auf unseren Handys, unsere Energieversorgung – all das ist bereits Ziel von Angriffen geworden. Wir werden uns besser schützen müssen.

Aber auch unsere Demokratie gehört zur kritischen Infrastruktur. Und sie steht unter Druck! Sie schützen können nur wir selbst. Das verlangt von uns Demokraten mehr als Bekenntnisse. Es verlangt Engagement und – auch hier wieder – Widerstandskraft und Widerstandsgeist.

Widerstandskräftige Bürger treten ein für ihre Meinungen und äußern ihre Sorgen – aber sie lassen sich nicht vereinnahmen von denen, die unsere Demokratie attackieren. Widerstandskräftige Bürger unterscheiden zwischen der notwendigen Kritik an politischen Entscheidungen – und dem Generalangriff auf unser politisches System. Widerstandskräftige Bürger halten Unsicherheit aus und lassen sich nicht verführen von denen, die einfache Lösungen versprechen. Aber sie erwarten mit Recht, dass Politik sich in dieser schwierigen Zeit auf das Wichtigste konzentriert, dass Pragmatismus über ritualisierte Schaukämpfe siegt. Widerstandskräftige Bürger fordern Freiraum für ihre eigene Art zu leben – aber vergessen nicht, wie sehr wir alle auf andere angewiesen sind. Widerstandskräftige Bürger verlangen sich etwas ab: Respekt und Vernunft. Das ist schwer, richtig schwer! Aber nur so können wir dem Gift des Populismus, der Gefahr des Auseinanderdriftens wirksam etwas entgegensetzen!

Und auch darauf kommt es an, wenn wir im Gegenwind stehen: Anstatt uns weiter auseinandertreiben zu lassen, müssen wir alles stärken, was uns verbindet. Alles stärken, was uns verbindet – zum Beispiel zwischen Jung und Alt. Viele jüngere Menschen sind ungeduldig und werfen den Älteren vor, dass sie zu sorglos mit unserem Planeten umgegangen sind, zu zögerlich umgesteuert haben. Die Jüngeren fühlen sich betrogen – die Älteren fühlen sich abgewertet in dem, was sie für ihre Kinder und ihr Land getan haben. Spielen wir die Generationen nicht gegeneinander aus! Daraus kann nichts Gemeinsames entstehen. Und wir alle haben doch das gleiche Ziel! Wir wollen unser Land verändern, wir wollen es zu einem besseren machen – und das geht nur gemeinsam. Und so kommt auf uns Ältere, auf meine Generation jetzt die Aufgabe zu, selbst spät im Leben das Gewohnte noch einmal zu überdenken und mitzuhelfen, dass die Veränderung gelingt. Und den Jüngeren, auch hier im Saal, sage ich: Es ist jetzt an Euch, in die Verantwortung zu gehen, Euch einzubringen, gerne kritisch, nicht destruktiv, und unser Land zu verändern, es vielleicht sogar besser zu machen als die Generationen davor. Meine Unterstützung habt Ihr!

Oder schauen wir auf manches Unverständnis zwischen Ost und West. Viele Menschen in Ostdeutschland erleben gerade gefühlt die Rückkehr in die neunziger Jahre, als schon einmal Sicherheiten einstürzten und Existenzen zusammenbrachen. Wieviel von dieser Erfahrung, von dieser Angst ist im Westen wirklich angekommen?

Wir müssen es diesmal besser machen, im Angesicht einer Krise, die den Osten erneut härter trifft, weil auch 32 Jahre nach der Wiedervereinigung die Energieversorgung schwieriger, die Einkommen niedriger und die Ersparnisse geringer sind. Zu stärken, was uns verbindet, bedeutet heute dafür zu sorgen, dass der Osten nicht erneut hinten runterfällt.

Ich weiß, dass die Sorgen groß sind. Aber ich weiß auch, wie viel Licht am Horizont ist, wie viele Gründer, wie viel innovative Technologien auf Weltniveau aus Ostdeutschland kommen dank bester Universitäten und Forschungsinstitute. Ein Unternehmen aus Thüringen ist gerade zum zweiten Mal mit dem Deutschen Zukunftspreis ausgezeichnet worden. Ersehnte Ansiedlungen von Halbleiterproduktion finden in Sachsen und demnächst auch in Sachsen-Anhalt statt. Führende Unternehmen der Elektromobilität finden auch in Brandenburg ihren Platz. Das alles sind mehr als ermutigende Einzelfälle. Arbeiten wir an dieser neuen und nachhaltigen Stärke Ostdeutschlands, das ist unsere gemeinsame Aufgabe!

Das Verbindende stärken, diese Aufgabe stellt sich auch zwischen Stadt und Land. Viele Menschen, die in ländlichen Regionen leben – und das ist die Mehrheit in unserem Land! – finden sich

nicht wieder in Debatten, die wir in der Hauptstadt führen und die häufig noch viel weiter von ihren tatsächlichen Problemen entfernt sind als der nächste Facharzt oder die Poststelle. Umgekehrt blicken viele Menschen in der Großstadt mit einer Mischung aus Verklärung und Überheblichkeit auf die ländlichen Räume, sehnen sich nach Ruhe und Abgeschiedenheit – die man aber nur am Wochenende genießen will. Woran es häufig fehlt, ist die ehrliche Anerkennung von unterschiedlichen Lebensbedingungen von Stadt und Land, die Bereitschaft, die Bedürfnisse von Menschen im ländlichen Raum ernst zu nehmen, Lebensqualität in den Dörfern und kleinen Städten zu erhalten. Dazu braucht es mehr als eine stabile Internetverbindung. Es verlangt Aufmerksamkeit und Respekt für ein anderes Leben. Wagen wir doch ruhig öfter einmal den Blick über den eigenen Tellerrand und die eigene Wirklichkeit hinweg! Das müssen wir uns abverlangen in einem gemeinsamen Land.

Reich und Arm, Jung und Alt, Stadt und Land: Verbindungen stärken, über Generationen und Lebenswelten hinweg – darum geht es mir jetzt. Ich bin jedem dankbar, der an mehr denkt als nur sich selbst. Viele Menschen in unserem Land tun es, sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aber dieses Lob aufs Ehrenamt, das darf nicht mehr nur Sache von Sonntagsreden sein. Fakt ist: Das klassische Ehrenamt altert, Verantwortung verteilt sich auf immer weniger Schultern. Dabei ist Einsatz für andere – gerade in der Zeit des Gegenwinds – unverzichtbar! Systemrelevant! Eben deshalb müssen wir neue Wege finden, wie wir Entfremdung entgegenwirken und unsere Gesellschaft, unseren Gemeinsinn stärken.

Dazu habe ich einen Vorschlag gemacht, und ich habe nicht erwartet, dass die Idee einer sozialen Pflichtzeit nur Begeisterung hervorruft. Was ich will, ist eine ehrliche Debatte über unser Engagement für das gemeinsame Ganze. Eine Debatte, die hoffentlich nicht wieder im ‚Nichts' enden wird! Ich bin und bleibe überzeugt, dass es keine Zumutung ist, wenn wir die Menschen fragen, was sie für den Zusammenhalt zu tun bereit sind.

Denn: Demokratie geht nicht ohne Zusammenhalt. Und Zusammenhalt entsteht nicht von selbst. Er muss eingeübt werden. Er ist das Ergebnis von Menschen, von Empathie, von Verantwortung und Nächstenliebe. Die Idee der sozialen Pflichtzeit nur abzulehnen, ist keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Vielleicht gibt es andere überzeugende Konzepte. Aber soll das ewige Plädoyer für Zusammenhalt nicht folgenlos bleiben, dann brauchen wir mehr: mehr Ideen und mehr Menschen, die – mindestens einmal in ihrem Leben – für eine gewisse Zeit sich den Sorgen ganz anderer, zuvor fremder Menschen widmen, für diese Menschen da sind. So stärken wir, was uns verbindet, und darauf kommt es jetzt an – mehr als je zuvor!

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Staatsbürger und Staatsbürgerin zu sein in Zeiten der Krise, Widerstandskraft beweisen im Gegenwind, das verlangt uns etwas ab. Wir stehen heute zum ersten Mal in der Geschichte des vereinten Deutschlands gemeinsam an einem Scheidepunkt. Trauen wir uns zu, aufzubrechen in die neue Zeit? Sind wir gewappnet für das, was von uns gefordert wird?

Ich bin überzeugt: Aus dieser Herausforderung kann neue Stärke, kann neue Einheit wachsen. Es wird nicht einfach sein, und es wird anstrengend sein. Wir werden durch eine Zeit der Belastungen und der Unsicherheiten gehen, bevor wir neue Sicherheit und ganz festen Grund unter den Füßen haben. Ich wünsche mir, dass wir uns bei all den Mühen nicht aus den Augen verlieren, dass wir unsere Kraft jetzt nicht im täglichen Gegeneinander vergeuden. Wenn wir zusammenhalten, wenn wir Mut und Ehrgeiz beweisen, dann bin ich mir sicher: Dann werden wir unserer Aufgabe gewachsen sein.

Wir bewahren unsere Freiheit, unsere Demokratie. Wir machen Deutschland zu einer neuen Industrienation – technologisch führend, klimaverantwortlich, in der Mitte Europas. Vernetzt, aber weniger verwundbar. Wehrhaft, aber nicht kriegerisch. Ein offenes, freundliches Land mit mehr und neuen internationalen Partnern.

Unser Land hat die Kraft, Krisen zu überwinden. Es hat die Menschen, die immer wieder dafür arbeiten, die Unternehmerinnen, die Forscher, die Ingenieure, die Facharbeiterinnen. Unser Land hat das Wissen und die Ideen, die Erfahrung von Generationen und den Ehrgeiz der Jugend.

Vertrauen wir einander – und vertrauen wir uns selbst! Und lassen wir uns nicht entmutigen vom Gegenwind, der uns in dieser neuen Zeit entgegenweht. Es kommt nicht darauf an, dass alle dasselbe tun – aber dass wir eines gemeinsam im Sinn haben: alles zu stärken, was uns verbindet!

Das ist die Aufgabe. Tun wir's.

Publiziert auf Free21 am 17.12.2022, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 28.10.2022 auf www.anti-spiegel.ru unter der URL ‹https://www.anti-spiegel.ru/2022/putin-ueber-die-neue-weltordnung-russland-reicht-allen-staaten-die-hand/› veröffentlicht.
Lizenz: © 2018–2022 Anti-Spiegel, Thomas Röper

Wladimir Putin bei seiner Grundsatzrede beim 19. Treffen des Valdai-Clubs. (Screenshot: http://en.kremlin.ru/ Lizenz: CC BY-SA 4.0)

Putin über die neue Weltordnung:

Russland reicht **allen Staaten** die Hand

Wie jedes Jahr hat Putin auch jetzt wieder eine Grundsatzrede beim Valdai-Club gehalten. Dabei hat er mit dem Westen und seiner Politik abgerechnet und gleichzeitig allen Staaten der Welt die Hand gereicht.

Die Valdai-Reden des russischen Präsidenten sind für Freund und Feind jedes Jahr ein geopolitisches Highlight, weil Putin sich dabei ausführlich über seine Sicht zur aktuellen Lage der internationalen Politik äußert und sich anschließend stundenlang den Fragen der Experten im Saal stellt. Auch dieses Jahr hat die Diskussion wieder über vier Stunden gedauert.

Hier übersetze ich die Eröffnungsrede von Präsident Putin, in der er mit den „Werten“ des Westens abgerechnet und aufgezeigt hat, wohin sie führen. Für Putin, das ist offensichtlich, ist die Dominanz des Westens bereits Geschichte; in Putins Augen kämpft der Westen um sein Überleben. In den nächsten Tagen werde ich aus der Podiumsdiskussion, die auf Putins Rede folgte, ausgewählte Fragen und Putins Antworten darauf übersetzen und veröffentlichen.

Heute beginnen wir mit seiner Rede [1], in der er zur weltweiten Zusammenarbeit und zu gegenseitigem Respekt aufruft und der Welt eine Alternative zur westlich geprägten Weltordnung anbietet. Besonders beeindruckt hat mich an Putins Rede, wie er sich an die Menschen im Westen wendet und ihnen die Hand in dem Wissen ausstreckt, dass auch dort viele Menschen nicht mit dem einverstanden sind, was ihre Regierungen tun.

Beginn der Übersetzung:

Sehr geehrte Teilnehmer der Plenarsitzung! Meine Damen und Herren! Freunde!

Ich habe einen kleinen Einblick in die Diskussionen bekommen, die hier in den vergangenen Tagen stattgefunden haben, sie waren sehr interessant und informativ. Ich hoffe, dass Sie es nicht bereut haben, nach Russland gekommen zu sein und miteinander reden. Es ist schön, Sie alle zu sehen.

Beim Valdai-Club haben wir mehr als einmal über die Veränderungen gesprochen – die gravierenden, großen Veränderungen – die in der Welt stattgefunden haben und weiterhin stattfinden, über die Risiken, die mit dem Abbau der globalen Institutionen, der Aushöhlung der Grundsätze der kollektiven Sicherheit, der Ersetzung des Völkerrechts durch sogenannte Regeln verbunden sind – ich wollte sagen, Regeln, die von irgendwem ausgearbeitet wurden, aber das ist wahrscheinlich ungenau ausdrückt. Es ist überhaupt nicht klar, wer sie ausgearbeitet hat, worauf diese Regeln beruhen, was in ihnen steckt. (Anm. d. Übers.: Damit meint Putin die vom Westen ausgerufene „regelbasierte Weltordnung“ – hier finden Sie mehr Informationen darüber, was hinter dem Begriff steckt [2].)

Offensichtlich wird nur versucht, eine einzige Regel aufzustellen, damit die Mächtigen – wir sprechen jetzt von Macht, ich spreche von globaler Macht – ohne jegliche Regeln leben und tun können, was sie wollen, mit allem durchkommen, was sie wollen. Tatsächlich sind das die Regeln, von denen man uns ständig erzählt.

Der Wert der Valdai-Diskussionen besteht darin, dass hier die verschiedensten Einschätzungen und Prognosen abgegeben werden. Wie richtig sie waren, zeigt das Leben selbst. Das Leben, der strengste und objektivste Prüfer. Er zeigt, wie wahr die Inhalte unserer Diskussionen in den vergangenen Jahren waren.

Leider entwickeln sich die Ereignisse weiterhin nach dem negativen Szenario,

über das wir bei unseren früheren Treffen mehr als einmal gesprochen haben. Darüber hinaus haben sich diese Ereignisse zu einer umfassenden Systemkrise entwickelt, nicht nur im militär-politischen Bereich, sondern auch im wirtschaftlichen und humanitären Bereich.

Der sogenannte Westen – das ist natürlich im übertragenen Sinn gemeint, denn es gibt dort keine Einigkeit – ist verständlicherweise ein sehr kompliziertes Konglomerat. Dennoch kann man sagen, dass dieser Westen in den letzten Jahren, und insbesondere in den letzten Monaten, eine Reihe von Schritten zur Eskalation unternommen hat. Genau genommen setzt er immer auf Eskalation, das ist nicht neu. Diese sind: die Anzettelung des Krieges in der Ukraine, die Provokationen rund um Taiwan und die Destabilisierung der globalen Lebensmittel- und Energiemärkte. Letzteres geschah natürlich nicht absichtlich, daran besteht kein Zweifel, sondern aufgrund einer Reihe von systematischen Fehlern genau jener westlichen Regierungen, die ich bereits erwähnt habe. Und, wie wir jetzt sehen, kam auch noch die Zerstörung der paneuropäischen Gaspipelines dazu. Das ist unvorstellbar, aber wir sind trotzdem Zeugen dieser traurigen Ereignisse.

Die Macht über die Welt ist genau das, worauf der sogenannte Westen gesetzt hat. Aber dieses Spiel ist mit Sicherheit ein gefährliches, blutiges und, ich würde sagen, schmutziges Spiel.

Es leugnet die Souveränität von Ländern und Völkern, ihre Identität und Einzigartigkeit und ignoriert die Interessen anderer Staaten. Zumindest dann, wenn es diese Interessen nicht ausdrücklich abstreitet, wird es in der Praxis aber genau so gehandhabt. Niemand, außer denen, die die genannten Regeln formulieren, hat das Recht, seine eigene Identität zu entwickeln: Alle anderen müssen sich diesen Regeln unterordnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an die Vorschläge Russlands an die westlichen Partner zur Vertrauensbildung und zum Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit erinnern. Im vergangenen Dezember wurden sie wieder einmal einfach beiseitegeschoben. (Anm. d. Übers.: Die Details zu dem Vorschlag von Russland an den Westen für gegenseitige Sicherheitsgarantien können Sie hier finden [3].)

Aber in der heutigen Welt ist es kaum möglich, etwas auszusitzen. Wer Wind sät, wird, wie man sagt, Sturm ernten. Die Krise ist tatsächlich global geworden, sie betrifft jeden. Da braucht man sich keine Illusionen zu machen.

Die Menschheit hat jetzt im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: entweder die Probleme weiter anzuhäufen, die uns alle unweigerlich erdrücken werden, oder zu versuchen, gemeinsam Lösungen zu finden, wenn auch unvollkommene, aber wirksame Lösungen, die unsere Welt stabiler und sicherer machen können.

Wissen Sie, ich habe immer an die Kraft des gesunden Menschenverstands geglaubt und tue das auch heute noch. Ich bin daher überzeugt, dass sowohl die neuen Zentren der multipolaren Weltordnung als auch der Westen früher oder später anfangen müssen, auf Augenhöhe über eine gemeinsame Zukunft zu sprechen, und zwar je früher, desto besser. Und in diesem Zusammenhang möchte ich auf einige für uns alle sehr wichtige Punkte hinweisen.

Die heutigen Ereignisse haben die Umweltthemen zur Seite geschoben. Es mag merkwürdig sein, aber ich möchte damit beginnen. Der Klimawandel steht nicht mehr ganz oben auf der Tagesordnung. Aber diese grundlegenden Herausforderungen sind nicht verschwunden, sie haben sich nicht verflüchtigt, sie wachsen.

Eine der gefährlichsten Folgen des ökologischen Ungleichgewichts ist der Rückgang der Artenvielfalt. Und nun komme ich zu dem Hauptthema, wegen dem wir alle zusammengekommen sind: Ist die andere Vielfalt – die kulturelle, soziale, politische, zivilisatorische – weniger wichtig?

Die Vereinfachung, die Auslöschung aller Unterschiede ist praktisch zum Wesen des modernen Westens geworden. Was steckt hinter dieser Vereinfachung? Vor allem das Verschwinden des kreativen Potenzials des Westens selbst und der Wunsch, die freie Entwicklung anderer Zivilisationen einzuschränken, zu blockieren.

Natürlich gibt es hier auch ein direktes wirtschaftliches Interesse: Mit der Durchsetzung ihrer Werte, ihrer Konsumklischees, ihrer Vereinheitlichung versuchen unsere Gegner – ich nenne sie mal vorsichtig so – die Märkte für ihre Produkte zu erweitern. Am Ende ist das alles sehr primitiv. Es ist kein Zufall, dass der Westen den Anspruch erhebt, dass seine Kultur und Weltanschauung universell sein müssen. Auch wenn sie es nicht direkt sagen – obwohl sie es auch oft sagen -, aber auch wenn sie es nicht direkt sagen, verhalten sie sich doch so. Und sie bestehen darauf, dass eben diese Werte von allen anderen Teilnehmern des internationalen Lebens bedingungslos akzeptiert werden müssen.

Hier ein Zitat aus der berühmten Harvard-Rede von Alexander Solschenizyn. Bereits 1978 stellte er fest, dass der Westen von einer „anhaltenden Blindheit der Überlegenheit“ geprägt sei – das alles passiert heute immer noch –, die „die Vorstellung unterstützt, dass alle Gebiete unseres Planeten sich gemäß den derzeitigen westlichen Systemen entwickeln und von ihnen beherrscht werden sollten“. Das war 1978. Es hat sich nichts geändert.

Im Laufe des letzten halben Jahrhunderts hat diese Verblendung, von der Solschenizyn sprach – sie ist offen rassistisch und neokolonial –, einfach nur hässliche Formen angenommen, insbesondere seit der Entstehung der sogenannten unipolaren Welt. Was möchte ich dazu sagen? Das Vertrauen auf die eigene Unfehlbarkeit ist ein sehr gefährlicher Zustand: Er ist nur einen Schritt entfernt von dem Wunsch der „Unfehlbaren“, diejenigen, die ihnen nicht gefallen, einfach zu vernichten. Wie man so schön sagt, sie zu „canceln“, sie abzuschaffen. Lassen Sie uns zumindest über die Bedeutung des Wortes nachdenken.

Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, auf dem Höhepunkt der Konfrontation zwischen Systemen, Ideologien und militärischen Rivalitäten, kam es niemandem in den Sinn, die Existenz von Kultur, Kunst und Wissenschaft des Gegners zu leugnen. Auf die Idee wäre niemand gekommen! Ja, es gab gewisse Einschränkungen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und leider auch im Sport. Dennoch waren sich

Publiziert auf Free21 am 24.11.2022, 6:00 Uhr

damals sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Führung darüber im Klaren, dass der humanitäre Bereich mit Fingerspitzengefühl angegangen werden sollte, indem man den Gegner studiert und respektiert und sich von ihm etwas abschaut, um zumindest für die Zukunft eine Grundlage für solide, fruchtbare Beziehungen zu erhalten.

Und was geschieht jetzt? Die Nazis gingen seinerzeit so weit, dass sie Bücher verbrannten, und nun sind die westlichen „Förderer des Liberalismus und des Fortschritts" so weit gegangen, dass sie Dostojewski und Tschaikowski verbieten. Die sogenannte „Cancel Culture" – die Kultur der Abschaffung – ist aber in Wirklichkeit – wir haben schon oft darüber gesprochen – die tatsächliche Abschaffung der Kultur alles Lebendigen und Schöpferischen und lässt das freie Denken in keinem Bereich zur Entfaltung kommen: nicht in der Wirtschaft, nicht in der Politik, nicht in der Kultur.

Die liberale Ideologie selbst hat sich heute bis zur Unkenntlichkeit verändert. Verstand der klassische Liberalismus die Freiheit eines jeden Menschen ursprünglich als die Freiheit, zu sagen und zu tun, was man will, so begannen Liberale bereits im 20. Jahrhundert zu sagen, dass die sogenannte offene Gesellschaft Feinde hat – die offene Gesellschaft hat also Feinde – und dass die Freiheit dieser Feinde eingeschränkt oder sogar abgeschafft werden kann und muss.

Inzwischen ist es sogar so absurd, dass jede alternative Sichtweise als subversive Propaganda und Bedrohung der Demokratie bezeichnet wird.

Alles, was aus Russland kommt, sind „Kreml-Machenschaften". Aber schaut Euch selbst an! Sind wir wirklich so allmächtig? Jede Kritik an unseren Gegnern – jede! – wird als „Kreml-Machenschaften", als „Hand des Kreml" wahrgenommen. So ein Unsinn. Wie weit sind sie gegangen? Benutzt einfach Euren Verstand, denkt Euch etwas Interessanteres aus, präsentiert Euren Standpunkt auf eine konzeptionellere Weise. Man kann nicht alles auf die Intrigen des Kreml schieben.

All das hat Fjodor Dostojewski bereits im 19. Jahrhundert prophetisch vorausgesagt. Eine der Figuren in seinem Roman „Die Besessenen", der Nihilist Schigaljow, beschrieb die strahlende Zukunft, die er sich vorstellte, folgendermaßen: „Die grenzenlose Freiheit verlassend eröffne ich den grenzenlosen Despotismus" – dahin sind unsere westlichen Gegner übrigens gekommen. Eine andere Figur des Romans, Peter Verhovenski, schließt sich ihm an und erklärt, dass Verrat, Spitzeltum und Spionage überall gebraucht werden, dass die Gesellschaft keine Talente und höheren Fähigkeiten braucht: „Cicero wird die Zunge herausgeschnitten, Kopernikus werden die Augen ausgestochen, Shakespeare wird gesteinigt." Das ist es, wohin unsere westlichen Gegner gehen. Was ist das anderes als die moderne westliche Cancel Culture?

Das waren große Denker und ich bin meinen Mitarbeitern, die diese Zitate gefunden haben, ehrlich gesagt dankbar.

Was kann man dazu sagen? Die Geschichte wird sicherlich alles an seinen Platz stellen und nicht die größten Werke der allgemein anerkannten Genies der Weltkultur canceln, sondern diejenigen, die beschlossen haben, dass sie das Recht haben, nach ihrem Gutdünken über diese Weltkultur zu verfügen. Die Eitelkeit dieser Leute sprengt, wie man sagt, den Rahmen, aber in ein paar Jahren wird sich niemand mehr an ihre Namen erinnern. Aber Dostojewski wird weiterleben, ebenso wie Tschaikowski und Puschkin – so sehr sich manche auch etwas anderes wünschen mögen.

Das westliche Modell der Globalisierung, das in seinem Kern neokolonial ist, wurde ebenfalls auf Vereinheitlichung, auf finanziellem und technologischem Monopolismus und auf der Auslöschung aller Unterschiede aufgebaut. Die Aufgabe war klar: Die bedingungslose Vorherrschaft des Westens in der Weltwirtschaft und -politik zu stärken, und zu diesem Zweck die natürlichen und finanziellen Ressourcen, die intellektuellen, menschlichen und wirtschaftlichen Kapazitäten des gesamten Planeten in seinen Dienst zu stellen, und zwar unter dem Deckmantel der sogenannten neuen globalen gegenseitigen Abhängigkeit.

Hier möchte ich an einen weiteren russischen Philosophen erinnern, an Alexander Sinowjew, dessen hundertsten Geburtstag wir am 29. Oktober feiern werden. Vor mehr als 20 Jahren sagte er, dass für das Überleben der westlichen Zivilisation auf dem von ihr erreichten Niveau „der gesamte Planet als Lebensraum notwendig ist, alle Ressourcen der Menschheit sind dafür notwendig". Das fordern sie ja auch, genau so ist es.

Dabei hat der Westen sich in diesem System von Beginn an einen gewaltigen Vorsprung geschaffen, da er die Prinzipien und Mechanismen entwickelt hat – so wie jetzt jene Prinzipien, über die ständig gesprochen wird, und die ein unverständliches „schwarzes Loch" sind: was das ist, weiß niemand. Aber sobald nicht die westlichen Länder, sondern andere Staaten von der Globalisierung zu profitieren begannen, und wir sprechen hier natürlich in erster Linie von den großen asiatischen Staaten, hat der Westen viele Regeln sofort geändert oder ganz aufgehoben. Und die sogenannten heiligen Grundsätze des Freihandels, der wirtschaftlichen Offenheit, des fairen Wettbewerbs und sogar des Rechts auf Eigentum waren plötzlich völlig vergessen. Sobald etwas für sie profitabel wurde, haben sie während des Spiels sofort und spontan die Regeln geändert.

Oder ein weiteres Beispiel für die Änderung von Begriffen und Bedeutungen. Westliche Ideologen und Politiker erzählen der ganzen Welt seit vielen Jahren: Es gibt keine Alternative zur Demokratie. Allerdings ist die Rede vom westlichen, sogenannten liberalen Modell der Demokratie. Sie lehnen alle anderen Varianten und Formen der Demokratie mit Verachtung und – das möchte ich unterstreichen – Arroganz ab. Dieses Verhalten hat sich schon vor langer Zeit, noch in der Kolonialzeit, herausgebildet: Alle werden als Menschen zweiter Klasse angesehen, während andere exklusiv sind. Das geht schon seit Jahrhunderten so, bis heute.

Aber heute verlangt die absolute Mehrheit der Weltgemeinschaft genau das: Demokratie in internationalen Angelegenheiten, und sie akzeptiert keinerlei Formen autoritärer Diktate einzelner Länder oder Gruppen von Staaten. Was ist das, wenn nicht die direkte Anwen-

dung der Prinzipien der Macht des Volkes auf der Ebene der internationalen Beziehungen?

Und was ist die Position des „zivilisierten" – in Anführungszeichen – Westens? Wenn Ihr Demokraten seid, dann müsstet Ihr dieses natürliche Streben von Milliarden von Menschen nach Freiheit begrüßen – aber nein! Der Westen nennt das die Untergrabung der liberalen, regelbasierten Ordnung und startet Wirtschafts- und Handelskriege, Sanktionen, Boykotte, Farbrevolutionen und führt alle Arten von Putschen durch.

Einer davon führte zu den tragischen Folgen in der Ukraine im Jahr 2014 – sie haben den Putsch unterstützt und sogar erzählt, wie viel Geld sie dafür ausgegeben haben. Eigentlich sind sie einfach wahnsinnig, ihnen ist nichts peinlich. Sie haben Suleimani, einen iranischen General, getötet. Man kann zu Suleimani stehen, wie man will, aber er ist ein offizieller Vertreter eines anderen Landes! Sie haben ihn auf dem Gebiet eines dritten Landes ermordet und gesagt: Ja, wir haben ihn ermordet. Was ist das überhaupt? Wo leben wir? (Anm. d. Übers.: Alle, die sich an den Vorfall nicht mehr erinnern, finden hier Details [4].)

Washington bezeichnet die gegenwärtige Weltordnung weiterhin gewohnheitsmäßig als amerikanisch-liberal, aber in Wirklichkeit vergrößert diese berüchtigte „Ordnung" jeden Tag das Chaos und wird, wie ich hinzufügen möchte, sogar gegenüber den westlichen Ländern selbst, gegenüber ihren Versuchen, irgendeine Unabhängigkeit zu zeigen, immer intoleranter. Alles wird bis an die Wurzel unterdrückt und es werden Sanktionen gegen die eigenen Verbündeten verhängt – ohne jede Scham! Und die nehmen das alles mit gesenktem Kopf hin.

Beispielsweise wurden die Vorschläge der ungarischen Parlamentarier vom Juli, im EU-Vertrag ein Bekenntnis zu europäischen christlichen Werten und zur europäischen Kultur zu verankern, nicht einmal als Fronde, sondern als direkte feindliche Sabotage wahrgenommen. Was ist das? Wie soll man das verstehen? Ja, einigen mag es gefallen, anderen nicht.

In Russland haben wir im Laufe von tausend Jahren eine einzigartige Kultur der Wechselbeziehungen zwischen allen Weltreligionen entwickelt. Es gibt keinen Grund, irgendetwas zu canceln: weder christliche Werte noch islamische oder jüdische Werte. Die anderen Weltreligionen sind in unserem Land präsent. Man muss sich einfach gegenseitig mit Respekt behandeln. In einigen Regionen unseres Landes, das habe ich aus erster Hand erfahren, feiern die Menschen christliche, islamische, buddhistische und jüdische Feiertage gemeinsam und tun das gerne, beglückwünschen einander und freuen sich zusammen.

Aber nicht in Europa. Warum nicht? Zumindest hätten sie darüber sprechen können. Es ist erstaunlich!

All das ist ohne Übertreibung nicht einmal eine systemische, sondern eine doktrinäre Krise des neoliberalen amerikanischen Modells der Weltordnung. Sie haben keine Ideen, etwas zu erschaffen, und von positiver Entwicklung, sie haben der Welt einfach nichts zu bieten außer dem Erhalt ihrer Vorherrschaft.

Ich bin davon überzeugt, dass echte Demokratie in einer multipolaren Welt zuallererst die Möglichkeit eines jeden Volkes – ich möchte das betonen, jeder Gesellschaft, jeder Zivilisation – voraussetzt, seinen eigenen Weg, sein eigenes soziales und politisches System zu wählen. Wenn die USA und die EU dieses Recht haben, dann haben es sicherlich auch die asiatischen Länder, die islamischen Staaten, die Monarchien des Persischen Golfs und die Staaten anderer Kontinente. Natürlich hat auch unser Land, Russland, dieses Recht, und niemand wird jemals in der Lage sein, unserem Volk vorzuschreiben, welche Art von Gesellschaft wir aufzubauen haben und auf welchen Prinzipien sie beruhen soll.

Die direkte Bedrohung des politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Monopols des Westens besteht darin, dass in der Welt alternative Gesellschaftsmodelle entstehen könnten – effektivere, das möchte ich betonen, – in der heutigen Zeit effektivere, hellere, attraktivere als die, die wir haben. Und diese Modelle werden sich entwickeln, das ist unvermeidlich. Übrigens schreiben amerikanische Politikwissenschaftler und Experten darüber auch direkt. Die Regierungen hören zwar noch nicht wirklich auf sie, aber sie können diese Ideen in den politikwissenschaftlichen Zeitschriften und in Diskussionen nicht übersehen.

Entwicklung muss im Dialog der Zivilisationen stattfinden, der auf geistigen und moralischen Werten beruht. Ja, verschiedene Zivilisationen haben unterschiedliche Verständnisse des Menschen, seines Wesens. Es sind oft nur oberflächliche Unterschiede, aber alle erkennen die höchste Würde und das geistige Wesen des Menschen an. Und dieses gemeinsame Fundament, auf dem wir unsere Zukunft aufbauen können und müssen, ist von größter Bedeutung.

Was möchte ich hier hervorheben? Traditionelle Werte sind nicht irgendwelche festen Postulate, an die sich alle halten müssen. Nein, natürlich nicht. Sie unterscheiden sich von den sogenannten neoliberalen Werten dadurch, dass jeder von ihnen einzigartig ist, weil sie aus der Tradition einer bestimmten Gesellschaft, ihrer Kultur und historischen Erfahrung stammen. Traditionelle Werte können daher niemandem aufgezwungen werden – sie müssen einfach respektiert werden, indem das, was jede Nation im Laufe der Jahrhunderte gewählt hat, respektiert wird.

Das ist unser Verständnis von traditionellen Werten, und dieser Ansatz wird von der Mehrheit der Menschheit geteilt und akzeptiert. Das ist logisch, denn die traditionellen Gesellschaften des Ostens, Lateinamerikas, Afrikas und Eurasiens bilden die Grundlage der Weltzivilisation.

Der Respekt vor den Besonderheiten der Völker und Zivilisationen liegt im Interesse aller. Das liegt auch im Interesse des sogenannten Westens. Indem er seine Vormachtstellung verliert, wird er schnell zu einer Minderheit auf der Weltbühne. Und natürlich sollte das Recht dieser westlichen Minderheit auf ihre eigene kulturelle Identität, das möchte ich unterstreichen, gewährleistet sein, es sollte sicherlich respektiert werden, aber, das unterstreiche ich, gleichberechtigt mit den Rechten aller anderen.

Wenn die westlichen Eliten glauben, dass sie in der Lage sein werden, in den Köpfen ihrer Menschen, ihrer Gesellschaften, neue, meiner Meinung nach seltsame

Publiziert auf Free21 am 24.11.2022, 6:00 Uhr

Trends wie Dutzende von Geschlechtern und Schwulenparaden einzuführen, dann soll es so sein. Sollen sie tun, was sie wollen! Aber sie haben sicher nicht das Recht, von anderen zu verlangen, dass sie den gleichen Weg gehen.

Wir sehen, dass die westlichen Länder komplizierte demographische, politische und soziale Prozesse haben. Das ist natürlich ihre innere Angelegenheit. Russland mischt sich nicht in diese Angelegenheiten ein und hat auch nicht die Absicht, das zu tun – im Gegensatz zum Westen mischen wir uns nicht in fremde Hinterhöfe ein. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Pragmatismus die Oberhand gewinnen wird und der Dialog zwischen Russland und dem echten, traditionellen Westen sowie mit anderen Zentren gleicher Entwicklung einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer multipolaren Weltordnung leisten wird.

Ich möchte hinzufügen, dass die Multipolarität die wirkliche und tatsächlich einzige Chance für Europa ist, seine politische und wirtschaftliche Subjektivität wiederherzustellen. Sicher, wir alle verstehen, und in Europa wird direkt darüber gesprochen: Europas rechtliche Subjektivität ist heute – wie soll ich es vorsichtig ausdrücken, um niemanden zu beleidigen – sehr begrenzt.

Die Welt ist von Natur aus vielfältig, und die Versuche des Westens, alle in ein einziges Schema zu pressen, sind objektiv zum Scheitern verurteilt, und es wird nichts dabei herauskommen.

Das arrogante Streben nach der Weltherrschaft, nach dem Diktat oder nach dem Erhalt der Führungsrolle durch Diktat, führt zum Niedergang der internationalen Autorität der Führer der westlichen Welt, einschließlich der USA, und zum wachsenden Misstrauen in ihre Fähigkeit zu verhandeln insgesamt. An einem Tag sagen sie das eine und am nächsten Tag etwas anderes; sie unterschreiben Dokumente und am nächsten Tag weigern sie sich, sie einzuhalten; sie tun, was sie wollen. Es gibt überhaupt keine Stabilität in irgendetwas. Wie die Dokumente unterzeichnet werden, worüber gesprochen wurde, worauf man hoffen kann, ist vollkommen unklar.

Während sich früher nur einige wenige Länder erlaubt haben, mit Amerika zu streiten, und das fast wie eine Sensation aussah, ist es heute für viele Staaten üblich, die unbegründeten Forderungen Washingtons abzulehnen, auch wenn es immer noch versucht, alle herumzuschubsen. Das ist eine völlig verfehlte Politik, die einfach ins Nichts führt. Sollen sie doch, das ist auch ihre Entscheidung.

Ich bin überzeugt, dass die Völker der Welt nicht die Augen vor der Politik der Nötigung verschließen werden, die sich selbst diskreditiert hat, und der Westen wird jedes Mal, wenn er versucht, seine Hegemonie aufrechtzuerhalten, einen immer höheren Preis zahlen müssen. Wäre ich an der Stelle dieser westlichen Eliten, würde ich über diese Perspektive ernsthaft nachdenken, so wie einige Politologen und Politiker in den USA selbst es tun, wie ich bereits sagte.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen gewalttätiger Konflikte werde ich einige Dinge direkt sagen. Russland als unabhängige, eigenständige Zivilisation hat sich nie als Feind des Westens gesehen und sieht sich auch nicht als solcher. Amerikafeindlichkeit, Anglophobie, Frankophobie, Deutschfeindlichkeit sind ebenso Formen des Rassismus wie Russophobie und Antisemitismus, wie auch alle Formen der Fremdenfeindlichkeit.

Man muss klar verstehen, dass es, wie ich bereits sagte, zwei Westens gibt. Mindestens zwei, vielleicht auch mehr, aber mindestens zwei: den Westen der traditionellen, vor allem christlichen Werte, der Freiheit, des Patriotismus, der reichhaltigen Kultur und jetzt auch der islamischen Werte, denn ein bedeutender Teil der Bevölkerung vieler westlicher Länder bekennt sich zum Islam. Dieser Westen ist uns in gewisser Weise nahe, in vielerlei Hinsicht haben wir gemeinsame, ja sogar antike Wurzeln. Aber es gibt auch den anderen Westen: aggressiv, kosmopolitisch, neokolonial, ein Werkzeug der neoliberalen Eliten. Das Diktat genau dieses Westens wird Russland sicher nicht akzeptieren.

Ich werde mich immer daran erinnern, was ich im Jahr 2000, nachdem ich zum Präsidenten gewählt worden war, erleben musste. Erinnern Sie sich an den Preis, den wir für die Zerstörung des Terrornestes im Nordkaukasus gezahlt haben, das der Westen damals praktisch offen unterstützt hat? Alle Erwachsenen hier, die meisten von Ihnen in diesem Saal, verstehen, wovon ich spreche. Wir wissen, dass genau dies in der Praxis geschah: finanzielle, politische und mediale Unterstützung. Wir alle haben das erlebt.

Darüber hinaus hat der Westen Terroristen auf russischem Territorium nicht nur aktiv unterstützt, sondern dieser Bedrohung in vielerlei Hinsicht Vorschub geleistet. Wir wissen das. Aber nachdem sich die Lage stabilisiert hatte und die wichtigsten Terrorbanden besiegt waren, auch dank des Mutes des tschetschenischen Volkes, haben wir beschlossen, uns nicht abzuwenden, nicht den Beleidigten zu spielen, sondern vorwärtszugehen, Beziehungen auch zu denen aufzubauen, die eigentlich gegen uns arbeiteten, Beziehungen auf der Grundlage von gegenseitigem Nutzen und gegenseitigem Respekt zu allen aufzubauen und zu entwickeln, die das wollten.

Man dachte, dass das im gemeinsamen Interesse liegt. Russland hat Gott sei Dank alle Schwierigkeiten dieser Zeit überstanden, hat durchgehalten, ist gestärkt, ist mit dem inneren und äußeren Terrorismus klargekommen, hat seine Wirtschaft bewahrt, hat begonnen, sich zu entwickeln und seine Verteidigungsfähigkeit verbessert. Wir haben versucht, Beziehungen zu den führenden Ländern des Westens und zur NATO aufzubauen. Die Botschaft war dieselbe:

Lasst uns aufhören Feinde zu sein, lasst uns als Freunde zusammenleben, lasst uns den Dialog aufnehmen, lasst uns Vertrauen aufbauen und damit Frieden schaffen.

Wir waren absolut aufrichtig, das möchte ich betonen. Wir waren uns über die Komplexität dieser Annäherung im Klaren, aber wir sind den Weg gegangen.

Und was haben wir als Antwort erhalten? Kurz gesagt, wir haben in allen wichtigen Bereichen der möglichen Zusammenarbeit ein „Nein“ erhalten. Wir haben ständig wachsenden Druck auf uns und die Schaffung von Spannungsherden in der Nähe unserer Grenzen erhalten. Und was, wenn

ich fragen darf, ist das Ziel dieses Drucks? Was ist es? Üben sie etwa einfach nur ein bisschen? Nein, natürlich nicht. Das Ziel ist es, Russland verwundbarer zu machen. Das Ziel ist es, Russland zu einem Werkzeug zur Erreichung ihrer eigenen geopolitischen Ziele zu machen.

Das ist in der Tat die universelle Regel: Sie versuchen, jeden in ein Werkzeug zu verwandeln, um dieses Werkzeug für ihre eigenen Ziele zu nutzen. Und diejenigen, die diesem Druck nicht nachgeben, die kein solches Werkzeug sein wollen, gegen die werden Sanktionen verhängt, gegen die werden alle möglichen wirtschaftlichen Restriktionen verhängt, gegen die werden Putsche vorbereitet oder wenn möglich durchgeführt und so weiter. Und wenn am Ende nichts gelingt, gibt es ein Ziel – sie zu vernichten, sie von der politischen Landkarte zu tilgen. Aber so ein Szenario hat in Bezug auf Russland nie funktioniert und wird in Bezug auf Russland auch nie funktionieren.

Was würde ich noch gerne hinzufügen? Russland fordert die Eliten des Westens nicht heraus – Russland verteidigt lediglich sein Recht auf Existenz und freie Entwicklung. Dabei haben wir selbst nicht vor, zu einem neuen Hegemon zu werden. Russland schlägt nicht vor, die Unipolarität durch Bipolarität, Tripolarität etc. auszutauschen, die westliche Vorherrschaft durch die Vorherrschaft des Ostens, des Nordens oder des Südens zu ersetzen. Das würde unweigerlich in eine neue Sackgasse führen.

Hier möchte ich die Worte des großen russischen Philosophen Nikolai Danilewski zitieren, der der Meinung war, dass der Fortschritt nicht darin besteht, nur in eine Richtung zu gehen, in die einige unserer Gegner uns drängen – dann würde der Fortschritt bald aufhören, so Danilewski –, sondern darin, „das gesamte Feld, das den Bereich der geschichtlichen Tätigkeit der Menschheit ausmacht, in allen Richtungen anzugehen". Und er fügt hinzu, dass sich keine Zivilisation rühmen kann, den höchsten Entwicklungsstand zu repräsentieren.

Ich bin davon überzeugt, dass der Diktatur nur die freie Entwicklung von Ländern und Völkern entgegenstehen kann, dass der Degradierung des Individuums die Liebe zum Menschen als Schöpfer entgegenstehen kann, dass primitiver Vereinfachung und Verboten die blühende Komplexität von Kulturen und Traditionen entgegenstehen kann.

Die Bedeutung des heutigen historischen Moments besteht gerade darin, dass sich vor allen Zivilisationen, Staaten und Staatenverbänden die Möglichkeit einer eigenen, demokratischen, originellen Entwicklungsweise eröffnet. Und vor allem glauben wir, dass die neue Weltordnung auf Recht und Gesetz beruhen muss, dass sie frei, unverwechselbar und gerecht sein muss.

Daher müssen die Weltwirtschaft und der Handel gerechter und offener werden. Russland ist der Ansicht, dass der Prozess der Schaffung neuer internationaler Finanzplattformen, einschließlich solcher für den internationalen Zahlungsverkehr, unumgänglich ist. Solche Plattformen sollten außerhalb nationaler Zuständigkeiten liegen, sicher, entpolitisiert und automatisiert sein und nicht von einem einzigen Kontrollzentrum abhängen. Ist das möglich oder nicht? Natürlich. Es wird große Anstrengungen erfordern, viele Länder müssen ihre Kräfte bündeln, aber es ist machbar.

Das wird die Möglichkeit des Missbrauchs der neuen globalen Finanzinfrastruktur ausschließen und eine effiziente, profitable und sichere Abwicklung internationaler Transaktionen ohne den Dollar und andere so genannte Reservewährungen ermöglichen. Das umso mehr, als die USA und der Westen durch den Einsatz des Dollars als Waffe die Institution der internationalen Finanzreserven diskreditiert haben. Zuerst wurden sie durch die Inflation in der Dollar- und Eurozone abgewertet und dann haben sie unsere internationalen Reserven eingesackt.

Die Umstellung auf nationale Währungen wird – zwangsläufig – an Dynamik gewinnen. Das hängt natürlich von der Verfassung der Emittenten dieser Währungen und ihrer Volkswirtschaften ab, aber sie werden stärker werden und diese Zahlungen werden mit Sicherheit allmählich die Oberhand gewinnen. Das ist die Logik einer souveränen Wirtschafts- und Finanzpolitik in einer multipolaren Welt.

Weiter. Die neuen Zentren der globalen Entwicklung verfügen bereits heute über einzigartige Technologien und wissenschaftliche Entwicklungen in einer Vielzahl von Bereichen, und in vielen Bereichen können sie erfolgreich mit westlichen transnationalen Unternehmen konkurrieren.

Offensichtlich haben wir ein gemeinsames, ganz pragmatisches Interesse an einem fairen und offenen wissenschaftlichen und technologischen Austausch. Gemeinsam wird jeder mehr profitieren als allein. Die Vorteile sollten der Mehrheit zugutekommen, nicht einzelnen superreichen Konzernen.

Wie sieht es heute aus? Wenn der Westen Medikamente oder Saatgut für Nahrungspflanzen an andere Länder verkauft, werden die nationale Pharmaindustrie und Viehzucht vernichtet, und im Grunde läuft in der Praxis alles darauf hinaus: Die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen zerstört die lokale Maschinenbauindustrie. Als ich Premierminister war, habe ich es verstanden: Sobald man den Markt für eine bestimmte Warengruppe öffnet, ist der lokale Produzent untergegangen und es ist fast unmöglich, dass er sein Haupt wieder erhebt. So werden Beziehungen aufgebaut. So werden Märkte und Ressourcen erobert, Länder werden ihres technologischen und wissenschaftlichen Potenzials beraubt. Das ist kein Fortschritt, sondern Versklavung, die Reduzierung der Volkswirtschaften auf ein primitives Niveau.

Die technologische Entwicklung sollte die globale Ungleichheit nicht verstärken, sondern verringern. Genau so setzt Russland traditionell seine technologische Außenpolitik um. Wenn wir zum Beispiel Kernkraftwerke in anderen Staaten bauen, schaffen wir dort gleichzeitig Kompetenzzentren, bilden nationales Personal aus. Wir schaffen eine Industrie, wir bauen nicht nur eine Anlage, wir schaffen eine ganze Industrie. Im Grunde geben wir anderen Ländern die Möglichkeit, einen echten Durchbruch in ihrer wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung zu erzielen, Ungleichheiten zu verringern und ihren Energiesektor auf ein neues Niveau von Effizienz und Umweltfreundlichkeit zu bringen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass Souveränität und eigene Entwicklung keineswegs Isolation oder Autarkie bedeuten, sondern vielmehr eine aktive, für bei-

Publiziert auf Free21 am 24.11.2022, 6:00 Uhr

de Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit auf der Grundlage fairer und gerechter Prinzipien.

Während die liberale Globalisierung eine Entpersönlichung ist, die der ganzen Welt das westliche Modell aufzwingt, geht es bei der Integration im Gegenteil darum, das Potenzial jeder Zivilisation zum Nutzen des Ganzen, zum Wohle aller zu erschließen. Während der Globalismus ein Diktat ist, worauf er letztlich hinausläuft, ist Integration die gemeinsame Erarbeitung von Strategien, die allen zugutekommen.

In dieser Hinsicht hält Russland es für wichtig, die Mechanismen zur Schaffung großer Räume zu aktivieren, die auf der Zusammenarbeit von Nachbarländern beruhen, deren Wirtschaft, Sozialsystem, Rohstoffe und Infrastruktur sich gegenseitig ergänzen. Solche großen Räume sind im Grunde die Grundlage für eine multipolare Weltordnung – die wirtschaftliche Grundlage. Aus ihrem Dialog erwächst die wahre Einheit der Menschheit, die viel komplexer, ausgeprägter und mehrdimensionaler ist als in den vereinfachenden Ansichten einiger westlicher Ideologen.

Die Einheit der Menschheit beruht nicht auf dem Befehl „mach es wie ich" oder „werde wie wir" – sie wird unter Berücksichtigung und auf der Grundlage der Meinung aller und mit Respekt vor der Identität jeder Gesellschaft und Nation gebildet. Das ist das Prinzip, auf dem ein langfristiges Engagement in einer multipolaren Welt aufbauen kann.

In diesem Zusammenhang könnte es sich lohnen, darüber nachzudenken, dass die Struktur der Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, die Vielfalt der Weltregionen besser widerspiegeln sollte. Schließlich wird in der Welt von morgen viel mehr von Asien, Afrika und Lateinamerika abhängen, als man heute gemeinhin annimmt, und diese Zunahme ihres Einflusses ist auf jeden Fall positiv.

Ich erinnere daran, dass die westliche Zivilisation nicht die einzige ist, auch nicht in unserem gemeinsamen eurasischen Raum. Außerdem konzentriert sich die Mehrheit der Bevölkerung gerade im Osten Eurasiens, wo die ältesten Zivilisationen der Menschheit entstanden sind.

Der Wert und die Bedeutung Eurasiens liegen darin, dass dieser Kontinent ein autarker Komplex ist, der über gigantische Ressourcen jeder Art und ein enormes Potenzial verfügt. Und je härter wir daran arbeiten, die Verbindungen in Eurasien zu erhöhen, neue Wege und Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, desto beeindruckendere Fortschritte machen wir.

Die erfolgreichen Aktivitäten der Eurasischen Wirtschaftsunion, das rasche Anwachsen der Autorität und des Einflusses der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die groß angelegten Initiativen im Rahmen von „One Belt, One Road", die Pläne für eine multilaterale Zusammenarbeit zur Verwirklichung des Nord-Süd-Verkehrskorridors und andere, viele andere Projekte in diesem Teil der Welt sind, da bin ich mir sicher, der Beginn einer neuen Ära, einer neuen Phase in der Entwicklung Eurasiens. Integrationsprojekte stehen hier nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich, wenn sie von den Nachbarländern in ihrem eigenen Interesse durchgeführt und nicht von äußeren Kräften gewaltsam eingeführt werden, um den eurasischen Raum zu spalten und ihn in eine Zone der Blockkonfrontation zu verwandeln.

Sein westliches Ende, Europa, könnte auch ein natürlicher Teil des großen Eurasiens sein. Doch viele der führenden Vertreter sind von der Überzeugung beseelt, dass die Europäer besser sind als andere und dass es unter ihrer Würde ist, sich gleichberechtigt mit anderen an Unternehmungen zu beteiligen. Hinter dieser Arroganz bemerken sie nicht einmal, dass sie an den Rand gedrängt wurden, dass sie Vasallen sind – oft sogar ohne ein Wahlrecht.

Verehrte Kollegen!

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat auch das Gleichgewicht der geopolitischen Kräfte zerstört. Der Westen fühlte sich als Sieger und proklamierte die unipolare Weltordnung, in der nur sein Wille, seine Kultur und seine Interessen eine Existenzberechtigung hatten.

Diese historische Periode der ungeteilten Vorherrschaft des Westens im Weltgeschehen geht nun zu Ende, die unipolare Welt gehört der Vergangenheit an. Wir stehen an einem historischen Wendepunkt, vor dem wahrscheinlich gefährlichsten, unvorhersehbarsten und doch wichtigsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Westen ist nicht in der Lage, die Menschheit allein zu regieren, aber er versucht es verzweifelt, und die meisten Nationen der Welt sind nicht mehr bereit, das zu dulden. Das ist der größte Gegensatz der neuen Ära. Die Situation ist in gewisser Weise revolutionär: Die Oberschicht kann nicht und die Unterschicht will nicht mehr so leben, heißt es in einem Klassiker.

Dieser Zustand birgt globale Konflikte oder eine Kette von Konflikten, die eine Bedrohung für die Menschheit, einschließlich des Westens selbst, darstellen. Diesen Widerspruch konstruktiv aufzulösen, ist heute die wichtigste geschichtliche Aufgabe.

Alles zu verändern ist ein schmerzhafter, aber natürlicher und unvermeidlicher Prozess. Die künftige Weltordnung nimmt vor unseren Augen Gestalt an. Und in dieser Weltordnung müssen wir jedem zuhören, jeden Standpunkt berücksichtigen, jede Nation, Gesellschaft, Kultur, jedes System von Weltanschauungen, Ideen und religiösen Überzeugungen, ohne jemandem eine einheitliche Wahrheit aufzuzwingen. Nur auf dieser Grundlage können wir im Verständnis für unsere Verantwortung für das Schicksal – das Schicksal der Nationen, des Planeten – eine Symphonie der menschlichen Zivilisation bauen.

Damit möchte ich schließen und Ihnen für Ihre Geduld beim Anhören meiner Botschaft danken.

Ich danke Ihnen vielmals.

Ende der Übersetzung

Autor: Thomas Röper

geboren 1971, lebt seit über 15 Jahren in Russland und spricht fließend Russisch. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Russlandbild in Deutschland und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.

Dieser Text wurde zuerst am 20.10.2022 auf www.thecradle.co unter der URL ‹https://thecradle.co/Article/columns/17132› veröffentlicht. Lizenz: © Pepe Escobar, The Cradle

Symbolfoto. China reicht seine Hand zur Zusammenarbeit. Gemeinfrei

„Friedliche Modernisierung“: **Chinas Angebot** an den globalen Süden

Xi Jinping hat dem globalen Süden kürzlich eine starke Alternative zu Jahrzehnten an westlichen Diktaten, Krieg und wirtschaftlicher Nötigung angeboten. „Friedliche Modernisierung“ wird für die ums Überleben kämpfenden Staaten der Welt Souveränität, Wirtschaft und Unabhängigkeit herstellen.

Autor: Pepe Escobar

Jahrgang 1954, ist brasilianischer Investigativjournalist, geo-politischer Analytiker und Chefkorrespondent der in Hongkong ansässigen Asia Times. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. Er ist außerdem ständiger Mitarbeiter von Global Research und veröffentlichte im Jahr 2015 sein Buch „2030“.

Der Arbeitsbericht von Präsident Xi Jinping zu Beginn des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) am vergangenen Sonntag in Peking enthielt nicht nur eine Blaupause [1] für die Entwicklung des Zivilisationsstaates, sondern für den gesamten Globalen Süden.

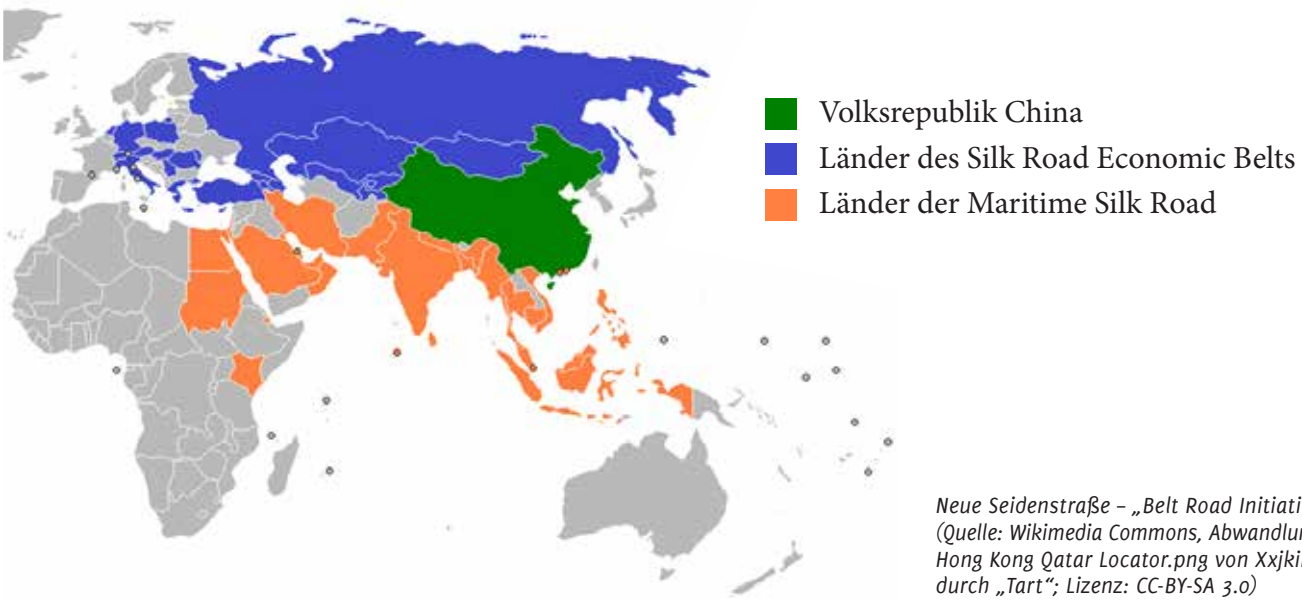
Xis eindreiviertelstündige Rede war eine kürzere Version des vollständigen Arbeitsberichts – siehe beigefügte PDF-Datei [2] –, in der eine Reihe gesellschaftspolitischer Themen viel ausführlicher behandelt werden.

Dies war der Höhepunkt einer komplexen kollektiven Anstrengung, die sich über Monate hinzog. Als er den endgültigen Text erhielt, kommentierte, überarbeitete und redigierte Xi ihn.

Kurz gesagt hat der Masterplan der KPCh zwei Ziele: die „sozialistische Modernisierung“ von 2020 bis 2035 abzuschließen und China – durch friedliche Modernisierung – als modernes sozialistisches Land aufzubauen, das „wohlhabend, stark, demokratisch, kulturell fortschrittlich und harmonisch“ ist, und zwar bis zum Jahr 2049, dem hundertsten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China (VRC).

Das zentrale Konzept des Arbeitsberichts ist die friedliche Modernisierung – und wie sie erreicht werden kann. Wie Xi zusammenfasste, „enthält es Elemente, die den Modernisierungsprozessen aller Länder gemeinsam sind, aber es ist mehr durch Merkmale gekennzeichnet, die für den chinesischen Kontext einzigartig sind.“

Ganz im Sinne der konfuzianischen chinesischen Kultur stellt die „friedliche Modernisierung“ ein komplettes theo-



Neue Seidenstraße – „Belt Road Initiative" (Quelle: Wikimedia Commons, Abwandlung von: Hong Kong Qatar Locator.png von Xxjkingdom durch „Tart"; Lizenz: CC-BY-SA 3.0)

retisches System dar. Natürlich gibt es mehrere geoökonomische Pfade, die zur Modernisierung führen – je nach den nationalen Bedingungen eines jeden Landes. Aber für den Globalen Süden als Ganzes ist es wichtig, dass das chinesische Beispiel mit dem westlichen TINA-Monopol („Es gibt keine Alternative") für die Modernisierungspraxis und -theorie vollständig bricht.

Ganz zu schweigen davon, dass es mit der ideologischen Zwangsjacke bricht, die dem globalen Süden von der selbst definierten „goldenen Milliarde" auferlegt wurde (von denen die wirklich „Goldenen" kaum 10 Millionen erreichen). Was die chinesische Führung damit sagen will, ist, dass das iranische, das ugandische oder das bolivianische Modell genauso gültig sind wie das chinesische Experiment: Worauf es ankommt, ist die Beschreitung eines unabhängigen Weges der Entwicklung.

Wie technologische Unabhängigkeit entwickelt werden soll

Die jüngste Geschichte zeigt, wie jede Nation, die versucht, sich außerhalb des Washingtoner Konsenses zu entwickeln, auf unzähligen Ebenen des hybriden Krieges terrorisiert wird. Diese Nation wird zum Ziel von farbigen Revolutionen, Regimewechseln, illegalen Sanktionen, Wirtschaftsblockaden, NATO-Sabotage oder regelrechten Bombenangriffen und Invasionen.

Was China vorschlägt, findet im gesamten Globalen Süden Anklang, da Peking der größte Handelspartner von nicht weniger als 140 Nationen ist, die Konzepte wie eine qualitativ hochwertige wirtschaftliche Entwicklung und Eigenständigkeit in Wissenschaft und Technologie leicht nachvollziehen können.

Der Bericht unterstreicht die kategorische Notwendigkeit für China von heute an: die technologische Eigenständigkeit zu beschleunigen, da der Hegemon nichts unversucht lässt, um die chinesische Technologie entgleisen zu lassen, insbesondere bei der Herstellung von Halbleitern [3].

Mit einem Sanktionspaket, das wirkt, als sei es der Hölle entsprungen, setzt der Hegemon darauf, Chinas Bestreben seine technologische Unabhängigkeit bei Halbleitern und den Anlagen zu deren Herstellung zu beschleunigen auszubremsen, .

China wird also eine nationale Anstrengung zur Halbleiterproduktion unternehmen müssen. Diese Notwendigkeit steht im Mittelpunkt dessen, was im Arbeitsbericht als neue Entwicklungsstrategie beschrieben wird, die durch die enorme Herausforderung angespornt wird, eine technologische Autarkie zu erreichen. Im Wesentlichen wird China den öffentlichen Sektor der Wirtschaft stärken, wobei staatliche Unternehmen den Kern für ein nationales System zur Entwicklung technischer Innovationen bilden.

„Kleine Festungen mit hohen Mauern"

In Bezug auf die Außenpolitik ist der Arbeitsbericht sehr eindeutig: China ist gegen jede Form des Unilateralismus, sowie gegen Blöcke und exklusive Gruppen, die sich gegen bestimmte Länder richten. Peking bezeichnet diese Blöcke, wie die NATO und AUKUS, als „kleine Festungen mit hohen Mauern".

Diese Sichtweise ist der Betonung eines weiteren kategorischen Imperativs durch die KPCh eingeschrieben: die Reform des bestehenden Systems der Global Governance, das für den globalen Süden extrem ungerecht ist. Es ist immer wichtig, sich daran zu erinnern, dass China als Zivilisationsstaat sich gleichzeitig als sozialistisches Land und als weltweit führende Entwicklungsnation sieht.

Das Problem ist wieder einmal Pekings Glaube an den „Schutz des internationalen Systems mit den Vereinten Nationen als Kernstück". Die meisten Akteure des Globalen Südens wissen, wie der Hegemon die UNO – und ihren Abstimmungsmechanismus – allen Arten von unermüdlichem Druck aussetzt.

Den wenigen Westlern, die wirklich ein oder zwei Dinge über China wissen [4], Aufmerksamkeit zu schenken ist erhellend. Martin Jacques, bis vor kurzem Senior Fellow am „Department of Politics and International Studies“ der Universität Cambridge und Autor des wohl besten englischsprachigen Buches über die Entwicklung Chinas, ist davon beeindruckt, wie die Modernisierung Chinas in einem vom Westen dominierten Umfeld stattfand:

> Das war die Schlüsselrolle der KPCh. Es musste geplant werden. Wir können sehen, wie außerordentlich erfolgreich es war.“

Die Implikation ist, dass Peking durch das Aufbrechen des westlich orientierten TINA-Modells das Rüstzeug erworben hat, um die Länder des Globalen Südens bei ihren eigenen Modellen zu unterstützen. Jeffrey Sachs, Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Universität von Columbia, ist sogar noch optimistischer:

> China wird ein Innovationsführer werden. Ich hoffe und rechne fest damit, dass China eine führende Rolle bei der Innovation im Bereich der Nachhaltigkeit spielen wird“.

Dies steht im Gegensatz zu einem „dysfunktionalen“ amerikanischen Modell, das sogar in der Wirtschaft und bei Investitionen protektionistisch wird.

Michail Deljagin, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik der russischen Staatsduma, weist auf einen entscheidenden Punkt hin, der von wichtigen Akteuren des Globalen Südens sicherlich zur Kenntnis genommen wurde: Die KPCh „war in der Lage, den Marxismus des 19. Jahrhunderts und ihre Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert in kreativer Weise zu adaptieren, mit neuen Anforderungen zu verbinden und ewige Werte mit neuen Methoden umzusetzen. Dies ist eine sehr wichtige und nützliche Lektion für uns“.

Und das ist der Mehrwert eines Modells, das sich am nationalen Interesse orientiert und nicht an der exklusivistischen Politik des globalen Kapitals.

BRI oder Pleite

Im gesamten Arbeitsbericht wird die Bedeutung des übergreifenden Konzepts der chinesischen Außenpolitik hervorgehoben: die neue Seidenstraße [Belt and Road Initiative, BRI, Anm. d. Redaktion] und ihre Handels-/Verbindungskorridore durch Eurasien und Afrika.

Es war Sache des Sprechers des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, klarzustellen, wohin die BRI führt: „Die BRI überwindet die veraltete Mentalität geopolitischer Spiele und schafft ein neues Modell der internationalen Zusammenarbeit. Es handelt sich nicht um eine exklusive Gruppe, die andere Teilnehmer ausschließt, sondern um eine offene und inklusive Kooperationsplattform. Es ist nicht nur Chinas Alleingang, sondern eine Sinfonie, die von allen teilnehmenden Ländern aufgeführt wird.“

Die BRI ist in das chinesische Konzept der „Öffnung“ integriert. Es ist auch wichtig, sich daran zu erinnern, dass Xi die BRI vor neun Jahren ins Leben gerufen hat – in Zentralasien (Astana) und dann in Südostasien (Jakarta). Peking hat aus seinen Fehlern gelernt und stimmt die BRI in Absprache mit seinen Partnern – von Pakistan, Sri Lanka und Malaysia bis hin zu mehreren afrikanischen Staaten – immer wieder ab.

Es ist kein Wunder, dass Chinas Handel mit den an der BRI beteiligten Ländern im August dieses Jahres ein Volumen von 12 Billionen US-Dollar erreichte und die nichtfinanziellen Direktinvestitionen in diesen Ländern 140 Milliarden US-Dollar überstiegen.

Wang weist zu Recht darauf hin, dass infolge der BRI-Infrastrukturinvestitionen „Ostafrika und Kambodscha Autobahnen haben, Kasachstan [Trocken-]Häfen für den Export hat, die Malediven ihre erste Brücke über das Meer haben und Laos von einem Binnenland zu einem verbundenen Land geworden ist“.

Trotz großer Herausforderungen – von Null-Covid über verschiedene Sanktionen bis hin zum Zusammenbruch von Lieferketten – steigt die Zahl der Expressfrachtzüge zwischen China und der EU weiter an; die China-Laos-Eisenbahn

Die Landeschefs der BRICS-Staaten (v.l.n.r): Xi Jinping (China), Wladimir Putin (Russland), Jair Bolsonaro (Brasilien, bis Oktober 2022), Narendra Modi (Indien) und Cyril Ramaphosa (Südafrika) (Foto: Alan Santos/PR / Wikimedia Commons; Lizenz: CC-BY 2.0)

Publiziert auf Free21 am 19.12.2022, 6:00 Uhr

und die Peljesac-Brücke in Kroatien sind in Betrieb und die Arbeiten an der Hochgeschwindigkeitsstrecke Jakarta-Bandung und der China-Thailand-Eisenbahn sind im Gange.

Mackinder auf Crack

Überall auf dem extrem glühenden globalen Schachbrett werden die internationalen Beziehungen völlig neu geordnet. China – und die wichtigsten eurasischen Akteure der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), der BRICS+ und der von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) – schlagen alle eine friedliche Entwicklung vor.

Im Kontrast dazu verhängt der Hegemon eine Lawine von Sanktionen – nicht zufällig sind die drei Hauptadressaten die eurasischen Mächte Russland, Iran und China; tödliche Stellvertreterkriege (Ukraine) und alle möglichen Formen des hybriden Krieges, um das Ende seiner Vorherrschaft zu verhindern, die gerade einmal siebeneinhalb Jahrzehnte andauerte, was aus historischer Sicht ein Klacks ist.

Die derzeitige Dysfunktion – physisch, politisch, finanziell, kognitiv – erreicht einen Höhepunkt. Während Europa in den Abgrund weitgehend selbstverschuldeter Verwüstung und Finsternis stürzt – ein Neo-Mittelalter im Wachzustand – plündert ein innerlich zerrüttetes Imperium sogar seine wohlhabenden „Verbündeten“.

Es ist, als ob wir alle Zeugen eines Mackinder-auf-Crack-Szenarios werden. Halford Mackinder war der britische Geograph, der die „Heartland-Theorie“ der Geopolitik entwickelte, die die Außenpolitik der USA während des Kalten Krieges stark beeinflusste:

> Wer Osteuropa beherrscht, beherrscht das Herzland; wer das Herzland beherrscht, beherrscht die Weltinsel; wer die Weltinsel beherrscht, beherrscht die Welt“.

Russland erstreckt sich über 11 Zeitzonen und beherbergt ein Drittel der natürlichen Ressourcen der Welt. Eine natürliche Symbiose zwischen Europa und Russland ist wie eine Tatsache des Lebens. Aber die EU-Oligarchie hat es vermurkst. Kein Wunder, dass die chinesische Führung den Prozess mit Schrecken betrachtet, denn einer der wesentlichen Punkte der BRI ist die Erleichterung eines nahtlosen Handels zwischen China und Europa. Da Russlands Verbindungskorridor durch Sanktionen blockiert ist, wird China Korridore über Westasien bevorzugen.

In der Zwischenzeit vollzieht Russland seinen Schwenk gen Osten. Die enormen Ressourcen Russlands in Verbindung mit den Produktionskapazitäten Chinas und Ostasiens insgesamt lassen eine Handels- und Konnektivitätssphäre entstehen, die sogar über die BRI hinausgeht. Das ist der Kern des russischen Konzepts der „Größeren Eurasischen Partnerschaft“.

In einer weiteren unvorhersehbaren Wendung der Geschichte könnte Mackinder vor einem Jahrhundert im Wesentlichen Recht gehabt haben, dass diejenigen, die das Herzland/die Weltinsel kontrollieren, auch die Welt kontrollieren. Es sieht nicht so aus, als würde der Hegemon die Kontrolle ausüben, und noch viel weniger seine europäischen Vasallen/Sklaven.

Wenn die Chinesen sagen, sie seien gegen Blöcke, dann sind Eurasien und der Westen de facto zwei Blöcke. Obwohl sie sich formal noch nicht im Krieg miteinander befinden, stecken sie in Wirklichkeit schon knietief im Gebiet des hybriden Krieges.

Russland und der Iran stehen an vorderster Front – sowohl militärisch als auch in Bezug auf die Absorption ununterbrochenen Drucks. Andere wichtige Akteure des Globalen Südens halten sich bedeckt oder unterstützen in noch stillerer Form China und die anderen, um die multipolare Welt wirtschaftlich durchzusetzen.

Da China eine friedliche Modernisierung vorschlägt, ist die versteckte Botschaft des Arbeitsberichts noch deutlicher. Der Globale Süden steht vor einer schweren Entscheidung: Entweder Souveränität – verkörpert in einer multipolaren Welt, die sich friedlich modernisiert – oder völliges Vasallentum.

Quellen:

[1] Strategic Culture Foundation, „China: Xi Gets Ready for the Final Countdown“ von Pepe Escobar am 18. Oktober 2022 *<https://strategic-culture.org/news/2022/10/18/china-xi-gets-ready-for-the-final-countdown/>*

[2] „Hold High the Great Banner of Socialism with Chinese Characteristics and Strive in Unity to Build a Modern Socialist Country in All Respects – Report to the 20th National Congress of the Communist Party of China“ von Xijinping am 16. Oktober 2022 (PDF) *<https://drive.google.com/file/d/1tGegLW_OEtEJXxJbtnDndJECKA7OASYh/view?usp=sharing>*

[3] Caixin Global, „The Sweeping Impact of New U.S. Semiconductor Restrictions“ von Du Zhihang, Liu Peilin, Zhai Shaohui, Tan Min, Qu Yunxu, Zhang Erchi und Denise Jia am 17.10.2022 *<https://www.caixinglobal.com/2022-10-17/cover-story-the-sweeping-impact-of-new-us-semiconductor-restrictions-101952436.html>*

[4] Global Times, „China's wisdom to drive global modernization“ am 19.10.2022 *<https://www.globaltimes.cn/page/202210/1277437.shtml>*

Dieser Text wurde zuerst am 17.08.2022 auf www.voltairenet.org unter der URL ‹https://www.voltairenet.org/article217764.html› veröffentlicht.
Lizenz: Thierry Meyssan, Voltairenet.org, CC BY-NC-ND 4.0

Die westliche Strategie zur Demontage der Russischen Föderation

Gemäß den Strategien Deutschlands und den USA im Ersten Weltkrieg und der ukrainischen integralen Nationalisten während des Kalten Krieges hat der Westen nun ein „Forum der freien Völker Russlands" gegründet. Es geht darum, den Zerfall der UdSSR zu verlängern, separatistische Bewegungen zu schaffen, um am Ende die Unabhängigkeit von zwanzig Regionen des Landes zu proklamieren.

Autor: Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.

www.voltairenet.org

Bild oben: Das Free Nations of PostRussia Forum ist eine NGO, das sich zum Ziel gesetzt hat, staatliche Unabhängigkeit und Souveränität für die indigenen Völker und Regionen durchzusetzen (Dekolonisation und Rekonstruktion Russlands).
Legende zur abgebildeten Karte unter https://free21.org/die-westliche-strategie-zur-demontage-der-russischen-foederation

(Quelle Grafik: Free Nations of PostRussia Forum, https://freenationsrf.org)

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, vor den Weltkriegen, war Mitteleuropa zutiefst instabil. Zwei Mächte stießen in dieser großen Ebene aufeinander: im Westen, das deutsche und das österreichisch-ungarische Reich, im Osten das Russische Reich. Die Bevölkerungen wurden eingeladen, ihren Beschützer zu wählen, da sie wussten, dass die Grenzen viele Male geändert worden waren und dass keine definitiv zu sein schienen.

Das Russische Reich war jedoch mehrere Jahrhunderte lang blockiert gewesen und hatte seine Untertanen in einer Situation völliger Unwissenheit und Armut zurückgelassen, während das Deutsche Reich zum wichtigsten wissenschaftlichen Zentrum der Welt geworden war und sich mit hoher Geschwindigkeit entwickelte. So entschieden sich die meisten mitteleuropäischen Intellektuellen dafür, Deutschland und nicht Russland zu unterstützen.

Während des Ersten Weltkriegs starteten das deutsche und das österreichisch-ungarische Außenministerium eine gemeinsame geheime Operation: die Schaffung der Liga der Fremdvölker Russlands (LFR) [1]. Sie rekrutierten viele hochrangige Intellektuelle, um die Liga zu beleben. Es ging darum, das Russische Reich durch die Entstehung separatistischer Bewegungen implodieren zu lassen. Diese Liga forderte die Vereinigten Staaten (die erst 1917 in den Krieg eintraten) auf, die versklavten Völker zu befreien.

Dmytro Dontsov, der zukünftige Gründer des „ukrainischen integralen Nationalismus" [2], unterstützte diese Bewegung und wurde sogar ihr Angestellter. Ohne Scham leitete er die Berner Niederlassung und gab das französische Monatsbulletin der russischen Nationalitäten heraus.

Die USA gegen die Sowjetunion

Darüber hinaus organisierte das OSS, später die CIA, am Ende des Zweiten Weltkriegs den Transfer antikommunistischer Führer der Achse in die Dritte Welt und

Publiziert auf Free21 am 08.12.2022, 6:00 Uhr

schleuste sie in verschiedene Regierungen ein. Sie gründeten eine Antikommunistische Liga der Asiatischen Völker um den Chinesen Chiang Kai-Schek, dann eine Antikommunistische Weltliga (WACL) mit dem Beitritt des ehemaligen ukrainischen nationalistischen Premierministers, des Nazis Jaroslav Stetsko [3]. Diese Geheimorganisation, die immer noch ihren Hauptsitz in Taiwan hat, nahm 1990 den Namen World League for Freedom and Democracy an.

Es ist kein Zufall, dass auf den Krieg in der Ukraine Provokationen in Taiwan folgen, sondern die logische Erweiterung dieser Strategie. Die Liga wird immer noch vom taiwanesischen Geheimdienst finanziert und ihre Aktionen fallen unter das Verteidigungsgeheimnis.

Die Ukrainischen Integralen Nationalisten gegen die Russische Föderation

Der ukrainische integrale Nationalist Dmytro Jarosch gründete 2007 in Ternopil (Westukraine) – also unter der Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko – eine „Antiimperialistische Front", eine Organisation, die darauf abzielte, die Russische Föderation zu sprengen. Aber während die Versuche der 1910er Jahre auf der Anziehungskraft des Deutschen Reiches und die des Kalten Krieges auf dem Antikommunismus beruhten, setzte diese dritte Operation auf die Dschihadisten [4].

Der erste islamische Emir von Itschkeria (Tschetschenien), Dokou Umarov, hätte dort teilnehmen sollen, aber da er weltweit gesucht wurde, konnte er Russland nicht verlassen. Er sandte daher eine Unterstützungs-Botschaft und wurde zum Co-Präsidenten der Organisation gewählt. Dschihadisten aus der Krim, von Adygeja, Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschaiwo-Tscherkessien und Ossetien machten die Reise.

Dmytro Jarosch und viele ukrainische integrale Nationalisten kämpften in Tschetschenien an der Seite des islamischen Emirats Itschkeria. Damals sprach die westliche Presse von einer nationalen Befreiungsbewegung und ignorierte die Verhängung der Scharia-Gesetze durch Dokou Umarov.

Das Forum der Freien Völker Russlands

Heute, wo die Werke von Dontsov zur Pflichtlektüre für die 120.000 Soldaten der ukrainischen integralen nationalistischen Milizen gehören und Dmytro Jarosch Berater des Oberbefehlshabers der ukrainischen Armeen geworden ist, hat ein nicht identifizierter Sponsor – wahrscheinlich der deutsche BND, die US-amerikanische CIA und der ukrainische SBU – am 23. und 24. Juli 2022 in Prag ein Forum der Freien Nationen Russlands (Free Nations of Russia) [5] organisiert.

Der SBU zögerte offenbar, sich daran zu beteiligen, und dies scheint einer der Gründe zu sein, der die Vereinigten Staaten dazu veranlasste, Präsident Wolodymyr Selenskyj die Entlassung des SBU-Direktors zu empfehlen.

Der Ausdruck „Freie Völker" ist der, der von ukrainischen integralen Nationalisten, einschließlich des ukrainischen Ökonomen Lev Dobriansky, verwendet wird. Dieser Mann gründete das National Captive Nations Committee mit Präsident Dwight Eisenhower und Jaroslav Stetsko und half dann bei der Gründung der World Anti-Communist League. Seine Tochter, Paula Dobriansky, spielte eine zentrale Rolle im Propagandaapparat des Außenministers und der Nachrichtenagentur Thomson Reuters. Sie diente als Unterstaatssekretärin für globale Angelegenheiten während der Präsidentschaft von George W. Bush. Präsident Donald Trump lehnte ihre Ernennung zum Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten ab.

Das Forum der freien Völker Russlands benutzt das Argument der Selbstbestimmung der Völker, um eine Teilung Russlands zu rechtfertigen.

Bei ihrer Auflösung wurden aus der UdSSR fünfzehn separate Staaten, einschließlich der Russischen Föderation. Es ist also die Idee, diese Teilung fortzuführen, und diesmal etwa zwanzig zusätzliche Staaten zu schaffen. Es ginge nicht nur darum, neue Staaten im Kaukasus zu schaffen, sondern auch die Landkarte Sibiriens, also des gesamten chinesischen Vorlandes komplett zu verändern.

Nun, wenn es auch in einigen Regionen Russlands ein echtes Entwicklungsproblem gibt, wird es jetzt durch die Schaffung neuer Kommunikationswege, zuerst in Ost-West-Richtung, und seit etwa zehn Jahren in Nord-Süd-Richtung gelöst. Die Völker, die der BND, die CIA und der SBU „befreien" wollen, haben nie ihrem Willen Ausdruck verliehen, die Russische Föderation zu verlassen, mit Ausnahme von Tschetschenien, das jetzt befriedet ist.

Auch hier ist es kein Zufall, dass die russische Armee in ihrer speziellen Militäroperation gegen die ukrainischen „Nazis" im Donbass (ich bevorzuge den Ausdruck „ukrainische integrale Nationalisten") den Platz ihrer tschetschenischen Einheiten hervorhebt. Es ist ein Mittel für sie, daran zu erinnern, dass sie die tschetschenischen Forderungen nach zwei schrecklichen Kriegen erfüllt hat. In ähnlicher Weise ruft der Präsident der Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, sein Volk auf, die Ausschreitungen zu rächen, die von ukrainischen integralen Nationalisten in seiner Republik begangen wurden.

Am 15. August 2022 kündigte Präsident Wladimir Putin, der sich dieser westlichen Strategie sehr bewusst ist, die Einberufung einer globalen Anti-Nazi-Konferenz in Moskau an.

Quellen:

[1] **Liga** der Fremdvölker Russlands 1916–1918. Ein Beitrag zu Deutschlands antirussischem Propagandakrieg unter den Fremdvölkern Russlands im Ersten Weltkrieg, Seppo Zetterberg, Akateeminen Kirjakauppa (1978). *<https://www.doria.fi/bitstream/handle/10024/167580/SH008_opt.pdf;jsessionid=DC68BAA897702DDEF3301F3DF6B4EB78?sequence=1>*

[2] Anm.d.Autors: In früheren Artikeln habe ich den Begriff „Nazi" verwendet, um diese Denkströmung zu beschreiben. Der Begriff ist insofern unangemessen, als dass es sich um zwei unterschiedliche Ideologien handelt. Dann habe ich den Begriff „Banderisten" [Bandera-Anhänger] verwendet. Aber er ist nicht angemessener, da er sich auf den Kontext des 2. Weltkriegs bezieht. Deshalb nutze ich nun den Ausdruck „integrale Nationalisten", den diese für sich selbst beanspruchen. Er bezieht sich auf die Schriften des Franzosen Charles Maurras und insbesondere auf die des Ukrainers Dmytro Dontsov. Ersteres war jedoch germanophob, während letzteres germanophil war.

[3] **„Die** Globale Antikommunistische Liga, eine Internationale des Verbrechens", von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Korrekturlesen : Werner Leuthäusser, Voltaire Netzwerk, 12. Mai 2004. *<https://www.voltairenet.org/article215289.html>*

[4] **„CIA** koordiniert Nazis und Dschihadisten", von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Al-Watan (Syrien) , Voltaire Netzwerk, 19. Mai 2014. *<https://www.voltairenet.org/article183851.html>*

[5] **Déclaration** adoptée par le deuxième Forum des peuples libres de Russie, Réseau Voltaire, 24 juillet 2022. *<https://www.voltairenet.org/article217756.html>*

Dieser Text wurde zuerst am 12.10.2022 auf www.moonofalabama.org unter der URL ‹https://www.moonofalabama.org/2022/10/misguided-foreign-policies-against-russia-and-others-damage-the-us-and-its-allies.html#more› veröffentlicht. Lizenz: © moonofalabama.org

„Russiagate" beschreibt die Behauptung von Hillary Clinton, Trump sei von Russland gelenkt worden. Putin und Trump beim Treffen auf dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg. (Foto: kremlin.ru, Wikimedia.org, Creative Commons Attribution 4.0)

Die fehlgeleitete Außenpolitik der USA ggü. Russland u.a.:

Sie schadet den USA und ihren „Verbündeten"

Die USA haben sich durch politische Korruption, mangelndes Wissen und eine irrationale Außenpolitik an einen Punkt gebracht, an dem sie ihre Vormachtstellung in der Welt verlieren.

Autor: Moon of Alabama

Moon Of Alabama wurde als unabhängiges, offenes Forum für Mitglieder der Whiskey Bar Gemeinschaft eröffnet.

Bernhard hat die Seite ins Leben gerufen und betreibt sie immer noch. Von Zeit zu Zeit finden Sie auch Beiträge und Kunst von regelmäßigen Kommentatoren.

Als Reaktion auf den US-Putsch in Kiew im Jahr 2014 unterstützte die Russische Föderation ethnische russische Rebellen in der Donbass-Region, um sich gegen die antirussischen Progrome zu wehren, mit denen das von den Nazis kontrollierte Kiewer Regime sie bedrohte. Dies blockierte die Pläne der USA, die Ukraine in die NATO aufzunehmen und US-Raketen direkt an der russischen Grenze zu stationieren.

2016 wollten sich die Demokraten rächen, indem sie gefälschte Behauptungen über eine russische Einmischung in die US-Wahlen aufstellten. Um ihre Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen zu rechtfertigen, schuf Hillary Clinton „Russiagate" – die falsche Behauptung, dass Trump irgendwie von Russland gelenkt wurde. Unterstützt wurde sie dabei von hochrangigen Beamten aus dem tiefen Staat und insbesondere aus dem FBI. Im Nachhinein betrachtet war ihr Verhalten unfassbar [1]:

„Ein FBI-Supervisor sagte am Dienstag zum wiederholten Male aus, dass Agenten die brisante Behauptung eines ehemaligen britischen Spions über eine ‚gut entwickelte Verschwörung' zwischen dem Kreml und Donald Trumps erstem Präsidentschaftswahlkampf nicht bestätigten, bevor sie die Behauptung als Grund für die Überwachung eines ehemaligen Trump-Wahlkampfvertreters anführten. […] Auten sagte aus, dass das FBI den unbestätigten Bericht nutzte, um eine gerichtliche Genehmigung für eine geheime Überwachungsanordnung zur Beobachtung von Carter Page, einem Berater der Trump-Kampagne, zu erwirken. Und dass diese Anordnung dann dreimal erfolgreich neu genehmigt wurde, zum Teil auf der Grundlage derselben unbestätigten Behauptung. […]

Auten erzählte den Geschworenen, dass sich eine Gruppe von FBI-Beamten kurz nach Erhalt des ersten Stapels Steele-Dokumente im Herbst 2016 mit Steele traf und ihm ‚bis zu 1 Million Dollar' für Informationen anbot, die die Behauptungen in seinen Berichten bestätigen würden. Aber Steele hat nie eine Bestätigung

geliefert, sagte Auten in seiner Antwort auf Durham. […] Steele ist von der Forschungsfirma Fusion GPS beauftragt worden, Berichte zu erstellen, die von einer Anwaltskanzlei in Auftrag gegeben wurden, die Trumps Gegnerin Hillary Clinton und das Demokratische Nationalkomitee (Democratic National Committee) vertrat."

„Russiagate" hat vor allem bei den Demokraten und ihren Anhängern eine fieberhafte antirussische Stimmung ausgelöst. Hinzu kam eine gravierende Unkenntnis der wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeiten Russlands. US-Politiker verlassen sich auf parteiische Medien, die ein falsches Bild von Russland zeichnen [2]. Ich habe mein Bestes getan, um dieses Bild so oft wie möglich zu widerlegen:

„Der Rest des NYT-Artikels ist nicht besser als sein erster Absatz. Er wiederholt einfach falsche Stereotypen über Putin als ‚autokratischen Führer' oder über die nicht vorhandene russische Einflussnahme auf die Wahlen in den USA.

Vor fast dreißig Jahren, als die Sowjetunion auseinanderbrach, befand sich Russland in einem tiefen Fall. Die Liberalisierung seiner Wirtschaft hatte katastrophale Folgen. Doch seitdem hat sich das Land reformiert. Heute nimmt es wieder seine traditionelle Stellung in der Welt ein. Eine große eurasische Macht, die in fast allen Bereichen unabhängig vom Rest der Welt ist und sich selbst schützen kann. Sie muss daher berücksichtigt werden, wenn man globale Strategien ausarbeitet. Das ist einfach eine Tatsache und nicht die Folge eines ‚Mindgame', das Russland angeblich mit dem ‚Westen' spielt.

Dass die USA immer noch Probleme haben, das zu verstehen, ist nicht die Schuld Russlands, sondern das Ergebnis der verzerrten Darstellungen."

Ich schrieb den obigen Text im Dezember 2019(!). Zehn Monate später habe ich das Thema erneut aufgegriffen [3]:

„In den letzten Jahren haben die USA und ihre EU-Schoßhündchen ihren Druck auf Russland erhöht. Sie scheinen zu glauben, dass sie Russland dazu zwingen können, ihrem Diktat zu folgen. Das können sie nicht. Aber die Illusion, dass Russland endlich einknickt, wenn nur ein paar weitere Sanktionen verhängt oder

Die EU lässt sich - auf Zuruf der USA - auf selbstzerstörerische Sanktionen gegen Russland ein. (Grafik: Markusszy, Wikimedia.org, Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0)

ein paar weitere Häuser in Russlands Nachbarschaft in Brand gesetzt werden, wird nie verschwinden. […]

Russland akzeptiert nicht die hibbeligen ‚Regeln der liberalen internationalen Ordnung'. Russland hält sich an das Gesetz, was meiner Meinung nach eine viel stärkere Position ist. Ja, das Völkerrecht wird oft gebrochen. Aber wie Lawrow an anderer Stelle sagte, gibt man die Verkehrsregeln nicht nur wegen Verkehrsunfällen auf.

Russland bleibt ruhig, egal was für einen abenteuerlichen Unsinn sich die USA und die EU einfallen lassen. Es kann das, weil es weiß, dass es nicht nur moralisch überlegen ist, weil es sich an das Gesetz hält, sondern auch die Fähigkeit hat, einen Kampf zu gewinnen. […] Russland ist militärisch sicher, und der ‚Westen' weiß das. Das ist ein Grund für die anti-russische Raserei. Russland muss sich nicht mit der beispiellosen Feindseligkeit aus Brüssel und Washington herumschlagen. Es kann sie ignorieren, während es sich um die eigenen Interessen kümmert.

Da dies so offensichtlich ist, muss man sich fragen, was der wahre Grund für die antirussische Kampagne ist. Was sehen diejenigen, die sie befürworten, als dessen Endpunkt an?"

Die Antwort auf meine Frage wurde Mitte des letzten Jahres enthüllt, als die USA und die EU Russland mit „vernichtenden Sanktionen" drohten. Die Idee war, Russlands Wirtschaft zu zerstören, um dann das Land zu zerschlagen. Es war eine sehr dumme Idee [4]:

„Russland ist das autarkste Land der Welt. Es produziert fast alles was es braucht selbst und hat sehr begehrte Produkte, die weltweit gefragt sind und vor allem in Europa gebraucht werden. Außerdem verfügt Russland über enorme finanzielle Reserven. Eine Sanktionsstrategie gegen Russland kann nicht funktionieren. Die Ukraine zu benutzen, um Russland zu einer Aggression zu verleiten und dann Sanktionen zu verhängen, war ebenfalls ein ziemlich verrückter Versuch. […]

Anstatt Russland von China abzuspalten, haben die USA ungewollt ihr Bestes getan, um sie in eine engere Allianz zu drängen. Das war der schwerwiegendste strategische Fehler, den die USA machen konnten und Anstatt daraufhin eine neue strategische Haltung einzunehmen,

die eine Pivot-to-Asia-Strategie unterstützen würde, verlegen die USA nun Truppen zurück nach Europa.

Die engstirnige Bigotterie der US-Entscheidungsträger, die sich aus dem Glauben an den amerikanischen Exzeptionalismus speist, während ihnen jede Vorstellung von wirklicher Macht fehlt, hat zu dieser Niederlage geführt."

Mit der Absicht sie gegen Russland einzusetzen, hat die USA die ukrainische Armee durch die NATO aufgebaut:

> Wie Sie wissen, leisten die NATO-Bündnispartner der Ukraine militärische Unterstützung in noch nie dagewesenem Umfang. Tatsächlich sind die NATO-Bündnispartner und die NATO seit 2014 vor Ort – sie haben die ukrainischen Streitkräfte ausgebildet, ausgerüstet und unterstützt."
> **NATO-Generalsekretär Stoltenberg [5]**

Der jüngste Krieg wurde von der Ukraine [6] am 17. Februar mit Artilleriebeschuss gegen die Donbass-Republiken begonnen. Massive Sanktionen gegen Russland wurden verhängt. Die russische Armee marschierte schließlich in die Ukraine ein. Innerhalb weniger Wochen war erkennbar, dass die Sanktionen völlig versagt hatten. In den ersten Tagen fiel der Rubel, um dann viel stärker zurückzukehren. Es gab keine Engpässe für die russischen Verbraucher. Die russische Industrie brummte weiter vor sich hin. Doch den „Westen" und vor allem seine Verbraucher haben die Sanktionen erdrückt.

Im Laufe der Jahre haben die USA und die EU Sanktionen gegen die Ölproduzenten Iran, Venezuela und Russland aufrechterhalten. Sie zerstörten auch Teile der libyschen Ölindustrie. Insgesamt haben die Sanktionen etwa 20 % der weltweiten Ölproduktion entweder vom Markt ferngehalten oder den Kauf und Verkauf erschwert. Obendrein haben sich die Beziehungen der USA zu den wichtigsten Produzenten im Nahen Osten, insbesondere Saudi-Arabien, abgekühlt.

Ende 2021 explodierten die Verbraucherpreise für Kohlenwasserstoffprodukte. Als dies die Chancen der Demokraten bei den Zwischenwahlen zu gefährden drohte, setzte Präsident Biden Steuergelder in Form der strategischen Erdölreserve ein, um die Benzinpreise zu subventionieren [7]: „Die Vereinigten Staaten und fünf andere Weltmächte kündigten am Dienstag ein koordiniertes Vorgehen zur Anzapfung ihrer nationalen Ölreserven an, um die steigenden Benzinpreise zu senken, die die Verbraucher in aller Welt verärgert haben.

Der Schritt schien die Ölhändler zu enttäuschen, die erwartet hatten, dass Präsident Biden eine größere Entnahme aus der strategischen Erdölreserve der USA ankündigen würde – die mit 620 Millionen Barrel die größte der Welt ist. […]

Der Ölpreis wird für die Durchsetzung von Sanktionen verwendet. (Bild: Matryx, Pixabay.com, Pixabay License)

Die konzertierte Aktion, die größte, die jemals für die Freigabe strategischer Reserven in mehreren Ländern durchgeführt wurde, soll Schwankungen bei Angebot und Nachfrage nach Öl ausgleichen, sagten Beamte der Regierung. Und es war ein Schuss vor den Bug der OPEC+, der Bezeichnung für die Organisation der erdölexportierenden Länder, sowie für Russland und andere Länder (OPEC+ ist keine internationale Organisation, sondern eine Plattform für die Kooperation der OPEC-Mitgliedstaaten mit kooperierenden Nicht-OPEC-Ölförderländern, Anm. d. Red.). Biden hat diese Länder zu einer Erhöhung der Produktion gedrängt, wurde aber abgewiesen.

Der Schritt könnte nächste Woche bei der monatlichen Sitzung der Gruppe eine Reaktion nach sich ziehen. Er könnte diese Länder zwar dazu veranlassen, ihre Produktion zu erhöhen, aber er könnte das Kartell auch dazu bringen, das Angebot weiter einzuschränken und die Weltmarktpreise in die Höhe zu treiben."

Die SPR-Wählerbestechung (SPR = Strategic Petroleum Reserve – Strategische Erdölreserve, Anm. d. Red.) hat sich seitdem fortgesetzt [8]: „Seit 2021 haben sich die nationalen SPR um etwa 35% verringert, wobei der Bestand im Jahr 2021 mit 638 Millionen Barrel begann. Bis zum Ende des Jahres sank diese Zahl auf 594 Millionen Barrel. Heute sind es noch 416 Millionen Barrel – und noch mehr sollen freigegeben werden."

Die USA haben nicht nur Sanktionen gegen die wichtigsten Ölproduzenten verhängt, sondern auch einen Krieg gegen den drittgrößten (Russland) angezettelt und den zweitgrößten (Saudi-Arabien) verärgert. Der Höhepunkt dieser Dummheit war die Idee, den Preis zu begrenzen, der für russisches Öl gezahlt werden „darf" [9]: „Ein vernünftiger Akteur würde zu dem Schluss kommen, dass die Sanktionen ein Fehler waren und dass ihre Aufhebung Europa mehr helfen würde als Russland. Aber nein, die US-amerikanischen und europäischen Pseudo-Eliten sind nicht mehr in der Lage, vernünftig zu handeln [10]. Stattdessen verdoppeln sie das verrückteste Sanktionsprogramm, von dem man je gehört hat [11]: ‚Die Europäische Union hat am Mittwoch einen ehrgeizigen, aber noch nicht erprobten Plan zur Begrenzung der russischen Öleinnahmen vorgelegt. […]

Der Plan sieht vor, dass ein Ausschuss aus Vertretern der Europäischen Union, der Gruppe der 7 Nationen und anderer Länder, die der Preis-Obergrenze zustimmen, regelmäßig zusammentritt, um über den Preis zu entscheiden, zu dem russisches Öl verkauft werden soll, und dass sich dieser Preis je nach Marktlage ändern würde.'

Wie bringt man einen großen Produzenten einer seltenen Ware dazu, diese Waren unter dem allgemeinen Marktpreis zu verkaufen? Ohne ein sehr starkes Käuferkartell, das das Produkt auch anderswo einkaufen kann, ist dies nicht möglich. Es ist eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. […]

Russland hat erklärt, dass es kein Öl an eine Partei verkaufen wird, die das Preisfestsetzungssystem der G7 unterstützt.

Publiziert auf Free21 am 04.12.2022, 6:00 Uhr

Deshalb werden weder China noch Indien noch irgendein anderes Land außer der EU und den USA zustimmen, sich daran zu halten."

Vor einem Monat schlug die OPEC+ schließlich zurück und senkte ihr Förderziel um 2 Millionen Barrel pro Tag [12]. Für einige von ihnen ist ein Ölpreis von 80 $ pro Barrel einfach eine budgetäre Notwendigkeit: „Die stillschweigende Übereinkunft, die aus [Bidens] Reise hervorging, war, dass Saudi-Arabien seine Produktion um etwa 750.000 Barrel pro Tag erhöhen würde und dass die Vereinigten Arabischen Emirate mit zusätzlichen 500.000 Barrel nachziehen würden. Dies sollte die Gaspreise nach unten drücken und die Fähigkeit von Präsident Wladimir W. Putin verschlechtern, einen Krieg zu finanzieren, der viel länger – und mit viel höheren Verlusten – andauert, als Herr Biden erwartet hatte.

Doch die Produktionssteigerungen waren nur von kurzer Dauer. Während Saudi-Arabien die Produktion im Juli und August erheblich steigerte, nahm es sein Versprechen zurück, dieses Niveau für den Rest des Jahres 2022 beizubehalten. Die saudische Führung und die gesamte OPEC sind besorgt, dass das Gespenst einer weltweiten Rezession die Preise von 120 Dollar pro Barrel im Sommer auf unter 80 Dollar drückt. Sie befürchten, dass unterhalb dieses Niveaus die Haushalte gekürzt werden müssen und die soziale Stabilität gefährdet ist. Also beschlossen die Saudis, dass sie handeln mussten."

Die Sanktionen und die schlechten Beziehungen zu Saudi-Arabien stellen ein großes Versagen der US-Außenpolitik dar, schreibt M. K. Bhadrakumar [13]: „Die Biden-Administration hat das Schicksal herausgefordert, indem sie die Bedeutung des Erdöls in der modernen Wirtschaft und Politik unterschätzt hat und ignoriert hat, dass Erdöl auf absehbare Zeit die dominierende Energiequelle in der Welt bleiben wird, die alles von Autos und Heizungen bis hin zu großen Industrieunternehmen und Produktionsanlagen mit Energie versorgt. […]

Die westlichen Mächte sind viel zu naiv, wenn sie glauben, dass eine Energie-Supermacht wie Russland einfach aus dem Ökosystem ‚gelöscht' werden kann. In einem ‚Energiekrieg' mit Russland sind sie dazu verdammt, als Verlierer dazustehen.

Historisch gesehen waren sich die westlichen Nationen darüber im Klaren, dass gute diplomatische Beziehungen zu ölproduzierenden Ländern unabdingbar sind. Doch Biden schlug alle Vorsicht in den Wind, indem er Saudi-Arabien als ‚Pariah'-Staat beschimpfte. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien ist unter Biden nicht zu erwarten. Die Saudis misstrauen den amerikanischen Absichten.

Die Interessen der OPEC, die Preise hoch zu halten, sind vor allem deshalb kongruent, weil sie die zusätzlichen Einnahmen für ihr Ausgabenbudget und zur Beibehaltung eines gesunden Investitionsniveaus in der Ölindustrie benötigen. Der Internationale Währungsfonds schätzte im April den Break-even-Ölpreis für Saudi-Arabien – den Ölpreis, bei dem das Land seinen Haushalt ausgleichen könnte – auf 79,20 Dollar pro Barrel."

Hohe Energiepreise führen zu einer massiven Deindustrialisierung Europas. (Grafik: kalhh, Pixabay.com, Pixabay License)

Das Budget-Argument ist ein offensichtliches. Wichtiger ist jedoch, dass alle Mitglieder der Opec+ die neue Sanktionsregelung als einen potenziellen Angriff auf jeden einzelnen von ihnen betrachten: „Inzwischen braut sich eine ‚systemische' Krise zusammen. Es ist nur natürlich, dass die OPEC die jüngsten Schritte der USA und der EU zur Drosselung der russischen Ölausfuhren mit Skepsis betrachtet. Der Westen begründet diese Schritte damit, dass diese darauf abzielen, Russlands Einkünfte aus Ölexporten drastisch zu reduzieren (diese Einkünfte bedeuten, dass Russland in der Lage ist, den Krieg in der Ukraine zu führen). Der jüngste Schritt der G7, die Preise zu begrenzen, zu denen Russland sein Öl verkaufen kann, treibt die Sache auf die Spitze. […]

Dieser Schritt des Westens – aus geopolitischen Gründen – einem ölproduzierenden Land den Preis vorzuschreiben, zu dem es sein Öl exportieren darf, stellt zweifellos einen Präzedenzfall dar. Wenn es heute Russland ist, kann es morgen genauso gut Saudi-Arabien oder der Irak sein. Der G7-Beschluss wird, wenn er umgesetzt wird, die Schlüsselrolle der OPEC bei der Regulierung des globalen Ölmarktes aushöhlen.

Daher geht die OPEC proaktiv dagegen vor. Ihre Entscheidung, die Ölproduktion um 2 Millionen Barrel pro Tag zu drosseln und den Ölpreis über 90 Dollar pro Barrel zu halten, ist eine Verhöhnung der G7-Entscheidung. Nach Einschätzung der OPEC sind die Möglichkeiten Washingtons, der OPEC+ entgegenzutreten, begrenzt. Anders als in der Vergangenheit haben die USA heute keinen einzigen Verbündeten innerhalb der OPEC+-Gruppe.

Aufgrund der steigenden Inlandsnachfrage nach Öl und Gas ist es durchaus denkbar, dass die US-Exporte beider Güter eingeschränkt werden. Wenn das passiert, wird Europa am meisten darunter leiden. In einem Interview mit der FT (Financial Times, Anm. d. Red.) warnte der belgische Premierminister Alexander De Croo letzte Woche vor dem Hintergrund des nahenden Winters, dass ohne eine Senkung der Energiepreise ‚wir eine massive Deindustrialisierung des europäischen Kontinents riskieren, und die langfristigen Folgen davon könnten tatsächlich sehr tiefgreifend sein'."

All dies ist die Folge der US-amerikanischen „Russiagate"-Phobie, die ursprünglich aus rein innenpolitischen Gründen geschürt wurde. Es ist eine Folge der falschen Darstellung und Einschätzung der Größe und Bedeutung der russischen Wirtschaft. Es ist die Folge des Glaubens, dass die russischen (und saudischen) Interessen ignoriert werden können.

Russlands Ziel ist es, Europa zu entNATO-isieren [14]. Es wird dies tun, indem es die gegen sich verhängten Sanktionen nutzt, um Europa billige Energie

zu entziehen. Wenn Russland dies über Monate oder Jahre hinweg aufrechterhält, ist dies alles, was nötig ist, um die NATO auseinanderfallen zu lassen.

Die Sanktionen werden Europa endgültig von den USA und ihrer gescheiterten Außenpolitik trennen. Einige US-Politiker meinen immernoch, sie müssten den Berg des Scheiterns, zu dem die US-Außenpolitik geworden ist, weiter auftürmen [15]: „Die Reaktion des Kongresses gegen Saudi-Arabien eskalierte am Montag, als ein einflussreicher demokratischer Senator drohte, Waffenverkäufe und die Sicherheitszusammenarbeit mit dem Königreich einzufrieren, nachdem dieses beschlossen hatte, Russland gegenüber den Interessen der USA zu unterstützen.

Washingtons Ärger mit seinen saudischen Verbündeten hat sich seit der Opec+-Entscheidung von letzter Woche, die Ölproduktion um 2 Mio. Barrel zu kürzen, gesteigert. Dies wurde, Wochen vor den wichtigen Zwischenwahlen, als Affront gegen die Regierung Biden und als wichtiger Impuls für Russland gesehen. […]

In Anspielung auf Mohammed bin Salmans Entscheidung, ‚Putins Krieg durch das OPEC+-Kartell zu unterstützen‘, sagte Menendez, es gebe ‚einfach keinen Platz, um auf beiden Seiten dieses Konflikts zu spielen‘.

‚Ich werde für eine Zusammenarbeit mit Riad erst dann grünes Licht geben, wenn das Königreich seine Position in Bezug auf den Krieg in der Ukraine überdenkt. Genug ist genug‘, sagte er.

Ein weiterer demokratischer Senator und ein Mitglied des Kongresses – Richard Blumenthal und Ro Khanna – äußerten sich ähnlich in einem Meinungsbeitrag für Politico, in dem sie Saudi-Arabien ebenfalls beschuldigten, die Bemühungen der USA zu untergraben und die Invasion des russischen Präsidenten Wladimir Putin in die Ukraine zu unterstützen.“

Die Senatoren wollen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien blockieren. Dann wird Mohammed bin Salman eben lieber russische Luftabwehrsysteme kaufen. Im Gegensatz zu den US-Systemen haben sie den Vorteil tatsächlich zu funktionieren. Die Mittelstreckenraketen Saudi-Arabiens stammen aus China. Auch davon werden sie gerne mehr kaufen.

Russland, China und den gesamten Nahen Osten gleichzeitig zu verärgern und gleichzeitig seine „Verbündeten“ zu einem systemischen Wirtschaftscrash und völliger Armut zu verdammen, ist das Ergebnis einer irrationalen US-Außenpolitik.

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass die Regierung Biden mit ihrer kruden liberalen Ideologie in der Lage sein wird, ihre eigenen Fehler zu korrigieren. Die Versäumnisse und Fehler werden unkorrigiert bleiben und ihre Folgen werden sich vervielfachen. Es bedarf eines Regimewechsels in Washington und einer Änderung der Ideologie des tiefen Staates, um zu einer realistischen Sichtweise der Außenpolitik zurückzufinden.

Quellen:

[1] The Washington Post, Salvador Rizzo „Special counsel Durham grills FBI official in trial of Steele dossier source“, am 11.10.2022: *<https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/10/11/igor-danchenko-jury-selection-durham/>*

[2] Moon of Alabama „U.S. Media Bias Creates False Pictures Of Russia, am 23.12.2019: *<https://www.moonofalabama.org/2019/12/nytrussia.html>*

[3] Moon of Alabama „More Pressure On Russia Will Have No Effect“, am 17.10.2020: *<https://www.moonofalabama.org/2020/10/more-pressure-on-russia-will-have-no-effect-.html>*

[4] Moon of Alabama „How A Misguided Grand Strategy Led To This U.S. Defeat“, am 02.02.2022: *<https://www.moonofalabama.org/2022/02/how-misguided-grant-strategy-led-to-the-us-defeat.html>*

[5] NATO „Opening remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at a joint meeting of the European Parliament's Committee on Foreign Affairs and the Subcommittee on Security and Defence followed by an exchange of views with Members of the European Parliament“, am 13.07.2022: *<https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_197902.htm>*

[6] Moon of Alabama „There Is Still No 'Russian Invasion' But The Sanctions Proceeded Anyway“, am 23.02.2022: *<https://www.moonofalabama.org/2022/02/there-is-still-no-russian-invasion-but-sanctions-proceeded-anyway.html>*

[7] The New York Times „The United States and other world powers will tap oil reserves“, am 23.11.2021: *<https://www.nytimes.com/2021/11/23/business/biden-oil-reserves-gas-prices.html>*

[8] OilPrice.com, Julianne Geiger „White House Leaves Door Open For Additional SPR Releases“, am 11.10.2022: *<https://oilprice.com/Latest-Energy-News/World-News/White-House-Leaves-Door-Open-For-Additional-SPR-Releases.html>*

[9] Moon of Alabama „EU Pushes For More Sanctions Which Will Come Back To Bite It“, am 05.10.2022: *<https://www.moonofalabama.org/2022/10/crazy-sanctions.html>*

[10] Strategic Culture Foundation, Alastair Crooke „Tearing Down the Pantheon of Western Founders and Heroes“, am 03.10.2022: *<https://strategic-culture.org/news/2022/10/03/tearing-down-the-pantheon-of-western-founders-and-heroes/>*

[11] The New York Times "The E.U.'s plan faces a new hurdle, as oil producers led by Saudi Arabia aim to keep global prices high", am 05.10.2022: *<https://www.nytimes.com/live/2022/10/05/world/russia-ukraine-war-news#russia-oil-price-cap>*

[12] The New York Times "OPEC Move Shows the Limits of Biden's First-Bump Diplomacy With the Saudis“, am 05.10.2022: *<https://www.nytimes.com/2022/10/05/us/politics/opec-biden-saudi-arabia.html>*

[13] Indian Punchline, M. K. Bhadrakumar „A perfect storm in US foreign policy“, am 11.10.2022: *<https://www.indianpunchline.com/a-perfect-storm-in-us-foreign-policy/>*

[14] Moon of Alabama „How Russia Can (And Will?) De-NATO-size Europe“, am 06.06.2022: *<https://www.moonofalabama.org/2022/06/how-russia-can-and-will-de-nato-size-europe.html>*

[15] The Guardian, Stephanie Kirchgaessner „Democratic senator threatens to freeze weapons sales to Saudi Arabia over support of Russia“, am 11.10.2022: *<https://www.theguardian.com/us-news/2022/oct/11/democratic-senator-robert-menendez-threatens-to-freeze-weapons-sales-to-saudi-arabia-over-support-of-russia>*

Publiziert auf Free21 am 04.12.2022, 6:00 Uhr

Cocora Valley, Kolumbien.
Foto: Fernanda Fierro, Unsplash Licence

Vorschlag von Gustavo Petro:

Ein neues **Wirtschafts-, Sozial- und Umweltmodell**

Gustavo Petro, Präsident von Kolumbien, nahm am Dienstag, 20. September 2022, an der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) teil. Dort betonte er den Auftrag, dass die Länder sich um die Umwelt kümmern und den Amazonas schützen müssen, damit die Menschheit überleben kann. Gleichzeitig rief der Präsident seine Amtskollegen dazu auf, sich an der Lösung des Problems des Drogenkonsums, der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, der Verletzung der Menschenrechte und der Beendigung der Kriege zu beteiligen, die die Lebensgrundlage der Menschheit bedrohen. Der kolumbianische Präsident richtete seine Rede an die anderen UN-Vertreter, die er aufforderte, sich an der Lösung der Probleme zu beteiligen, die die meisten Länder betreffen.

Vollständige Abschrift der Rede [1]:

Ich komme aus einem der drei schönsten Länder der Erde. Dort gibt es eine Explosion des Lebens. Tausende von bunten Arten in den Meeren, in den Lüften, auf der Erde… Ich komme aus dem Land der gelben Schmetterlinge und der Magie. Dort, in den Bergen und Tälern aller Grüntöne, fließen nicht nur viele Wasser herunter, sondern auch Ströme von Blut. Ich komme aus einem Land von blutiger Schönheit. Mein Land ist nicht nur schön, es ist auch gewalttätig.

Wie kann sich Schönheit mit dem Tod verbinden; wie kann die Artenvielfalt des Lebens mit den Tänzen des Todes und des Grauens einhergehen? Wer ist schuld daran, dass die Verzauberung durch den Schrecken gebrochen wird? Wer oder was ist dafür verantwortlich, dass das Leben in den routinemäßigen Entscheidungen von Reichtum und Zinsen ertränkt wird? Wer führt uns als Nation und als Volk ins Verderben?

Mein Land ist schön, weil es den Dschungel des Amazonas, den Dschungel

des Chocó, die Gewässer, die Gebirgsketten der Anden und die Ozeane hat. Dort, in diesen Wäldern, wird der Sauerstoff des Planeten erzeugt und das CO_2 der Atmosphäre absorbiert. Eine dieser CO2-absorbierenden Pflanzen ist unter Millionen von Arten eine der am meisten verfolgten auf der Erde. Ihre Vernichtung wird um jeden Preis angestrebt: Es handelt sich um eine Pflanze aus dem Amazonasgebiet, die Kokapflanze, die heilige Pflanze der Inkas.

Der Wald, den man zu retten versucht, wird gleichzeitig zerstört.

Um die Kokapflanze zu vernichten, werden Gifte und Glyphosat ins Wasser gekippt, die Anbauer verhaftet und inhaftiert. Für die Zerstörung oder den Besitz des Kokablattes werden eine Million Lateinamerikaner getötet und zwei Millionen Afroamerikaner in Nordamerika inhaftiert. Zerstört die Pflanze, die tötet, schreien sie aus dem Norden, aber die Pflanze ist nur eine weitere von Millionen, die untergehen, wenn sie das Feuer im Dschungel entfachen.

Die Zerstörung des Waldes, des Amazonas, ist zur Parole geworden, die von Staaten und Geschäftsleuten befolgt wird. Der Aufschrei der Wissenschaftler, die den Regenwald als eine der großen Klimasäulen bezeichnen, ist nicht mehr zu überhören. Für die Machthaber der Welt sind der Regenwald und seine Bewohner schuld an der Plage, die sie quält. Die Machthaber sind geplagt von der Sucht nach Geld, um sich zu verewigen, nach Öl, nach Kokain und nach den härtesten Drogen, um sich weiter zu betäuben. Nichts ist heuchlerischer als der Diskurs zur Rettung des Regenwaldes.

Der Regenwald brennt, meine Herren, während Sie Krieg führen und mit ihm spielen. Der Regenwald, die klimatische Säule der Welt, verschwindet mit all seinem Leben. Der große Schwamm, der das CO2 des Planeten absorbiert, verschwindet. Der rettende Wald wird in meinem Land als Feind gesehen, den es zu besiegen gilt, als Unkraut, das es auszurotten gilt. Der Raum der Kokapflanzen und der Bauern, die sie anbauen, weil sie nichts anderes anbauen können, wird verteufelt. Sie interessieren sich nur für mein Land, um Gifte in seine Dschungel zu schütten, seine Männer ins Gefängnis zu bringen und seine Frauen auszugrenzen. Ihr interessiert euch nicht für die Bildung der Kinder, sondern für die Abholzung ihrer Wälder und die Gewinnung von Kohle und Öl aus ihren Überresten. Der Schwamm, der die Gifte aufsaugt, ist nutzlos, sie ziehen es vor, mehr Gifte in die Atmosphäre zu leiten.

Rio Mendihuaca, Fluss im kolumbianischen Departement Magdalena, der aus der Sierra Nevada de Santa Marta stammt und östlich des Parque Nacional Natural de Tayrona in der Karibik endet. Das Mendihuaca-Becken ist durch Abholzung der Quelle bedroht. (Foto: Vrac, Wikipedia.org, Wikimedia Commons)

Wir dienen ihnen, um die Leere und Einsamkeit ihrer eigenen Gesellschaft zu kompensieren, die sie dazu bringt, inmitten von Drogenrausch zu leben. Wir verbergen vor ihnen ihre Probleme, die sie sich weigern, zu reformieren.

Es ist besser, dem Wald, seinen Pflanzen und seinen Menschen den Krieg zu erklären. Während sie die Wälder verbrennen lassen, während Heuchler die Pflanzen mit Giften jagen, um die Katastrophen ihrer eigenen Gesellschaft zu verbergen, bitten sie uns um immer mehr Kohle, immer mehr Öl, um die andere Sucht zu befriedigen: die nach Konsum, nach Macht, nach Geld.

Was ist giftiger für die Menschheit, Kokain, Kohle oder Öl? Das Diktat der Macht hat angeordnet, dass Kokain das Gift ist und verfolgt werden muss, auch wenn es nur minimale Todesfälle durch Überdosierung verursacht, und noch mehr durch die Vermischungen, die durch ihr heimliches Diktat verursacht werden, aber Kohle und Öl müssen geschützt werden, auch wenn ihr Gebrauch die gesamte Menschheit auslöschen kann. Dies sind die Dinge der Weltmacht, Dinge der Ungerechtigkeit, Dinge der Irrationalität, denn die Weltmacht ist irrational geworden.

Sie sehen im Überschwang des Dschungels, in seiner Vitalität, das Lustvolle, das Sündhafte; den schuldigen Ursprung der Traurigkeit ihrer Gesellschaften, durchdrungen vom unbegrenzten Zwang zu haben und zu konsumieren. Wie anders könnte man die Einsamkeit des Herzens, seine Trockenheit inmitten einer lieblosen Gesellschaft verbergen, die so konkurrenzfähig ist, dass sie die Seele in der Einsamkeit gefangen hält, als indem man der Pflanze, den Menschen, die sie kultivieren, den freiheitlichen Geheimnissen des Dschungels die Schuld gibt. Der irrationalen Macht der Welt zufolge ist es nicht die Schuld des Marktes, der die Existenz beschneidet, sondern die Schuld des Waldes und derer, die ihn bewohnen.

Die Bankkonten sind unbegrenzt geworden, das gespeicherte Geld der mächtigsten Menschen der Welt kann nicht

Publiziert auf Free21 am 03.11.2022, 6:00 Uhr

einmal in der Zeit von Jahrhunderten ausgegeben werden. Die Traurigkeit des Daseins, die durch diesen künstlichen Ruf nach Wettbewerb erzeugt wird, ist erfüllt von Lärm und Drogen. Die Sucht nach Geld und Haben hat ein anderes Gesicht: die Sucht nach Drogen bei den Verlierern des Wettbewerbs, bei den Verlierern des künstlichen Wettlaufs, in den die Menschheit verwandelt wurde. Die Krankheit der Einsamkeit lässt sich nicht durch Glyphosat im Dschungel heilen.Es ist nicht der Dschungel, der daran schuld ist. Schuld ist ihre Gesellschaft, die im endlosen Konsum erzogen wurde, in der dummen Verwechslung von Konsum und Glück, die es erlaubt, ja, die Taschen der Macht mit Geld zu füllen.

Nicht der Dschungel ist schuld an der Drogensucht, sondern die Irrationalität eurer Weltmacht. Verpassen Sie Ihrer Weltmacht einen Schlag der Vernunft. Schalten Sie die Lichter des Jahrhunderts wieder ein.

Der Krieg gegen die Drogen hat 40 Jahre gedauert, und wenn wir den Kurs nicht korrigieren, wird er weitere 40 Jahre andauern. Die Vereinigten Staaten werden erleben, wie 2.800.000 junge Menschen an einer Überdosis Fentanyl sterben, das nicht in unserem Lateinamerika hergestellt wird.

Sie werden Millionen von Afroamerikanern in ihren Privatgefängnissen inhaftiert sehen. Der afroamerikanische Gefangene wird zum Geschäft der Gefängnisgesellschaften werden, eine weitere Million Lateinamerikaner wird ermordet werden, unsere Gewässer und unsere grünen Felder werden mit Blut gefüllt sein, der Traum von Demokratie wird in meinem Amerika ebenso sterben wie im angelsächsischen Amerika. Die Demokratie wird dort sterben, wo sie geboren wurde, im großen westeuropäischen Athen.

Wenn Sie die Wahrheit verbergen, werden Sie den Dschungel und die Demokratien sterben sehen. Der Krieg gegen die Drogen ist gescheitert. Der Kampf gegen die Klimakrise ist gescheitert.

Der tödliche Konsum hat zugenommen, von weichen zu harten Drogen, Völkermord hat auf meinem Kontinent und in meinem Land stattgefunden, Millionen von Menschen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, und um ihre eigene soziale Schuld zu verbergen, haben sie dem Regenwald und seinen Pflanzen die Schuld gegeben. Sie haben Reden und Politik mit Unsinn gefüllt.

Ich fordere von hier, von meinem verwundeten Lateinamerika, ein Ende des irrationalen Krieges gegen die Drogen. Um den Drogenkonsum zu reduzieren, werden keine Kriege gebraucht, sondern wir alle müssen eine bessere Gesellschaft aufbauen: eine Gesellschaft mit mehr Solidarität, mehr Zuneigung, in der die Intensität des Lebens vor Süchten und neuen Formen der Sklaverei bewahrt. Sie wollen weniger Drogen? Denken Sie über weniger Profit und mehr Liebe nach. Denken Sie über eine rationale Ausübung der Macht nach.

Gustavo Petro, kolumbianischer Präsident (Foto: CLACSOtv, Wikimedia.com, Creative Commons Attribution 3.0)

Rührt nicht mit euren Giften die Schönheit meines Heimatlandes an, helft uns ohne Heuchelei, den Amazonas-Regenwald zu retten, um das Leben der Menschheit auf dem Planeten zu retten.

Ihr habt die Wissenschaftler versammelt, und sie haben mit Vernunft gesprochen. Mit Mathematik und Klimamodellen sagten sie, dass das Ende der menschlichen Spezies nahe sei, dass seine Zeit nicht mehr Jahrtausende, nicht einmal Jahrhunderte betrage. Die Wissenschaft ließ die Alarmglocken läuten und wir hörten nicht mehr auf sie.

Der Krieg diente als Vorwand, um die notwendigen Maßnahmen nicht zu ergreifen.
Als es am nötigsten war zu handeln, als Reden nichts mehr nützten, als es wichtig war, Geld in Fonds zu stecken, um die Menschheit zu retten – als es notwendig war, so schnell wie möglich von Kohle und Öl wegzukommen, erfanden sie einen Krieg nach dem anderen.

Sie überfielen die Ukraine, aber auch den Irak, Libyen und Syrien. Sie fielen im Namen von Öl und Gas ein.

Im 21. Jahrhundert haben sie die schlimmste ihrer Süchte entdeckt: die Sucht nach Geld und Öl. Kriege haben ihnen als Vorwand gedient, um nicht gegen die Klimakrise vorzugehen. Kriege haben ihnen gezeigt, wie abhängig sie von dem sind, was die menschliche Spezies töten wird.

Man sieht, wie hungernde und durstende Menschen zu Millionen in den Norden wandern, dorthin, wo es Wasser gibt, und man schließt sie ein, baut Mauern, schießt auf sie. Man vertreibt sie, als ob sie keine Menschen wären, man offenbart die fünffache Mentalität derjenigen, die die Gaskammern und die Konzentrationslager erschaffen haben, man wiederholt 1933, aber in einem planetarischen Maßstab. Es ist der große Triumph des Angriffs auf die Vernunft.

Sehen sie nicht, dass die Lösung für den großen Exodus, der über ihre Länder hereingebrochen ist, darin besteht, zum Wasser zurückzukehren, das die Flüsse füllt und die Felder mit Nährstoffen versorgt? Die Klimakatastrophe füllt uns mit Viren, die uns überschwemmen, aber Sie machen Geschäfte mit Medikamenten und verwandeln Impfstoffe in Handelsware. Sie werden vorschlagen, dass der Markt uns vor dem retten wird, was der Markt selbst geschaffen hat. Der Frankenstein der Menschheit besteht darin, den Markt und die Gier

ohne Planung agieren zu lassen, indem man Verstand und Vernunft aufgibt. Die menschliche Vernunft wird vor der Gier in die Knie gezwungen.

Welchen Sinn hat ein Krieg, wenn es darum geht, die menschliche Spezies zu retten? Was ist der Sinn von NATO und Imperien, wenn das, was kommt, das Ende der Intelligenz ist?

Die Klimakatastrophe wird Hunderte von Millionen von Menschen töten, und hören Sie gut zu, sie wird nicht vom Planeten verursacht, sondern vom Kapital. Die Ursache der Klimakatastrophe ist das Kapital. Die Logik des Wirtschaftens mit dem Ziel, immer mehr zu konsumieren, immer mehr zu produzieren und für einige immer mehr zu verdienen, erzeugt die Klimakatastrophe. Sie haben sich an die Logik der erweiterten Akkumulation, die Energiemotoren von Kohle und Öl, angeschlossen und den Orkan entfesselt: die immer tiefere und tödlichere chemische Veränderung der Atmosphäre. In einer Parallelwelt ist die erweiterte Akkumulation des Kapitals eine erweiterte Akkumulation des Todes.

Aus den Ländern des Dschungels und der Schönheit, dort, wo beschlossen wurde, eine Pflanze des Amazonas-Regenwaldes zum Feind zu erklären, ihre Erzeuger auszuliefern und zu inhaftieren, lade ich Sie ein, den Krieg zu beenden und die Klimakatastrophe zu stoppen. Hier, in diesem Amazonas-Regenwald, gibt es ein Versagen der Menschheit. Hinter den Feuern, die ihn verbrennen, hinter seiner Vergiftung steht ein ganzheitliches, zivilisatorisches Versagen der Menschheit. Hinter der Sucht nach Kokain und Drogen, hinter der Sucht nach Öl und Kohle steht die eigentliche Sucht dieser Phase der menschlichen Geschichte: die Sucht nach irrationaler Macht, nach Profit und Geld.

Dies ist die große tödliche Maschinerie, die die Menschheit auslöschen kann. Ich werde Präsident eines der schönsten Länder der Erde sein, aber auch eines der blutigsten und gewalttätigsten, um den Krieg gegen die Drogen zu beenden und unserem Volk ein Leben in Frieden zu ermöglichen. Zu diesem Zweck rufe ich ganz Lateinamerika auf. Ich rufe die Stimmen Lateinamerikas auf, sich zu vereinen, um das Irrationale zu besiegen, das unsere Körper martert.

Ich fordere Sie auf, den Amazonas-Regenwald mit den Mitteln zu retten, die global für das Leben bereitgestellt werden können. Wenn Sie nicht in der Lage sind, den Fonds für die Wiederbelebung der Regenwälder zu finanzieren, wenn es wichtiger ist, Geld für Waffen als für das Leben bereitzustellen, dann reduzieren Sie die Auslandsschulden, um unsere eigenen Haushaltsspielräume freizumachen. Und erfüllen Sie damit die Aufgabe, die Menschheit und das Leben auf dem Planeten zu retten. Wir können es tun, wenn ihr nicht wollt. Tauschen Sie einfach die Schulden gegen das Leben, gegen die Natur.

Ich werde Ihnen vorschlagen, und ich fordere Lateinamerika auf, dies auch zu tun, einen Dialog zur Beendigung des Krieges zu führen. Setzen Sie uns nicht unter Druck, uns auf den Feldern des Krieges auszurichten.

Es ist Zeit für FRIEDEN.

Lassen Sie die slawischen Völker miteinander reden, lassen Sie die Völker der Welt miteinander reden. Der Krieg ist nur eine Falle, die das Ende der Zeit in einer großen Orgie der Irrationalität näher bringt. Von Lateinamerika aus rufen wir die Ukraine und Russland auf, Frieden zu schließen. Nur im Frieden können wir das Leben in diesem unserem Land retten. Es gibt keinen totalen Frieden ohne soziale, wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit. Wir befinden uns auch im Krieg mit unserem Planeten. Ohne Frieden mit dem Planeten wird es keinen Frieden zwischen den Nationen geben.

Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es auch keinen sozialen Frieden.

Quelle:

[1] Youtube, „Colombia - President Addresses United Nations General Debate, 77th Session", am 20.09.2022: *<https://www.youtube.com/watch?v=rFIBY0tDoSg>*

Autor: Gustavo Petro

Gustavo Petro ist ein kolumbianischer Volkswirt, Politiker und ehemaliges Mitglied der Guerilla-Gruppe „Movimiento 19 de Abril". Im Juni 2022 wurde er zum ersten linken Präsidenten Kolumbiens gewählt und am 7. August 2022 vereidigt. Nach der Demilitarisierung wurde er 1991 Abgeordneter im Unterhaus des Kongresses und 2006 Senator. Von 2012 bis 2015 war er Bürgermeister von Bogotá.

Dieser Text wurde zuerst am 03.10.2022 auf www.pressenza.com unter der URL ‹https://www.pressenza.com/de/2022/10/un-versammlung-petro-schlaegt-ein-neues-wirtschafts-sozial-und-umweltmodell-vor/› veröffentlicht. Lizenz: Pressenza, Redacción Colombia, CC BY-NC-ND 4.0

Publiziert auf Free21 am 03.11.2022, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 03.10.2022 auf www.pressenza.com unter der URL ‹https://www.pressenza.com/de/2022/10/der-hybride-krieg-der-usa-gegen-venezuela-geht-vor-gericht-der-fall-alex-saab/› veröffentlicht. Lizenz: John Philpot und Roger D. Harris, Pressenza New York, CC BY-NC-ND 4.0

Quelle: Twitter

Der Fall Alex Saab:

Der hybride Krieg der USA **gegen Venezuela** geht vor Gericht

Botschafter Alex Saab, ein Opfer des US-Wirtschaftskriegs zur Herbeiführung eines Regimewechsels in Venezuela, befindet sich seit über zwei Jahren in Haft. Dieser Artikel berichtet über die Entwicklungen im Gerichtsverfahren des Diplomaten. Saab kämpft vor dem 8. Bezirksgericht in Miami gegen seine illegale Inhaftierung und Auslieferung.

Autor: John Philpot

John Philpot ist Strafverteidiger und Mitglied des Barreau du Québec sowie des Konsultativrats Asociación Americana de Juristas.

Autor: Roger D. Harris

Roger D. Harris ist ein anerkannter Politikwissenschaftler. Beide Autoren sind bei der FreeAlexSaab-Kampagne und der Task Force on the Americas, einer Menschenrechts-organisation, aktiv.

Als Sondergesandter Venezuelas und stellvertretender Botschafter bei der Afrikanischen Union genießt Saab gemäß dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 diplomatische Immunität vor Festnahme und Inhaftierung. Obwohl die USA eine Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, haben sie diesen Grundsatz des Völkerrechts mit Füßen getreten.

Justizielle Übergriffe aus politischen Gründen

Alex Saab wurde von den USA ins Visier genommen, weil er an der Umgehung der gegen Venezuela verhängten Sanktionen beteiligt war. Diese Maßnahmen, eine Form der kollektiven Bestrafung, zielen darauf ab, die Bedingungen so schwer zu machen, dass die Bevölkerung ihre gewählte Regierung abwählen würde. Solche einseitigen Zwangsmaßnahmen stellen eine hybride Kriegsführung dar [1] und sind nach internationalem Recht illegal [2].

Botschafter Saab befand sich auf einer humanitären Mission von Caracas nach Teheran, um im Rahmen des legalen internationalen Handels, aber unter Verstoß gegen die unrechtmäßigen US-Sanktionen, Lebensmittel, Treibstoff und Medikamente zu beschaffen. Als sein Flugzeug am 12. Juni 2020 in Cabo Verde einen Tankstopp einlegte, wurde er auf Geheiß Washingtons aufgegriffen und inhaftiert.

Er wurde gefoltert [3] und bis Dezember 2020 in Isolationshaft gehalten. Dann

wurde er unter strengem Hausarrest entlassen, jedoch ohne Besuche von Frau und Kindern und ohne die notwendige medizinische Versorgung.

Obwohl der regionale Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der UN-Menschenrechtsausschuss seine Freilassung anordneten, wurde Saab gefangen gehalten. Die vom ECOWAS-Gericht zugesprochene Entschädigung in Höhe von 200.000 Dollar wurde nicht gezahlt.

Nach Ansicht des renommierten nigerianischen Menschenrechtsanwalts Femi Falana ist die Festnahme und Inhaftierung von Alex Saab in Cabo Verde ein Beispiel für eine „extraterritoriale, politisch motivierte richterliche Übervorteilung“ und eine „Form des Kolonialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts“ [4].

Am 17. Oktober 2021 gewann die Oppositionspartei die nationalen Wahlen in Cabo Verde mit einem Programm, das die Freilassung von Alex Saab vorsah. Doch am Tag zuvor hatte der lange Arm der Washingtoner „Justiz“ den venezolanischen Diplomaten einfach festgenommen, ihm einen orangefarbenen Overall angezogen und ihn in ein US-Gefängnis gesteckt.

Die USA haben kein Auslieferungsabkommen mit Cabo Verde, und weder Saabs Familie noch seine Anwälte wurden von seiner Auslieferung in Kenntnis gesetzt. Auch waren Saabs Rechtsmittel vor den Gerichten Cabo Verdes noch nicht vollständig ausgeschöpft. Seine Auslieferung war eine illegale vollendete Tatsache.

Anklage wegen Geldwäsche von den USA fallen gelassen

Die ursprüngliche Anklage gegen Herrn Saab bezog sich auf Geldwäsche in Venezuela, wobei Venezuela das angebliche Opfer war. Selbst wenn eine Anklage wegen Betrugs an der venezolanischen Regierung gerechtfertigt wäre, sollte sie in Venezuela erhoben werden und nicht in den USA, die versuchen, Venezuela auszuhungern und zu unterwerfen.

Am 1. November 2021, nach einer Art gerichtlicher Entführung in die USA, ließ

Alex Saab in amerikanischer Gefangenschaft. (Quelle: Youtube)

Washington alle Anklagen wegen Geldwäsche gegen Saab fallen und beließ es bei einer einzigen Anklage wegen Verschwörung zur Geldwäsche.

Eine umfassende dreijährige Untersuchung von Geldwäschefällen durch Schweizer Gerichte, wo die Aktivitäten angeblich begangen wurden, hatte keine Beweise für die Behauptung der USA ergeben.

Zum Vorteil der Staatsanwaltschaft ist der verbleibende Vorwurf der „Verschwörung“ recht einfach zu beweisen, da er nur den Nachweis einer Vereinbarung erfordert, ohne dass das Ziel verwirklicht wurde. Der Kampf gegen vage Verschwörungsvorwürfe ist ein Alptraum für Verteidiger. Der Vorwurf wird oft als „Liebling der Staatsanwaltschaft“ bezeichnet.

Das Labyrinth des US-„Justiz“-Systems

Botschafter Saab befindet sich derzeit in einer Bundeseinrichtung in Florida in Haft. Familienbesuche sind ihm nicht möglich, da es keine Garantie für eine sichere Ausreise gibt. Die Haftbedingungen sind schwierig, die Verpflegung ist unzureichend, und er befindet sich in einer gefährlichen Umgebung, in der es keine medizinische Versorgung für seine Krebserkrankung und andere Leiden gibt.

Während seiner unrechtmäßigen Inhaftierung in Cabo Verde focht der Anwalt von Alex Saab das US-Auslieferungsverfahren mit einem „Antrag auf Aufhebung“ an, der sich auf seinen Status als Diplomat stützte.

Dieser Antrag wurde zunächst von einem „unteren“ US-Gericht abgelehnt und dann bis zum 11th Circuit Court of Appeals angefochten. Seine Berufung, mit der er die Anklage aufgrund seines Diplomatenstatus anfocht, wurde dann im Juni 2022 vom Berufungsgericht direkt an das Prozessgericht zurückverwiesen.

Im Vorgriff auf seine Anhörung am 12. Dezember hat Saab vorläufige Anträge auf Offenlegung von Beweismaterial gestellt, um einen Antrag auf Aufhebung der Anklage aufgrund seines Diplomatenstatus zu stellen. Wenn die diplomatische Immunität anerkannt wird, sollte Saab freigelassen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, wird es zu einem Prozess wegen Verschwörung zur Geldwäsche in Venezuela kommen.

Antrag von Saab auf Offenlegung von Beweismitteln

Die USA könnten über entlastendes Material verfügen, das Saabs Status als Diplomat beweisen würde. Nach den so genannten Brady-Regeln [5] muss die Staatsanwaltschaft alle verfügbaren und

in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen Beweise vorlegen, die für die Verteidigung des Angeklagten hilfreich sein könnten.

Dementsprechend forderte Saab alle für seine Verteidigung wichtigen Informationen an, die sich im Besitz der US-Regierung befinden und den Diplomatenstatus betreffen, einschließlich Beweise über

- Seine Tätigkeit als venezolanischer Sondergesandter oder andere diplomatische Funktionen.
- Ob ein anderes Land oder eine internationale oder supranationale Organisation ihn als venezolanischen Sondergesandten oder in einer anderen diplomatischen Funktion betrachtet hat.
- Seine Rolle bei den zwischenstaatlichen Aktivitäten Venezuelas mit dem Iran und der Zweck seiner Reise in den oder aus dem Iran.
- Der Flug, die Umleitung oder die Festsetzung des Flugzeugs, mit dem er reiste und das in Cabo Verde gelandet ist.
- Kenntnis von Mitarbeitern der US-Regierung von seinem diplomatischen Status, seiner Ernennung zum Sondergesandten oder seinen Aktivitäten im Namen Venezuelas.
- Dokumente, die nach seiner Festnahme und Inhaftierung in Cabo Verde bei seiner Person oder seinem Flugzeug gefunden wurden, sowie alle Informationen zu diesen Dokumenten.

Saab forderte das Gericht auf, die Offenlegung von Informationen anzuordnen, die sich im Besitz der US-Ministerien für Verteidigung, Justiz, des Finanzministeriums, des Außenministeriums (Office of International Affairs), der Abteilung für nationale Sicherheit (National Security Division), der Drogenbekämpfungsbehörde (Drug Enforcement Agency), des Bundeskriminalamts (Federal Bureau of Investigation), der Zoll- und Grenzschutzbehörde (Customs and Border Patrol) und der Heimatschutzbehörde (Homeland Security Investigations), des zentralen Nachrichtendienstes (Central Intelligence Agency) und der US-Küstenwache befinden.

Saabs Rechtsbeistand geht davon aus, dass alle diese Behörden über Informationen zu seinem diplomatischen Status verfügen würden. Eine umfassende Offenlegung könnte zur Anerkennung der vollen Immunität führen.

Die US-Regierung versucht, die Offenlegung von Beweismitteln zu verhindern

Der Staatsanwalt der US-Regierung brachte eine Reihe von etwas fadenscheinigen Argumenten vor, mit denen er den Richter aufforderte, den Brady-Antrag abzulehnen, und bezeichnete den Antrag als einen einfachen „Angelausflug“, der nicht begründet sei. Kurz gesagt, es handelte sich um eine juristische Taktik der Regierung, um die Wahrheit zu verbergen.

Die US-Staatsanwaltschaft argumentierte, dass die Anträge auf Einsichtnahme in Dokumente, die sich außerhalb der unmittelbaren Kontrolle der Staatsanwaltschaft befanden, abgelehnt werden sollten, selbst wenn sie sich im Besitz einer Regierungsbehörde befänden und selbst wenn sie Saabs Anspruch auf diplomatischen Status belegten. Der Staatsanwalt machte geltend, dass nur Material, das sich unter der unmittelbaren Kontrolle des Staatsanwalts befindet und mit den Ermittlungen in Zusammenhang steht, offengelegt werden kann; anderes Material, das sich im Besitz anderer Regierungsstellen befindet, kann gemäß Brady nicht angefordert und offengelegt werden.

Dies würde bedeuten, dass Saab, wenn die US-Regierung über endgültige Beweise für Saabs Status oder dessen Anerkennung bei Stellen verfügt, die sich der Kontrolle des Staatsanwalts entziehen, diese Informationen gemäß der Brady-Regel nicht erhalten kann.

Saabs Verteidigung argumentierte, dass er die Offenlegung von Informationen aus allen Bereichen der US-Regierung verlangt. Der Grund dafür ist, dass die gesamte US-Regierung mit seiner Auslieferung und Strafverfolgung befasst ist. So beantragte die Staatsanwaltschaft sogar die Teilnahme eines Mitarbeiters der Abteilung für nationale Sicherheit an der Anhörung, obwohl dieser zuvor nicht zum Team der Anklage gehörte.

Argumente zur diplomatischen Immunität von Saab

Im Folgenden werden die Argumente der Staatsanwaltschaft und die der Verteidigung beschrieben. Grundlage hierfür sind die jeweiligen Schriftsätze beider Seiten und insbesondere die Niederschrift der Anhörung vom 13. September.

Die Staatsanwaltschaft argumentierte, dass die Frage der Missachtung der diplomatischen Immunität in Cabo Verde geklärt worden sei, als die Auslieferung bewilligt wurde. Das US-Gericht sollte nicht von einem Präzedenzfall abweichen und die Rechtmäßigkeit der Entscheidung eines ausländischen Staates, eine Person auszuliefern, in Frage stellen. Ein solches Vorgehen würde im Hinblick auf Cabo Verde gegen die Doktrin des „act of state“ [6] verstoßen.

Saabs Verteidigung entgegnete, dass keine Behörde die Entscheidung Cabo Verdes, die Auslieferung zuzulassen, anerkennen müsse. Das Recht von Cabo Verde gilt in Cabo Verde und nicht in den USA.

Die Staatsanwaltschaft machte geltend, dass Saab weder nach dem Diplomatic Relations Act [7] noch nach dem International Organizations Immunities Act [8] Anspruch auf Immunität hatte, da er dem US-Außenministerium nie als Mitglied einer ausländischen Mission in den USA gemeldet worden war, einschließlich der bilateralen Mission Venezuelas und der Delegation bei der Afrikanischen Union.

Saabs Verteidigung argumentiert, dass Saab ohnehin auf dem Weg von Venezuela in den Iran war und zu keinem Zeitpunkt die USA durchquerte. Er hatte „Transitimmunität“.

Die Staatsanwaltschaft machte geltend, dass das US-Recht (US v. Alvarez-Machain, 1992 [9]) eine Strafverfolgung auch dann zulässt, wenn der Angeklagte fälschlicherweise in die USA geschickt wurde. Selbst eine gewaltsame Entführung verhindere nicht, dass man in den USA wegen Verstößen gegen US-Gesetze vor Gericht gestellt werde.

Saabs Verteidigung erklärte, dies sei eine unbegründete Ausrede, die es US-Agenten erlauben würde, eine Person in einem beliebigen Land zu entführen und

sie für Verbrechen nach US-Recht vor Gericht zu stellen.

Im Mittelpunkt der Argumentation der US-Regierung steht die selbstherrliche Vorstellung, dass kein venezolanischer Diplomat Immunität genieße, da Washington die Regierung Maduro nicht anerkenne. Mit anderen Worten: Die imperiale Macht maßt sich die Befugnis an, zu bestimmen, wen andere Länder als ihre diplomatischen Vertreter ernennen dürfen.

Saabs Verteidigung wies darauf hin, dass es eine unbestrittene Tatsache ist, dass Venezuela, der Entsendestaat, und der Iran, der Empfangsstaat, nicht nur die Regierung des jeweils anderen anerkennen, sondern auch, dass Saab ein Sondergesandter ist.

In diesem Zusammenhang ist die Gewährung diplomatischer Immunität unabhängig von der Position der USA, welche Regierung Venezuelas sie anerkennen. Eine gegenteilige Auffassung würde sowohl die Verpflichtungen der USA als auch das Wiener Übereinkommen und das Gesetz über diplomatische Beziehungen völlig entstellen und jeglicher Bedeutung berauben. Die Nichtbeachtung dieses Urteils wäre für die diplomatische Welt und die internationalen Beziehungen verheerend.

Die aktuelle Entscheidung des Gerichts

Die Argumente zur Verteidigung von Herrn Saab wurden dem Gericht am 13. September vorgelegt. Am 15. September entschied Richter Scola teilweise zu Gunsten von Herrn Saab und gewährte ihm einen eingeschränkten Zugang zu den Untersuchungsunterlagen. Die Offenlegung im Rahmen des Brady-Verfahrens würde auch Material umfassen, das sich unter der Kontrolle der Staatsanwaltschaft befindet: DEA, FBI und ICE.

Ausgenommen von der Offenlegung nach Brady sind Materialien, die sich im Besitz des Außenministeriums, des Büros für internationale Angelegenheiten, der Abteilung für nationale Sicherheit, des Finanzministeriums, des Verteidigungsministeriums und der US-Küstenwache befinden. Der Richter stellte fest, dass keine dieser Stellen an den Ermittlungen beteiligt war, die zur Anklageerhebung führten, so dass diese Stellen nicht nach Beweisen für den diplomatischen Status durchsucht werden müssen.

Die enge Auslegung der Brady-Verpflichtungen durch das US-Gericht birgt die Gefahr, dass eine große Ungerechtigkeit entsteht. Wenn die USA im Rahmen ihrer zahlreichen internationalen Beziehungen und Kontakte über Beweise für den Status von Saab verfügen, können sie diese verbergen, wenn diese Beweise außerhalb des Rahmens der strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn liegen.

Dies wäre sogar möglich, wenn die USA seinen Status als Diplomat in einem besonderen Zusammenhang außerhalb der Ermittlungen wegen der angeblichen Geldwäsche-Verschwörung anerkannt hätten. Diese Verweigerung der Gerechtigkeit könnte man mit einer Form von Lynchjustiz vergleichen.

Gerichtsverhandlung am 12. Dezember und Vorschlag für eine außergerichtliche Lösung

Über Saabs diplomatische Immunität wird am 12. Dezember vor dem Southern District Court verhandelt. Im Moment ist Botschafter Alex Saab noch immer zu Unrecht inhaftiert und wartet auf seinen Prozess.

Wir sind der Meinung, dass Herr Saab als Diplomat anerkannt werden muss und das Verfahren eingestellt werden sollte. Es gibt einen außergerichtlichen Weg, dies zu revidieren. Die Biden-Administration kann sich auf einen Gefangenenaustausch [10] einlassen, der Herrn Saab mit seiner Familie und auch die in Venezuela inhaftierten US-Bürger mit ihren Familien zusammenführen würde. Venezuela ist dazu bereit, und die USA sollten das Gleiche tun.

Alex Saab (Youtube)

Quellen:

[1] Responsible Statekraft, Daniel Larison, „Sactions are targeted warfare, and they do kill", am 16.9.2022, *<https://responsiblestatecraft.org/2022/09/16/sanctions-are-targeted-warfare-and-they-do-kill/>*

[2] Current Affairs, Jacob Batinga, „Sanctions are Destructive, Illegitimate, and Totally Bipartisan", am 1.9.2022, *<https://www.currentaffairs.org/2022/09/sanctions-are-destructive-illegitimate-and-totally-bipartisan>*

[3] Orinoco Tribune, „Alex Saab's Statement Before Being Extracted from Cape Verde by United States Regime (Letter)", am 20.10.2021, *<https://orinocotribune.com/alex-saabs-statement-before-being-extracted-from-cape-verde-by-united-states-regime-letter/>*

[4] Sahara Reporters, „Venezuelan Envoy, Alex Saab's Case Confirms US Doesn't Want Independent African Institutions - Falana", am 26.11.2021, *<https://saharareporters.com/2021/11/26/venezuelan-envoy-alex-saab's-case-confirms-us-doesn't-want-independent-african>*

[5] Cornell Law School, „Brady rule", Dezember 2021, *<https://www.law.cornell.edu/wex/brady_rule>*

[6] Wikipedia, „Act of state doctrine", *<https://en.wikipedia.org/wiki/Act_of_state_doctrine>*

[7] Congress.gov, „H.R.7819 - Diplomatic Relations Act", *<https://www.congress.gov/bill/95th-congress/house-bill/7819>*

[8] Wikisource, „Public Law 79-291 International Organizations Immunities Act", *<https://en.wikisource.org/wiki/Public_Law_79-291>*

[9] Justia US Supreme Court, „United States v. Alvarez-Machain, 504 U.S. 655 (1992)", Oktober 1991, *<https://supreme.justia.com/cases/federal/us/504/655/>*

[10] Task Force On The Americas, Roger Harris, „Possible Prisoner Exchange in US Hybrid War against Venezuela", am 12.9.2022, *<https://taskforceamericas.org/possible-prisoner-exchange-in-us-hybrid-war-against-venezuela/>*

Publiziert auf Free21 am 10.12.2022, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 08.07.2022 auf www.bam.news unter der URL ‹https://bam.news/societe/investigation/la-propagande-le-revers-poli-de-la-censure-le-peuple-l-ennemi-interieur-episode-3› veröffentlicht.
Lizenz: Colin Meier, Bam!, CC BY-NC-ND 4.0

EU-Parlament am 25. März 2019 (Foto: Tim Reckmann, flickr.com, CC BY-NC 2.0)

Zensur, Propaganda und Embedded Journalism (Teil 3):

Propaganda und Zensur – Das Volk, der innere Feind

Im 2. Teil der Artikelserie „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism" [1] haben wir gesehen, dass die europäischen Institutionen bereits seit einigen Jahren an der propagandistischen Konstruktion eines äußeren Feindes, in diesem Fall Russland, arbeiten. Dieser äußere Feind dient dazu, die Zensur der europäischen Institutionen zu rechtfertigen, die sie „Kampf gegen Desinformation" nennen. Teil 2 zeigte damit beispielhaft, dass Propaganda und Zensur Hand in Hand gehen. Doch die Propaganda und letztlich die Zensur der EU richten sich nicht nur gegen einen äußeren Feind. Sie wenden sich, indem sie zunächst einen abweichenden Rand der Bevölkerung als innere Gefahr einstufen, letztlich gegen das Volk. Bereits 2018 hatte die Europäische Kommission, in ihrer Mitteilung „Bekämpfung von Desinformation im Internet: Ein europäisches Konzept" [1], Impfskepsis in Teilen der Bevölkerung als eine solche Gefahr ausgemacht.

Lesen Sie auch auf Free21.org

1. Teil: Colin Meier „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism: Wie die Europäische Kommission die Wahrheit vereinnahmt", erschienen am 12.6.2022 unter *<https://free21.org/wie-die-europaeische-kommission-die-wahrheit-vereinnahmt/>*

2. Teil: Colin Meier „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism: Propaganda und Zensur – Russland, der äußere Feind", erschienen am 2.10.2022 unter *<https://free21.org/propaganda-die-kehrseite-der-zensur-russland-der-aeussere-feind/>*

Autor: Colin Meier

freier Bürgerjournalist und Deutschlandkorrespondent bei BAM!

Um die Erhebung der Impfskepsis zur Gefahr voranzutreiben, stützte sich die Kommission auf eine andere ihrer Mitteilungen, vom 26. April 2018: „Verstärkte Zusammenarbeit gegen durch Impfung vermeidbare Krankheiten" [2]. Letztere sah bereits damals eine Harmonisierung der Impfstrategie auf europäischer Ebene vor und begründete dies mit dem grenzüberschreitenden Charakter der Gefahr – und mit dem darauffolgenden Inkrafttreten von Artikel 168 § 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU [3], der den europäischen Institutionen ein Mandat zum direkten Eingriff erteilt. Die beschworene Gefahr würde von den unterschiedlichen Impfquoten gegen vermeidbare Krankheiten (Masern, Diphtherie, Influenza) zwischen den Mitgliedstaaten ausgehen [4]. Zwar drückt die Kommission auch ihren Wunsch aus, die Beweggründe für die Impfskepsis verstehen zu wollen. Jedoch winkt sie bei den Motivationen hierfür sofort ab, indem sie auf die rigorosen Marketingprozesse in Europa sowie auf die von Antiimpfaktivisten betriebene Verschiebung der Ängste, weg von Krankheit oder Tod hin zu möglichen „unbewiesenen Ne-

Quellen:

[1] Europäische Kommission, Mitteilung COM(2018) 236 „Bekämpfung von Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz", am 26.4.2018 *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=FR>*

[2] Europäische Kommission, Mitteilung COM(2018) 245 „Coopération renforcée contre les maladies à prévention vaccinale" („Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung verhütbaren Krankheiten"), am26.4.2018 *<https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b86c452c-494e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0023.02/DOC_1&format=PDF>*

[3] Europäische Kommission, Amtsblatt Nr. 115 S. 0122 – 0124 „Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union - DRITTER TEIL: DIE INNEREN POLITIKEN UND MASSNAHMEN DER UNION - TITEL XIV: ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT - Artikel 168 (ex-Artikel 152 EGV)", vom 9.5.2008 *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/HTML/?uri=CELEX:12008E168&from=EN>*

[4] Europäische Kommission, Mitteilung COM(2018) 245 „Strengthened Cooperation against Vaccine Preventable Diseases " („Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung durch Impfung vermeidbarer Krankheiten"), am 26.4.2018 *<https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b86c452c-494e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_2&format=PDF>*
Anm.: Dieses Argument zeugt von einem Missverständnis des Impfprinzips und ist ziemlich absurd, da im Falle eines wirksamen Impfstoffs eine ungeimpfte Bevölkerung keine Gefahr für eine geimpfte Bevölkerung darstellen könnte. Wäre dies dennoch der Fall, würde es eher die Wirksamkeit und damit die Notwendigkeit des Impfstoffes in Frage stellen. Auch werden die Autonomie und die Wahlfreiheit des Patienten nicht berücksichtigt.
Darüber hinaus begeht die Kommission auch im beigefügten Anhang denselben Fehler, nämlich die Impfquoten bestimmter Mitgliedstaaten von unter 95% als Nichterreichung des Ziels einer durchschnittlichen Durchimpfungsrate in der EU von 95 % darzustellen. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass alle Mitgliedsländer eine Durchimpfungsrate von 95 % oder mehr aufweisen, damit die EU insgesamt eine durchschnittliche Durchimpfungsrate von 95 % erreicht, da die Bevölkerung nicht gleichmäßig auf die Länder verteilt ist. Aber das Argument der unterschiedlichen Impfquoten ist ein wunderbarer Vorwand, um die Notwendigkeit eines europäischen Gesundheitsmandats vorzuschieben und Impfkampagnen zu verstetigen.
Zudem ist die Darstellung ungleicher Impfquoten irreführend, da die Kategorien nicht gleichmäßig verteilt sind (0-84 %, 85-94 %, 95-99 %), obwohl Werte von unter 76 % gar nicht existieren. Trotzdem fallen Werte zwischen 76 % und 84 % in die gleiche Kategorie wie 0 %, visualisiert durch die Signalfarbe rot, die herkömmlicherweise eine Gefahr suggeriert. Vor allem werden einige wesentliche Gründe für die Impfskepsis (Wirksamkeit, Sicherheit) auf rein individuelle und soziale Faktoren zurückgeführt, anstatt auf Impfungen und deren Wirkung selbst. Das bedeutet, dass das Problem für die Kommission eher mit der subjektiven Wahrnehmung der Menschen zusammenhängt als mit einem echten Problem mit Impfstoffen.

[7] Europäische Kommission, Mitteilung COM(2018) 244 „Proposition de RECOMMANDATION DU CONSEIL relative à la coopération renforcée contre les maladies à prévention vaccinale" („Vorschlag für eine EMPFEHLUNG DES RATES über eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung verhütbaren Krankheiten"), am 26.4.2018 *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0244&from=EN>*

[8] Amtsblatt der Europäischen Union C 466/1 „RECOMMANDATION DU CONSEIL du 7 décembre 2018 relative au renforcement de la coopération contre les maladies à prévention vaccinale" („EMPFEHLUNG DES RATES vom 7. Dezember 2018 über eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung verhütbaren Krankheiten", am 28.12.2018: *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018H1228(01)&from=en>*

benwirkungen", verweist. Keine Erwähnung finden dort die Nebenwirkungen im Zusammenhang mit dem Skandal um die Impfstoffkampagne gegen die Schweinegrippe (H1N1), bloß ein Jahrzehnt zuvor. Was könnte der Grund für dieses Schweigen sein? Könnte es eine Verbindung zu Heidi Larson geben, der Pharmalobbyistin, Mitautorin einer der in der Mitteilung zitierten Quellen und Mitautorin eines Berichts über Impfskepsis, der in derselben Mitteilung empfohlen wird? Darauf kommen wir in der nächsten Folge zurück.

Die europäischen Institutionen bestätigen sich selbst

Im Übrigen ist von Russland in der oben erwähnten Mitteilung der Kommission kein Wort mehr zu hören. A priori scheinen daher die Gefahren der „russischen Desinformation" und die der „Impfdesinformation" von der Kommission als unabhängig voneinander wahrgenommen zu werden. Tatsächlich entstammt Impfdesinformation nach Meinung der Kommission eher von Interessensgruppen innerhalb der Gesellschaft.

Das von der Kommission zitierte Dokument, welches diese Vision bestätigt, stammt von ihr selbst und ist ebenfalls zum 26. April 2018 datiert. Es handelt sich dabei um die Mitteilung COM(2018) 244 „Zur verstärkten Zusammenarbeit gegen durch Impfung vermeidbare Krankheiten" [5], ein Vorschlag in Antwort auf eine (unverbindliche) Empfehlung des Rats der Europäischen Union (auch Ministerrat oder bloß Rat), die europäische Zusammenarbeit gegen durch Impfung vermeidbare Krankheiten zu stärken. Der Rat der EU hat seinerseits, ohne besondere Argumente oder unabhängige Quellen, am 28. Dezember 2018 diesen Vorschlag [6] bestätigt, was eine Tendenz zur Selbstbestätigung und Absprachen innerhalb der europäischen Institutionen nahelegt.

Besagte Kommissionsmitteilung sagt nichts Neues aus, außer dass sie, damals schon, etwas detaillierter auf die Maßnahmen eingeht, die wir inzwischen aus den letzten 2 Jahren bereits kennen, die angesichts des Problems der Impfskepsis zu ergreifen seien: die Harmonisierung der Impfpolitik auf europäischer Ebene, ein gemeinsamer Impfplan, ein europäischer Impfausweis, ein System zum Austausch von Daten über den Impfstatus der Bürger, die Schaffung von Impfvorräten, die Förderung der Impfung durch Marketingkampagnen, um sie attraktiver und zugänglicher zu machen, die Schaffung neuer Impfstellen, der Kampf gegen Fehlinformationen und Mythen, die Untersuchung der Faktoren, die Impfskepsis bedingen, durch Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die Erstellung von Berichten zur Überwachung der Impfraten unter der europäischen Bevölkerung, sowie die Zusammenarbeit mit GAVI und CEPI und so weiter.

Kurz gesagt, diese Mitteilung kommt einer Wunschliste von Maßnahmen zugunsten von Impfungen samt anzustrebender Impfquoten von 95% (für verschiedene Impfstoffe) gleich, während die Autonomie und Wahlfreiheit des Patienten in keiner Weise erwähnt werden. Die Kommission rechtfertigt ihren Ansatz mit ihrer eigenen Auslegung der Impfskepsis als große Gefahr, während die Zahlen, die sie hierfür ohne anderweitige Quellen nannte, aus dem Zusammenhang gerissen sind [7]. Sie beschwor dort auch die Gefahr eines Wiederaufflammens der Poliomyelitis, jedoch ohne dass sie hierfür überhaupt konkrete Zahlen nannte.

Die einzige in der Mitteilungsbegründung zitierte Studie ist die 2018 von der Kommission selbst durchgeführte öffentliche Konsultation „Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten" von insgesamt 8.688 Bürgern und 239 Stakeholdern (Interessensgruppen und Industrielobbys) [8], wobei die Bürger im Ergebnis, laut Faktenbericht [9] der Kommission selbst, vielmehr Bedenken bezüglich des Transparenzmangels der Industrie zu den Themen Impfstoffsicherheit und Impfnebenwirkungen äußerten.

Eine tendenziöse Befragung als Propagandainstrument

Die Ergebnisse dieser Befragung, einschließlich des Faktenberichts, sind veröffentlicht worden [10]. Dieser Bericht zeigt u. a. Unterschiede in der Wahrnehmung

Publiziert auf Free21 am 19.11.2022, 6:00 Uhr

des Problems zwischen der Kommission und den Interessensvertretern einerseits und der Öffentlichkeit andererseits auf. Beispielsweise zeigt eine Abbildung bzgl. der bedingenden Faktoren von Impfskepsis zwei Dinge sehr gut: Erstens äußerte im Durchschnitt ein gutes Drittel, bis sogar 40 %, der 8.927 Befragten „keine Meinung“ zu verschiedenen gebotenen Antwortmöglichkeiten zu haben, was auf ein ernsthaftes Problem mit dem Fragebogen hindeutet [11], denn er erzeugte bei einem Großteil der Stichprobe keine Antworten und legt die Vermutung nahe, dass diese Antwortmöglichkeit standardmäßig als Ablehnungsersatz genutzt wurde. Zweitens wurden als häufigste Antworten genannt: Angst vor Nebenwirkungen und Informationsmangel darüber, die Einführung einer Impfpflicht sowie mangelndes Vertrauen in die Wirksamkeit von Impfstoffen, auf die die Kommission aber nie wieder einging, es sei denn, um sie in die Ecke der „Desinformation“ zu schieben.

Ein Beispiel hinsichtlich der unterschiedlichen Einschätzung des Problems zwischen der Öffentlichkeit und den Interessengruppen: Mehr als 40 % der Bürger äußerten „keine Meinung“ dazu, wie die Gesundheitsbehörden der breiten Öffentlichkeit die Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen am besten kommunizieren könnten, und keines der vorgeschlagenen Mittel wurde von einer Mehrheit der Bürger akzeptiert. Andererseits befürworteten die Stakeholder mehrheitlich die verschiedenen vorgeschlagenen Kommunikationsmittel. Der Titel dieser Grafik veranschaulicht auch die doppelt implizite Verzerrung der Umfrage selbst: „[…] wie Gesundheitsbehörden besser über die Sicherheit und Wirksamkeit von Impfstoffen kommunizieren können […]“. Erstens lautet die Frage nicht, ob die Behörden eine solche Kommunikationskampagne überhaupt betreiben sollten oder nicht, und wenn ja, wie. Die positive Antwort auf die erste Teilfrage wird hier a priori unterstellt, also bleibt nur noch das „Wie?“. Diese Voreingenommenheit wird durch das Fehlen der Möglichkeit einer eindeutig negativen Antwort verstärkt: Die Antwort „keine der oben genannten Möglichkeiten“ stellt an sich keine kategorische Ablehnung einer Werbekampagne dar, sondern könnte als einfache Ablehnung lediglich dieser spezifischen Mittel gewertet werden.

Auch impliziert der Titel ausnahmslos die Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen, obwohl die vorherige Grafik deutlich zeigt, dass dies die beiden Punkte sind, die in den Augen der Bürger die wichtigsten Faktoren für ihre Bedenken sind. Dies kann als mangelnde Kohärenz innerhalb des Fragebogens gewertet werden, da seine Ersteller einerseits diese beiden Faktoren zwar als Antworten vorschlugen, aber nicht einmal an die Möglichkeit dachten, dass sie als so wichtig empfunden werden könnten, dass sie in den folgenden Fragen berücksichtigt werden sollten. Dies verstärkt noch einmal den Eindruck der Voreingenommenheit zugunsten von Impfstoffen allgemein. Dasselbe gilt für eine ähnliche Frage, nur dass hier die Antwort „keines der oben genannten“ nicht einmal mehr verfügbar war [12].

Kommission und Lobbys gegen das Volk

Die Regeln der Kunst verlangen, dass ein Fragebogen zuerst getestet wird, um diese Art von Fehlern zu erkennen und zu korrigieren, da er sonst Gefahr läuft, selbst bestätigende, widersprüchliche, oder gar polarisierende Ergebnisse zu produzieren: Sobald genügend Teilnehmer dies erkennen, könnten sie eine unkooperative Strategie der Antwortverweigerung an den Tag legen. All diese Probleme scheinen in diesem speziellen Fall tatsächlich eingetreten zu sein und wurden sogar vom privaten französischen *Institut pour la protection de la santé naturelle* (Institut für den Schutz der natürlichen Gesundheit, IPSN) [13] angeprangert. Aber anstatt dem abzuhelfen und jede offensichtliche Voreingenommenheit im Fragebogen in aller Demut zu korrigieren, hatte die Kommission nichts Besseres zu tun, als die Kritik zu ignorieren und zog es vor, die Schuld für das Antwortverhalten dem IPSN in die Schuhe zu schieben und einer „Online-Kampagne von Aktivisten“ zu bezichtigen.

Allerdings wurden – wie die Impfkampagnen der letzten zwei Jahre und die während der Schweinegrippe bestätigen – die berechtigten Vorbehalte dieser Bevölkerungsgruppe (sei sie nun reprä-

Quellen:

[9] Anm.: In der Mitteilung COM(2018) 244 nannte die Kommission etwa 50 Todesfälle durch Masern und 2 Todesfälle durch Diphtherie über zwei Jahre (2016 und 2017) in der EU, aber dies entspricht jeweils nur etwa 1 Todesfall pro 20.000.000 Einwohner pro Jahr und 1 Todesfall pro 500.000.000 Einwohner pro Jahr. Trotz allem stellte sie dies als eklatantes Versagen bei der Ausrottung von Krankheiten dar. Es ist klar, dass, wenn man glaubt, eine Krankheit ausrotten zu wollen und zu können, bereits ein einziger Fall ein Versagen darstellt.
Aber kommt dies deshalb einer Gesundheitskatastrophe oder gar einer Gefahr übernationalem Ausmaß gleich? Vor allem im Vergleich mit realen Lebensrisiken wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs? Da 2015 zudem viele Flüchtlinge aus Kriegsländern oder aus Flüchtlingslagern und somit aus unhygienischen Bedingungen in die EU gelangten, könnte es genauso gut sein, dass die Zunahme von Krankheits- sowie Todesfällen aufgrund dieser Krankheiten eher im Zusammenhang mit der Einschleppung von Fällen durch Bevölkerungsbewegungen steht als mit Impfskepsis. Der von der Kommission suggerierte Kausalzusammenhang ist daher auch nicht nachgewiesen.

[10] Europäische Kommission „Open Public Consultation on “Strengthened cooperation against vaccine preventable diseases”“ („Offene öffentliche Konsultation zum Thema "Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung durch Impfung vermeidbarer Krankheiten"“, Zeitraum der Konsultation 21. Dezember 2017 - 15. März 2018: *<https://ec.europa.eu/info/consultations/open-public-consultation-strengthened-cooperation-against-vaccine-preventable-diseases_en#questionnaire>*

[11] EUROPÄISCHE KOMMISSION GENERALDIREKTION FÜR GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT „Council Recommendation on strengthened cooperation against vaccine preventable diseases Factual report of the online public consultation“ („Empfehlung des Rates zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung durch Impfung vermeidbarer Krankheiten“), Ref. Ares(2017)5925775: *<https://ec.europa.eu/health/system/files/2018-04/2017-2018_consultation_factual_en_0.pdf>*

[12] Europäische Kommission Öffentliche Gesundheit „Consultation on strengthened cooperation against vaccine preventable diseases“ („Konsultation zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung durch Impfung vermeidbarer Krankheiten“), vom 4.12.2017 mit Frist bis zum 9.2.2018: *<https://ec.europa.eu/health/consultations/consultation-strengthened-cooperation-against-vaccine-preventable-diseases_en>*

[13] EUROPÄISCHE KOMMISSION GENERALDIREKTION FÜR GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT „Stakeholders consultation on strengthened cooperation against vaccine preventable diseases“ („Konsultation der Interessengruppen zur verstärkten Zusammenarbeit bei der durch Impfung vermeidbare Krankheiten“), 2017-2018 *<https://ec.europa.eu/health/system/files/2018-04/2017-2018_targetedstakeholdersconsultation_questionnaire_en_0.pdf>*

[14] Anm.: Auch bei den übrigen Diagrammen werden diese Unterschiede nur bestätigt. Fast 50 % der Bürger äußerten „keine Meinung“ zu der Rolle, die verschiedenen Akteuren innerhalb einer solchen Kommunikationskampagne zugeschrieben wird, wobei keiner der vorgeschlagenen Akteure eine Mehrheit der Bürger hinter sich versammelte, unabhängig der ihnen beigemessenen Bedeutung, und sogar zwischen 26 % und 42 % sprachen den folgenden vorgeschlagenen Akteuren keine Bedeutung (in absteigender Reihenfolge) zu : religiöse Autoritäten, die pharmazeutische Industrie, Prominente, die Medien, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und andere europäische Institutionen, Apotheker, die EU-Mitgliedstaaten (Abb. 6). Das Gegenteil gilt für die Stakeholder (Abb. 7), die allen vorgeschlagenen Akteuren eine Bedeutung beimessen, wenn auch mit unterschiedlicher Bedeutung. Auf

sentativ oder nicht), hinsichtlich Nebenwirkungen und fehlenden Informationen hierzu, der Einführung von Impfpflichten, der Wirksamkeit von Impfstoffen sowie der Rolle der EU im Gesundheitsbereich, sogar im kommissionseigenen Bericht erwähnt. Doch wirkt es wie ein Lippenbekenntnis, wenn sie dort, anstatt ernst genommen zu werden, durch endlose Listen zu ergreifender Aufklärungsmaßnahmen bevormundender Art relativiert werden. Die Kommission setzte in ihren Dokumenten auf Werbekampagnen, die die Vorteile von Impfstoffen hervorheben sollten, wobei Nachteile unerwähnt blieben.

Worauf stützte sich die Kommission also hierbei stattdessen? Die Anhörung der Stakeholder, welche Interessensgruppen und Industrie versammelt, selbstverständlich. Deren Antworten sind nirgendwo vollständig veröffentlicht. Sie wurden entweder nur teilweise und in Rohform [14] oder aber vollständig, jedoch in anonymisierter Form im Faktenbericht veröffentlicht. So konnte es sich die Kommission erlauben, in ihrem zusammenfassenden Bericht [15] eine Fülle von Empfehlungen auszusprechen, ohne die Autoren oder deren Herkunft benennen zu müssen. Außerdem erlaubte sie sich, in ebendiesem Bericht alle Befragten, die zu bestimmten Aspekten „keine Meinung“ hatten, zu ignorieren, was ihr ermöglichte, die Unzulänglichkeiten ihrer Konsultation zu vertuschen und vor allem die gewünschten Antworten zu liefern. Sie tat das, wohl wissend, dass dies von denjenigen, die den Fragebogen als tendenziös (pro-Impfungen) bewerteten, vermutlich als einzige Antwortmöglichkeit wahrgenommen wurde, um dies zum Ausdruck zu bringen, wie sie im Bericht selbst festhielt.

Die Kommission favorisierte also die Perspektive von Lobbys und Privatinteressen gegenüber der der Bevölkerung. Letztere sei nämlich nachweislich gefährdet, denn sie stehe unter dem Einfluss von Desinformationskampagnen, die die Kommission zum Teil des zu bekämpfenden Problems erklärt hat. Ihrer Definition von „Desinformation“, die in mehreren ihrer Dokumente zu finden ist, darunter die Mitteilung über den Kampf gegen Online-Desinformation [16] und den Aktionsplan gegen Desinformation [17], liegt jedoch nur ein einzelner Bericht der High Level Expert Group on Fake News and Desinformation (HLEG) zugrunde [18]. Obwohl diese Gruppe behauptet, unabhängig zu sein, wurde der Bericht von der Kommission in Auftrag gegeben und der Anhang enthüllt, dass einige der 39 Mitglieder Big Tech (Facebook, Google, Mozilla Firefox, Twitter, Wikimedia), Medienkonglomeraten (AFP, ARD, Bertelsmann, RTL Group, Sky) und einflussreichen Lobbys (EurActiv [19], IFCN Poynter [20]) angehören. In den Augen der Kommission aber liegt die wirkliche Gefahr der Einflussnahme nicht etwa dort, sondern in der Einflussnahme durch Antiimpfaktivisten, wie in diesem Fall, auf das Volk und, in fine, v. a. durch das Volk.

die Frage nach den Faktoren, die den Mangel an Impfstoffen in Europa vermeiden können, wurde der Zugang zu Einzelimpfstoffen von den Bürgern als der wirksamste Faktor angesehen und der einzige, zu dem überhaupt eine Mehrheit von ihnen eine Meinung hatte, während die Stakeholder dies als den unwirksamsten Faktor einstuften (vgl. Abb. 10 und 11). Und was die auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Förderung von Impfungen anbelangt, so sind auch hier die beiden Gruppen uneins. Während unter den Bürgern die Bedeutung der Untersuchung der Wahrnehmung der pharmazeutischen Industrie die beliebteste Antwort war (obwohl jede vorgeschlagene Option zwischen 50 % und 60 % „keine Meinung“ erhielt), war diese Option bei den Stakeholdern am unbeliebtesten (Abb. 13).

[15] Institut für den Schutz der natürlichen Gesundheit „Vaccins: la Commission européenne demande votre avis avant le 15 mars!“ („Impfungen: Die Europäische Kommission bittet Sie um Ihre Meinung bis zum 15. März!“), am 15.3.2018 *<https://www.ipsn.eu/vaccins-commission-europeenne-demande-avis-15-mars/>*

[16] Europäische Kommission Öffentliche Gesundheit „Consultation on strengthened cooperation against vaccine preventable diseases“ („Konsultation zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung durch Impfung vermeidbarer Krankheiten“), vom 4.12.2017 mit Frist bis zum 9.2.2018 *<gthened-cooperation-against-vaccine-preventable-diseases_en>*: Anm.: Seltsamerweise erlaubt die Kommission den antwortenden Organisationen, anonym zu bleiben, was bedeutet, dass die veröffentlichten Ergebnisse zu den Antworten der Interessenträger nur die Antworten der Organisationen enthalten, die der Veröffentlichung ihrer Antworten zugestimmt haben. Dies bietet Organisationen, die davon profitieren möchten, eine hervorragende Gelegenheit, sich an verdeckter Lobbyarbeit zu beteiligen.

[17] Europäische Kommission, ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN „Zusammenfassender Bericht begleitend zum Dokument - Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen und Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung durch Impfung vermeidbarer Krankheiten {COM(2018) 245} - {COM(2018) 24“, am 26.4.2018 *<https://ec.europa.eu/health/system/files/2018-05/2017-2018_consultation_synopsis_en_0.pdf>*

[18] Europäische Kommission, Mitteilung COM(2018) 236 final „Lutter contre la désinformation en ligne: une approche européenne“ („Bekämpfung von Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz“), am26.4.2018: *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=EN>*

[19] Bam!News Magazin, Colin Meier „Comment la Commission Européenne embarque la vérité“ („Wie die Europäische Kommission die Wahrheit an Bord nimmt“), am 12.6.2022: *<https://bam.news/societe/investigation/censure-propagande-et-embedded-journalism-episode-1>*

[20] Das europäische Netz der Wissenschaftszentren und Museen EU „A multi-dimensional approach to disinformation Report of the independent High level Group on fake news and online disinformation“ („Ein mehrdimensionaler Ansatz an Desinformation Bericht der unabhängigen Hochrangigen Gruppe für Fake News und Online-Desinformation“), im März 2018 *<https://www.ecsite.eu/sites/default/files/amulti-dimensionalapproachtodisinformation-reportoftheindependenthighlevelgrouponfakenewsandonlinedisinformation.pdf>*

[21] Bam!News Magazin, Gesellschaft „La Fondation Gates“ („Die Gates-Stiftung“), am 14.4.2022 *<https://bam.news/societe/investigation/la-fondation-gates>*

[22] Bam!News Magazin, Colin Meier „ÉPISODE 4/4 : Tout le malheur du monde“ („EPISODE 4/4: Alles Schlechte der Welt“), am 20.9.2021 *<https://bam.news/articles/episode-4-4-tout-le-malheur-du-monde>*

Publiziert auf Free21 am 19.11.2022, 6:00 Uhr

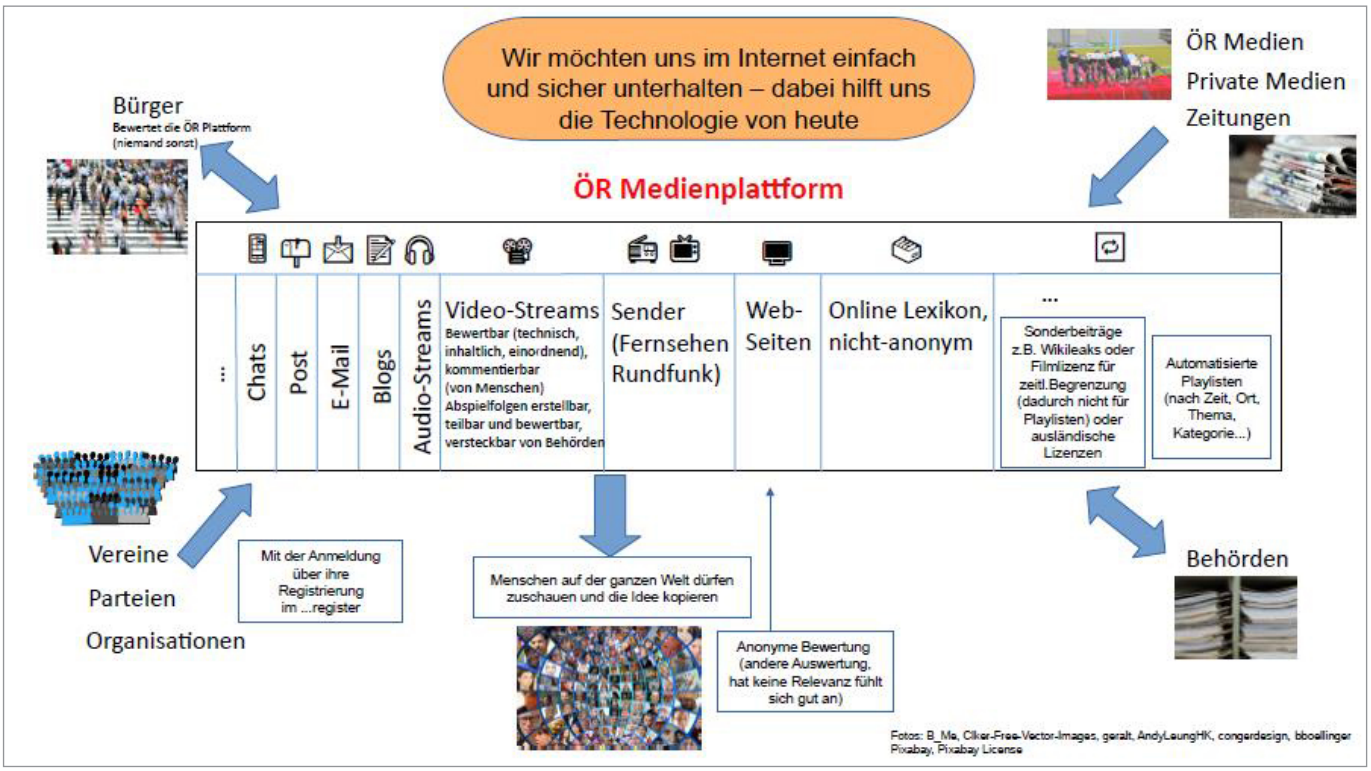
Vorschlag für den Startbildschirm der öffentlich-rechtlichen Medien-Plattform auf PC, Handy oder SmartTV (Grafik: Jana Weigel, gemeinfrei)

GEZ, ARD, ZDF abschaffen? **Nein, neu erfinden!**

Die Diskussion um die Abschaffung der Rundfunkbeiträge oder gar die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kocht hoch. Nach langen Jahren der Unzufriedenheit vieler Menschen, die kurzerhand einfach als „Rechte" diffamiert wurden, mehren sich inzwischen die Stimmen aus allen Schichten der Gesellschaft sowie aus den Sendern selbst, die über Verfehlungen berichten und Veränderungen fordern. Die Autoren des Artikels beschäftigen sich als Bürger und Rezipienten der Medien seit einigen Jahren mit der Frage, worin die Ursachen für ihre Unzufriedenheit mit den öffentlich-rechtlichen Medien liegen und machen Vorschläge für die Verbesserung der Situation, insbesondere zur Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin zu einer öffentlich-rechtlichen Medien-Plattform.

Es wird immer offensichtlicher, dass wir in einer desinformierten Welt leben, gezeichnet von starker gegenseitiger Abhängigkeit und Gleichklang von Politik und Medien. Daraus resultiert eine zunehmende Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Medien, insbesondere mit den öffentlich-rechtlichen Medien, die sie mit ihren Rundfunkbeiträgen finanzieren. In einem Positionspapier widmeten wir uns in der Themengruppe Medien und Journalismus der Bürgerbewegung „Aufstehen" in Leipzig schon vor einigen Jahren der Analyse der Situation der Medien, insbesondere der öffentlich-rechtlichen Medien, und stellten Forderungen zu ihrer Stärkung auf. Bereits damals (2019) wurde festgestellt, dass der im Rundfunkstaatsvertrag festgelegte Programmauftrag nicht eingehalten wird, dass Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit fehlen. In einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten von Sachsen, Herrn Kretschmer, legten wir die Sachverhalte dar und forderten ihn auf, den neuen Medienstaatsvertrag nicht zu unterzeichnen. Prof. Michael Meyen, Kommunikationswissenschaftler an der LMU München, wurde darauf aufmerksam und stellte das Positionspa-

Dieser Text wurde erstveröffentlicht auf Free21.org am 01.11.2022. Lizenz: Beate Strehlitz, Volkmar Kreiß, Dieter Korbely, Free21, CC BY-NC-ND 4.0



Struktur der öffentlich-rechtlichen Medien-Plattform (Grafik: Volkmar Kreiß und Beate Strehlitz, gemeinfrei)

pier in seinem Artikel bei Telepolis [1] sowie auf seinem Blog „Hypotheses“ (in Form eines von seiner Mitarbeiterin Sevda Can Arslan geführten Interviews [2]) vor. In dem Positionspapier wurde die erlebte Medien-Realität den Medien-Gesetzen gegenüber gestellt und aus der Differenz wurden Forderungen postuliert. Dazu gehörten vor allem: im Losverfahren besetzte Publikumsräte mit Sanktionsmöglichkeiten bei Nichterfüllung des Programmauftrages, eine unabhängige Qualitätskontrolle, Arbeitsverträge für Journalisten mit einem Passus, der sie verpflichtet und berechtigt, den Programmauftrag zu erfüllen. Die grundsätzliche Stärkung der öffentlich-rechtlichen Medien sollte verbunden werden mit einer Unterstützung der „alternativen“ Medien mit 2% des Rundfunkbeitrages, da diese einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur umfassenden Information der Bürger übernehmen und die einseitige Sicht der öffentlich-rechtlichen Medien teilweise kompensieren. Weitere Forderungen, wie mehr Transparenz und Kontrolle in den Sendern, strikte Trennung von Information und Meinung sowie eine Abkehr von der Einschaltquoten-Abhängigkeit sind grundlegender Art und werden auch von vielen anderen Seiten geäußert.

„Medienträume“

Aufbauend auf diesem Positionspapier überlegten wir gemeinsam mit einer Gruppe Medieninteressierter in Leipzig im Rahmen eines Media Future Labs, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk weiterentwickelt werden kann, um einerseits seinem Auftrag gerecht zu werden und andererseits die Akzeptanz der Bürger zurückzugewinnen. Die Media Future Labs sind ein Projekt von Dr. Alexis Mirbach und Prof. Dr. Michael Meyen am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München, in dem Bürgerinnen und Bürger Ideen zur Zukunft der Medien entwickeln [3]. Unsere Überlegungen gingen aus von der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien durch die Bürger und dem damit verbundenen Anspruch, dass sie uns gehören - und führten zu dem Vorschlag, dass mehr Partizipation das Problem lösen soll. Trotz vieler Zweifel an der Reformierbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sprach sich der größere Teil der Gruppe nicht für deren Zerschlagung oder Steuerfinanzierung aus. Der durch die Bürger finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde grundsätzlich als hohes Gut eingeschätzt, das es zu schützen gilt, denn er ist (theoretisch) unabhängig – im Gegensatz zu den privaten Medien. Diese Meinung wurde später auch von der Initiative Leuchtturm ARD [4] vertreten, deren Aktionen von einem Teil der Gruppe unterstützt werden.

Das Ziel ist, mit den Mitarbeitern der Sendeanstalten ins Gespräch zu kommen, Runde Tische zu gründen und gemeinsam die Reform der öffentlich-rechtlichen Medien einzuleiten und voran zu treiben.

Partizipation bedeutet natürlich auch Arbeit und Aufwand für die Bürger, aber nach unserer langjährigen Beschäftigung mit dem Thema ist es genau das,

Publiziert auf Free21 am 01.11.2022, 6:00 Uhr

Vorschlag zur Registrierung für die öffentlich-rechtliche Medien-Plattform über den Zugang Bundestag – Petitionen (Grafik: modifizierter Screenshot, Volkmar Kreiß, gemeinfrei)

was wir persönlich am meisten vermissen und in den Erneuerungsprozess einzubringen gewillt sind. Die Kluft zwischen dem Alltagsleben der „normalen" Menschen und dem, was in Radio und Fernsehen darüber berichtet bzw. dargestellt wird, hat sich so weit vergrößert, dass sich viele nicht mehr gesehen fühlen. Die einseitige Berichterstattung zu vielen Themen führt zu der Frage, wo die andere(n) Sichtweise(n) präsentiert werden. Die Einschränkung des Debattenraumes wird als Beschneidung demokratisch notwendiger Diskussionen und Prozesse erlebt. Der herablassend belehrende Journalismus zu vielen Themen (z.B. tägliche Präsentation von Hygieneregeln in „MDR Aktuell" in der Corona-Zeit) wird als Beleidigung des Intellekts der Zuschauer empfunden. Die angebotene Zuschauerbeteiligung, z.B. über „MDR fragt" oder als Gäste in MDR Rundfunkratssitzungen oder der Sendung „Fakt ist …" [5] haben wir genutzt und mussten erkennen, dass wir in diesen Formaten unsere Kritik gar nicht anbringen können. Diese vom MDR angebotenen Partizipationsmöglichkeiten sind Feigenblätter, hinter denen sich der Sender versteckt und Zuschauerbeteiligung simuliert.

Wirkliche Partizipation und Mitbestimmung aller Teilnehmer (Gebührenzahler, Zuschauer/-hörer, Mitarbeiter) erfordert eine transparente Organisationsstruktur. Transparenz und Mitbestimmung sollen in alle Gremien einfließen. In dem schon früher und anderswo vorgeschlagenen Publikumsrat (statt Rundfunkrat) soll ein mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteter Programmausschuss gebildet werden, der die Programmdirektionen wirklich kontrolliert. Bisher fehlen den Rundfunkräten hierzu die Möglichkeiten und Berechtigungen, obwohl es ihre Aufgabe ist. Einige Sender der ARD verfügen über Redaktionsstatute, die der Absicherung der journalistischen Unabhängigkeit dienen sollen [6]. Es gibt sie jedoch nicht bei MDR, SWR, BR.

Unsere Vision von den öffentlich-rechtlichen Medien formulierten wir in fünf Statements [7]:

1. Die ÖR Medien werden von uns Bürgern finanziert und gehören der gesamten Gesellschaft. Sie sollen neutral über Politik berichten, sie sollen die Politik kontrollieren und die Politik darf keinen Einfluss auf Inhalte haben.
2. Die Organisationsstruktur soll transparent sein und die Mitbestimmung der Teilnehmer (Mitarbeiter, Beitragszahler, Zuschauer/-hörer) erfordern und ermöglichen. Die Arbeitswelt der Journalisten soll frei sein von ökonomischen und strukturellen Zwängen. Journalistisch tätig kann jeder werden. Technik zur Veröffentlichung stellt der ÖRR zur Verfügung.
3. Die Qualitätsanforderungen werden erreicht, wenn der ÖRR seinen Programmauftrag erfüllt und den Medienstaatsvertrag einhält. Die journalistischen Standards sind zu wahren.
4. Der ÖRR steht nicht in Konkurrenz zu den privaten Medien und außerhalb des (neoliberalen) Marktes. Die Qualität ist das Bewertungskriterium, die Bewertung mittels „Quote" wird abgeschafft. Zuschauer dürfen alle Beiträge journalistischer Arbeit bewerten (wie heutzutage bei Internetplattformen).
5. Der ÖRR hat Bestand als neutrales Medium und nutzt neue Medien zur Optimierung von Struktur und Qualität, unter Schutz der Nutzerdaten.

Zu diesen Statements unterbreiten wir viele konkrete Lösungsvorschläge im Buchkapitel [7]. Hier, in diesem Artikel, stellen wir nun unsere Idee der Weiterentwicklung von der Sendeanstalt zur gesellschaftlichen Kommunikationsplattform vor, da wir diesen Vorschlag im Buchkapitel nur angerissen, inzwischen in weiterführenden Überlegungen aber konkretisiert haben.

Öffentlich-rechtliche Medien-Plattform

In der Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Medien zur Medien-Plattform sehen wir eine wirkmächtige Möglichkeit, wie die öffentlich-rechtlichen Medien aus der Krise heraus kommen können und gleichzeitig wieder ein schlagkräftiges Werkzeug für die funktionierende Demokratie werden. Unsere Idee knüpft an viele Vorschläge an, wie z.B. Prof. Meyen in [1]: „Warum gibt es nicht längst eine öffentlich-rechtliche Plattform, die leicht und für immer alles zugänglich macht, was wir ohnehin schon bezahlt haben?". Oder an den Vorschlag von Prof. Wille (MDR-In-

Autoren:

Dr.-Ing. Beate Strehlitz stammt aus einem kritisch-politisch interessierten ostdeutschen Elternhaus. Viele Jahre nach „der Wende", für die sie '89 in Leipzig auf der Straße war, erweckten gesellschaftspolitische Entwicklungen ihren Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn wieder und sie wurde neben ihrer Tätigkeit als Wissenschaftlerin aktiv, insbesondere auf dem Gebiet der Medienpolitik und als Researcherin für Free21.

Volkmar Kreiß (geb. 1971) entdeckte auf der Suche nach dauerhaftem Glück, dass dieses nicht zu erreichen ist, so lange nur für individuelles Glück gesorgt wird. In der Medienbranche ist er schon über 25 Jahre tätig. Er betreut einige YouTube Kanäle (z.B. seit 2009 „2malschauen"), war und ist aber auch ab und zu an kleinen Produktionen für das öffentlich-rechtliche Fernsehen als Cutter und Tonassistent beteiligt.

Dipl.-Ing. Dieter Korbely war als Automatisierungsingenieur bei einem großen deutschen Autobauer tätig und musste dabei erkennen, dass im kapitalistischen Konzern statt Leistung eher Duckmäusertum gefragt ist. Er hätte nie gedacht, nach '89 jemals wieder auf die Straße gehen zu müssen, um für Freiheit und Grundgesetz einzustehen. Bei den Medien erlebt er ein Déjà-vu zu früheren DDR-Zeiten. Die Medien sind der Schlüssel für die Meinungsmanipulation und deshalb in seinen Fokus geraten.

tendantin) zu einem „gemeinwohlorientierten Kommunikationsnetzwerk" [8]. In vielen weiteren Diskussionsbeiträgen zur Situation der öffentlich-rechtlichen Medien spielen Überlegungen zur Etablierung unterschiedlich konzipierter Medien-Plattformen eine Rolle – die Idee liegt sozusagen in der Luft bzw. sie entspricht dem, was sich viele Menschen wünschen.

In unserer Idee stellen wir den Bürger in den Mittelpunkt, der die Medien-Plattform für unterschiedliche Aktivitäten des täglichen Lebens nutzt. Die Medien-Plattform soll aus mehreren Komponenten bestehen (Bild 1).

Ein zentraler Teil wird die Video-Streaming-Plattform, wo sich u.a. die TV-Sender wiederfinden. Weitere Komponenten sind vorgesehen für Audio-Streams (Radio), Chats, moderne Post (sichere E-Mails), Blogs, ein online-Lexikon etc. Neben den Bürgern sollen die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, Zeitungen, Organisationen, Vereine und Parteien in dieser Plattform vertreten sein. Gleichzeitig bleibt für diejenigen, die ihren Medienkonsum nicht ändern wollen, alles so wie sie es bereits kennen, indem sie nur einen kleinen Ausschnitt der Möglichkeiten nutzen. Der Startbildschirm der Plattform könnte für Nutzer von PC, Handy oder SmartTV (Geräte mit Rückkanal) z.B. wie in Bild 2 gezeigt aussehen.

Die öffentlich-rechtliche Medien-Plattform wird allen Bürgern die Möglichkeiten bieten, nach eigenen Interessen auszuwählen, was sie sehen, hören oder lesen möchten, selbst eigene Beiträge oder Abspiellisten (Zusammenstellung von Beiträgen) zu veröffentlichen, in der Medienlandschaft aktiv zu werden und sicher zu kommunizieren - auch mit Behörden und Organisationen oder Vereinen. Der individuelle Zugang könnte beispielsweise über die Anmeldung bei „Deutscher Bundestag – Petitionen" erfolgen, so dass jeder Mensch genau einen persönlichen Zugang zur Medien-Plattform erhält (Bild 3).

Mit diesem Zugang kann jeder Bürger jede einzelne Sendung bzw. jeden Beitrag bewerten und somit kann u.a. eine Datenbasis für Entscheidungen des Rundfunkrates entstehen. Ebenso kann einfach auf Publikumsbeschwerden reagiert werden. Publikumsbeschwerden werden von allen Nutzern gesehen und können wiederum bewertet und somit gewichtet werden. Die gesetzliche und technische Basis der Plattform sind das Grundgesetz, der Medienstaatsvertrag und der Pressekodex sowie die heutigen technischen Möglichkeiten, z.B. die verfügbaren Serverkapazitäten, Musik-, Sprach- und Bildfilter. Die Regeln zur Benutzung sind so einfach wie die Regeln im Straßenverkehr. Es wird alles möglich sein, was Recht und Gesetz in der Bundesrepublik erlauben. Jeder Einzelne kann aktiv werden, und jeder ist eingeladen, sich einzubringen - ob als Sender, Kritiker oder auch als Whistleblower.

Die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien in der Plattform sind vielschichtig: einerseits sollen sie die Betreiber sein und die von den Bürgern entrichteten Rundfunkbeiträge für die Finanzierung verwenden. Das erfordert die umfassende Reformierung aller Sender in Struktur und Finanzierung. Das Programm wird grundlegend umgestaltet, so dass es nur noch Information, Bildung und Kultur als gemeinwohlorientierte Grundversorgung dem Auftrag gemäß enthält. Angebote der Unterhaltung (z.B. Filme, Krimis, Talk Shows) und des Sports (Fußball) können durch Fördervereine oder Werbung finanziert oder zum Kauf angeboten werden, wie z.B. durch Netflix und Sky.

Durch Wegfall dieser immensen Kostenfaktoren sowie Reduzierung der Anzahl von Sendern, der Pensionsrückstellungen und der exorbitanten Gehälter der Führungsebenen würde der Rundfunkbeitrag signifikant gesenkt werden können. Andererseits können die öffentlich-rechtlichen Medien aufgrund ihrer noch vorhandenen Reichweite im Netz Standards setzen und dabei helfen, die in der Medien-Plattform enthaltenen Alternativen zu den großen privaten Plattformen (z.B. YouTube, Instagram etc.) bekannt zu machen [9]. Eine öffentlich-rechtliche Medien-Plattform hilft dabei, die Nutzerdaten zu schützen und (willkürliche) Löschungen (inhaltlich oder persönlich), wie es bei privaten Plattformen möglich ist, zu verhindern. Des Weiteren müssen die öffentlich-rechtlichen Medien ihre Inhalte so aufarbeiten, dass sie

Publiziert auf Free21 am 01.11.2022, 6:00 Uhr

den Erfordernissen der Plattform angepasst sind, z.B. durch eine vertiefende Vernetzung [9].

Der Nutzen der Plattform für den einzelnen Bürger ist noch gar nicht in Gänze absehbar. Zunächst wird es mit einem einzigen Zugang möglich, die meisten der täglichen Aktionen im Internet durchzuführen. Jedem Bürger wird Speicherplatz zur Verfügung gestellt, auf Servern, die in Deutschland stehen. Die persönlichen Daten werden somit geschützt und vor dem Zugriff der Tech-Giganten bestmöglich bewahrt, die sie z.B. für algorithmenbasierte Inhaltsvorschläge und Werbung verwenden (z.B. Youtube).

Sämtliche Kommunikation mit Familie, Freunden und Bekannten, aber auch mit Behörden, Firmen und Vereinen kann sicher und zuverlässig über die Plattform laufen. Jeder, der gerne Inhalte erstellt, wie z.B. Blogs, Videos oder ähnliches, kann einfach und schnell etwas produzieren und so im Netz publizieren, dass der Zugriff genau nach seinen Wünschen erfolgt (von persönlich definiertem Zugriff bis öffentlich). Das online-Lexikon soll eine Alternative zu Wikipedia sein, das die Nachteile von Wikipedia überwindet, indem Veröffentlichungen in dem Lexikon mit dem zuordenbaren persönlichen Zugang erfolgen. Die Anonymität bei Wikipedia führte z.B. zum Missbrauch durch bestimmte Redakteure, so dass Ausgewogenheit, Objektivität und sogar Wahrheitsgehalt vieler Artikel mittlerweile mangelhaft sind, aber es kaum möglich ist, dies zu ahnden [10]. Die Artikel des neuen online-Lexikons sind dagegen einem Autor direkt zuzuordnen, und sind somit vollumfänglich zitierbar. Des Weiteren soll die Plattform einen Wikileaks-ähnlichen Zugang erhalten zur Stärkung des investigativen Journalismus.

Alles in allem soll für den Bürger ein Instrument entstehen, das das Leben leichter und schöner macht sowie Spaltung und Desinformation in der Gesellschaft entgegenwirkt.

Quellen:

[1] Telepolis, Michael Meyen, „Medienstaatsvertrag: Klein-Klein statt großer Wurf“, am 14.08.2019, *<https://www.heise.de/tp/features/Medienstaatsvertrag-Klein-Klein-statt-grosser-Wurf-4496611.html>*

[2] Hypotheses, Sevda Can Arslan, „Interview zum Positionspapier der “Themengruppe Medien und Journalismus” von “Aufstehen Leipzig””, am 14.12.2019, *<https://medialabs.hypotheses.org/1547>*

[3] Michael Meyen, „Was wir wollen.“ In: Michael Meyen, Sevda Can Arslan (Hrsg): Media Future Lab 2019, Zugriff am 10.10.2022, *<https://medialabs.hypotheses.org/858>*

[4] Leuchtturm ARD – ORF – SRG, *<https://leuchtturmard.de/>*

[5] mdr, „Fakt ist! Aus Magdeburg. Wie frei ist unsere Presse?“, am 02.05.2022, *<https://www.mdr.de/tv/programm/sendung-750882.html>*

[6] Deutscher Journalisten-Verband, „DJV fordert Redaktionsstatute zur Absicherung der journalistischen Unabhängigkeit“, Zugriff am 12.10.2022, *<http://www.journalisten21.de/Redaktionsstatute.2887.98.html>*

[7] Herbert von Halem Verlag, Alexis von Mirbach, „Medienträume“, 2022, *<https://www.halem-verlag.de/medientraeume/>*

Free21
Credible news mounted on paper

Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,– Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:
VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.
c/o Marika Matthaei
Karl-Lade-Straße 36a
10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.
St.Nr. 27/680/76987

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-ID-Nr.: **DE84ZZZ00001969982**
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.**

Quellen:

[8] Medienpolitik.net, Karola Wille, „Ein gemeinwohlorientiertes Kommunikationsnetzwerk“, am 08.03.2021, *<https://www.medienpolitik.net/2021/03/ein-gemeinwohlorientiertes-kommunikationsnetzwerk/>*

[9] Persönliche Mitteilung, Heiko Hilker, Mitglied des MDR Rundfunkrates, am 07.10.2022

[10] Telepolis, Hermann Ploppa, „Wikipedia an der Propagandafront gegen Historiker“, am 19.09.2018, *<https://www.heise.de/tp/features/Wikipedia-an-der-Propagandafront-gegen-Historiker-4167075.html?seite=all>*

[11] Ständige Publikumskonferenz, Maren Müller, „Die Medien-Epidemie“, am 27.09.2022, *<https://publikumskonferenz.de/blog/>*

Die öffentlich-rechtliche Medienplattform bietet mit der vielfaltssichernden Demokratisierung der Medienlandschaft auch die Möglichkeit der gleichberechtigten Informationsbeschaffung. Die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft stehen im Mittelpunkt der Idee für diese Plattform. Die Partizipation der Bürger ist allumfassend und geht weit über den in [8] geforderten Rückkanal zur Kommunikation zwischen Medien-Konsumenten und –Schaffenden hinaus. Jeder Beitrag auf der Plattform kann von jedem Nutzer bewertet oder mit einem Kommentar versehen werden. Damit hat der Nutzer die größte Macht und die allumfassende Kontrolle. Fehler und Ungerechtigkeiten können somit schneller entdeckt und einfacher gelöst werden. Juristische Überprüfungen können jederzeit durch Anwälte oder Behörden möglich sein. Es gilt das deutsche Recht, insbesondere das Urheberrecht, und Verfehlungen können entsprechend geahndet werden.

Mit unserer hier vorgestellten Idee für eine öffentlich-rechtliche Medien-Plattform möchten wir unseren Debattenbeitrag in die Diskussion um Abschaffung oder Erneuerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einbringen. Nicht nur angesichts der mittels Beitragsfinanzierung prinzipiell gesicherten Unabhängigkeit und der Definitionsmacht [11] der öffentlich-rechtlichen Medien setzen wir uns für ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung zu der beschriebenen öffentlich-rechtlichen Medien-Plattform ein. Den derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen hin zu Polarisierung und Fragmentierung, die u.a. in der algorithmenbasierten Auswahl der präsentierten journalistischen Inhalte der privaten Plattformen liegen, kann die öffentlich-rechtliche Medien-Plattform eine vielfaltssichernde Alternative bieten, die sich am Diskursmodell des Grundgesetzes orientiert und somit der Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland dient.

Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-mail:

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Abweichende Lieferanschrift:

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88

Mandatsreferenz-Nr.
(wird von Free21 ausgefüllt)

Abschicken an: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Publiziert auf Free21 am 01.11.2022, 6:00 Uhr

Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.

Sie sind unser Vertrieb!

Seit sieben Jahren gibt es das Free21-Magazin in gedruckter Form und seither gibt es den Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bringen um die Reichweite zu erhöhen. Seit sieben Jahren kommen wir immer wieder zu dem Schluss: Das geht einfach nicht!
Warum? Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten – an denen führt kein Weg vorbei. Sie sind die Distributoren zwischen den Verlagen und Zeitschriftenhändlern. Im Prinzip reichen sie das Produkt „Zeitschrift/Zeitung" weiter – aber sie diktieren die Mindestproduktion der Verlage und die Abnahmemengen der Händler und sie entsorgen alte Ausgaben, wenn die neue erscheint. Dafür kassieren sie ihren Anteil! Genau dadurch wird die einzelne(!) Zeitschrift sehr teuer. Denn im Endeffekt bezahlt der Leser die Überproduktion und Entsorgung von bis zu 80% der Auflage. So landet Papier, Information, Arbeit im Müll und viel Geld beim Grossisten – und das mit jeder einzelnen Ausgabe.

Wir bleiben also dabei: Unsere Abonnenten sind unser Vertrieb! Als Abonnent erhalten Sie zehn Magazine für 10,- Euro. Geben Sie sie weiter an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte!

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,– EUR, innerhalb der EU-Länder 15,– EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

Abo Free21

free21abo.de

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).
Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.
Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.
Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).

BUCHTIPP

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie NICHT Ihren Arzt oder Apotheker!

Dieses Buch möchte von impfkritischen Menschen gekauft werden, für jene in ihrem Umfeld, die sich nicht im Internet über Impf-Risiken informieren.
Dieses Buch ist für alle, die auf Risiken und Nebenwirkungen hinweisen wollen.
Dieses Buch will als Warnung verstanden werden.

Entscheiden darf jeder selbst.

JETZT BESTELLEN

das-impfbuch.eu

Der gesamte Ertrag dieses Buches kommt zu 100% der Friedensbrücke - Kriegsopferhilfe e.V., www.fbko.org zugute, die sich unermüdlich für Menschen in Kriegsgebieten einsetzt.

Free21 Researcher/in

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **research@free21.org**

Free21 Layouter/in

Wir freuen uns über Layouter/-innen mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 und gestalterischem Geschick. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam einiges bewegen!

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **layout@free21.org**

Free21 Übersetzer/in

Free21 wird international!
Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **translate@free21.org**